



Im Netz: www.free21.org

Themen:

Sichtweisen zur Trump-Wahl

Über Ursachen, Ängste und Illusionen ► SEITE 6-13

Lügenpresse und Medienkrise

Von Verschwörungstheoretikern und Beschwichtigungspredigern **SEITE 14**

Auf der Suche nach dem Sündenbock

Eine Einschätzung zur US-Politik, von Thierry Meyssan SEITE 23

Mit Hurra in den Dritten Weltkrieg

Nato eskaliert weiter die Spannungen mit Russland, von Rainer Rupp > SEITE 25

Wir sind Frieden

Wer Frieden will, findet einen Weg! ► SEITE 29

Journalismus als PR-Waffe

Interview mit der Journalistin Tina Goebel > SEITE 32

15 Jahre Verbrechen

Eine Bilanz zum Krieg gegen den Terror ▶ SEITE 38

Obamas Drohnenmord-Maschinerie

Geheimes Grundsatzpapier bietet Einblicke ► SEITE 41

Reise in ein bestraftes Land

Katrin McClean zu Besuch in Russland > SEITE 43

Das Free21-Prinzip:











Ein finanzstarkes Netzwerk von rechtskonservativen Unternehmern hat sich schon vor seiner Wahl mit ihm arrangiert und besetzt nun einige der wichtigsten Posten in der neuen Regierung. Trumps Präsidentschaft wird durch dieses autoritäre, marktliberale und gewerkschaftsfeindliche Milieu geprägt werden.

Medien-Reaktionen zu Trumps Wahlsieg

In den deutschen Massenmedien herrscht Panik und Weltuntergangsstimmung. Die Leitartikler schalten auf Vorwärtsverteidigung und glänzen vor allem durch überbordende Arroganz.

Von Jens Berger

► SEITE 9

Interview: Das **Strahlungskartell**

Anerkannte wissenschaftliche Studien aus der ganzen Welt bestätigen, was viele Betroffene längst vermuten: Mobilfunkstrahlung macht krank. Ein Interview mit Mobilfunkkritiker Prof. Franz Adlkofer.

Trojanische Pferde des Kreml

Eine Studie des Atlantik Council erklärt Politiker verschiedener Parteien, einschließlich Sigmar Gabriel, zu Putins Fünfter Kolonne und fordert Medien, Geheimdienste und "Zivilgesellschaft" zur Hatz auf diese auf.

Wetter als Waffe: Gedankenspiele



Eine lesenswerte Denkschrift des US-Militärs aus dem Jahre 1996 – nur Gedankenspiele? Von H. Ploppa SEITE 20

Die **"Fake News"-**Hysterie …



... und der neue "vormundschaftliche Staat" – Fake News über Fake News ... Von Paul Schreyer > SEITE 27

US-Propaganda im Syrienkrieg



Wie Falschmeldungen von den USA zum "Regimewechsel" in Syrien benutzt werden.

Von Rick Sterling SEITE 35



Das Free21-Prinzip:





Unterstütze Free 21.org Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE8443060967 1185 902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B. St.-Nr. 27/680/76987

Vertreten durch Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin Telefon: 01 52 14 43 26 18 E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Nur ein **Präsident**

Nach fast eineinhalb Jahren intensiver medialer Berichterstattung über die Wahl in den USA hat die Spannung jetzt ein Ende gefunden. Auf einmal sieht alles scheinbar ganz anders aus als vorher. Auf einmal werden die Ergebnisse und ihre Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft analysiert und diskutiert. Politiker und Kommentatoren aus der ganzen Welt äußern ihre Meinung dazu. Sie agieren genau wie nach der Wahl 2008, bei der Barack Obama dank "Yes we can" und seinen charismatischen Reden fast die ganze Welt überzeugt hatte, das neue Zeitalter stehe vor der Tür.

Genau die Realität der Jahre danach hat es aber deutlich gezeigt: Das angekündigte "Change" war nur der Wechsel des Namens – nicht mehr. Es sind immer noch Großfinanz und Neokonservative, die in Washington die Macht in den Händen halten. Sie verdienen an den Leiden der Welt und haben nicht vor, diese großartige Geschäftsgrundlage aufzugeben.

Die amerikanische Wähler haben es satt. Diesmal hatten sie die Wahl zwischen Trump und Clinton, die beide nur knapp 26% der abgegebenen Stimmen erhielten. Mehr als 46% der registrierten Wähler haben keinen von beiden gewollt und haben gar nicht gestimmt. Hinzu kommt, dass Millionen Bürger der USA nicht einmal als Wähler registriert sind. Eine erhebliche Mehrheit der US-Bevölkerung hat die Wahl also abgelehnt, wir diskutieren aber lustig weiter über die Rolle dieses "neuen Amerikas".

Vor seiner Wahl wollte Barack Obama das gesetz- und menschenrechtswidrige Torturlager in Guantanamo schließen. Es ist immer noch nicht geschlossen. Er wollte für Frieden sorgen, hat aber ununterbrochen Kriege und Geheimoperationen durchgeführt, um die geopolitischen Ziele der Neokonservativen in den USA zu verteidigen.

Vor der Wahl wollte Trump Hillary Clinton noch vor Gericht stellen; bereits jetzt hat er angekündigt die Untersuchung der E-Mail-Affäre beenden zu wollen. Vor der Wahl wollte Trump den Fall 9/11 wieder eröffnen, bereits jetzt tauchen erste Namen uralter neokon-

servativer Kreise in seiner Umgebung auf. Trump hat sich in einem Gespräch in seinem New Yorker Wolkenkratzer von Henry Kissinger beraten lassen. Dabei haben sie über China, Russland, Iran, Europa und "weiteres Geschehen in der Welt" gesprochen – wie Kissinger das bereits seit Jahrzehnten mit jedem Präsidenten tut.

Trump wird wie Obama zur Geisel des "Krieges gegen den Terror" gemacht. Er wird gar keine Zeit für grundlegende Veränderungen haben, der Ball ist schon auf dem Spielfeld. Krieg ist die Grundlage der jetzigen Wohlstandes und des Wachstums in den USA. Fast die ganze Nation ist von den Kriegen abhängig, fast zwei Drittel der gesamten jährlichen Ermessensausgaben verschwinden bereits im "Verteidigungsbudget" der USA - zusätzlich zu dem enormen Betrag, der bereits im festen Staatshaushalt dafür vorgesehen ist.

Der "Krieg gegen den Terror" unterscheidet sich von allen bisherigen Kriegen der USA dadurch, dass er nie enden wird. Er ist eine Geldmaschine und gleichzeitig der Weg der USA, ihre geopolitischen Ziele durchzusetzen. Dagegen kann ein Präsident nichts tun, er kann nur das bestehende System vertreten, unabhängig davon, was er vor der Wahl gesagt hat.

Das haben die amerikanischen Wähler in den letzten Jahren mehr und mehr verstanden, das Vertrauen ins politische System wird immer geringer. Der Gewinner der Wahl nach Mehrheiten ist "Mr. Keine-Stimme". Die Person, die jetzt für die Präsidentenrolle für die nächsten vier Jahren ausgewählt wurde, wird kaum Neues bringen.

"Wenigstens ist er nicht Bush", sagten die US-Amerikaner über Präsident Obama, als der Glanz bereits verlosch, da es sich in den ersten Jahren abzeichnete, dass wohl kaum ein Wahlversprechen erfüllt wird. Wenigstens ist Donald Trump nicht Hillary Clinton. Und noch wichtiger: Er ist nur ein Präsident ...



Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Die Männer hinter Donald Trump

Das Phänomen Trump, das hierzulande in den Medien weiterhin für ungläubiges Staunen und Bestürzung sorgt, kam weder aus dem Nichts, noch ist der Milliardär völlig isoliert im US-Establishment. Ein finanzstarkes Netzwerk von rechtskonservativen Unternehmern hat sich schon vor seiner Wahl mit ihm arrangiert, ihn unterstützt und besetzt nun einige der wichtigsten Posten in der neuen Regierung. Die Trump-Präsidentschaft wird durch dieses autoritäre, marktliberale und gewerkschaftsfeindliche Milieu geprägt werden.

er Aufstieg der extremen Rechten in den USA vollzieht sich schon seit einigen Jahren spiegelbildlich zum sozialen Niedergang großer Teile der Bevölkerung. Sichtbar wurde das spätestens durch den furiosen Erfolg der Tea-Party-Bewegung ab 2009, deren populäre Anführerin Sarah Palin in den deutschen Medien vor einigen Jahren ganz ähnlich verlacht und karikiert wurde, wie nun Donald Trump. Getragen haben den neuen Präsidenten nicht nur die Wut und Verzweiflung der vom Aufstieg Abgehängten, sondern auch diejenigen Teile des Establishments, die diese Wut gern für ihre Zwecke kanalisieren und politisch nutzbar machen wollen.

Während die mächtigsten und einflussreichsten Kreise des Landes klar Hillary Clinton favorisierten und auch bei den Republikanern zunächst andere, "gefälligere" Kandidaten mit Millionenspenden unterstützt hatten, wurden spätestens mit der sich abzeichnenden Dominanz des Kandidaten Trump auch Verbindungen in dessen Lager geknüpft. Die wesentliche Entscheidung Trumps war es, nicht als unabhängiger Kandidat anzutreten, sondern im Rahmen der Republikanischen Partei. Deren Vorsitzendem, dem jungen und eloquenten Reince Priebus, fiel die knifflige Aufgabe zu, die Parteieliten mit dem einzelgängerischen Provokateur Trump zu versöhnen.

Nach der Wahl ernannte Trump nun ebenjenen Priebus zum Stabschef im Weißen Haus, und verschaffte dem Mann des Establishments damit einen der wichtigsten Regierungsposten. Der Stabschef leitet das Tagesgeschäft des Präsidenten, koordiniert dessen Termine und entscheidet, wer über-

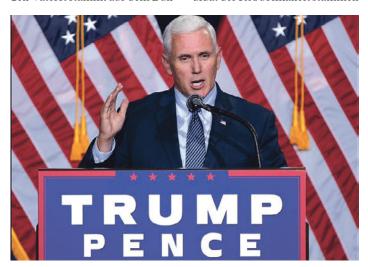


(Foto: Wikimedia Commons, CCo)

haupt ins Oval Office vorgelassen wird und wessen Stimme dort Gehör finden kann. Aufgrund dieser Aufgaben ist der Stabschef immer auch einer der engsten Berater des Präsidenten.

Reinhold "Reince" Priebus (44), Sohn eines deutschstämmigen Vaters. stammt aus dem Bun-

desstaat Wisconsin, der, wie sich zeigt, eine Schlüsselrolle im neuen Machtgefüge der Republikaner spielt. Auch Paul Ryan (46), derzeitiger Sprecher des Repräsentantenhauses und Scott Walker (49), Gouverneur Wisconsins und 2015 zeitweiliger Präsidentschaftskandidat der Republikaner, stammen



Auch Trumps kommender Vizepräsident Mike Pence – der derzeit schon als Leiter des "Transition Teams" maßgeblich über die Besetzung diverser Regierungsposten entscheidet – ist kein unbeschriebenes Blatt. Der langjährige konservative Abgeordnete gilt als streng religiös und begeisterter Anhänger der Tea-Party-Bewegung, die ihrerseits von Beginn an von den milliardenschweren Koch-Brüdern unterstützt und mit gesteuert wurde.

von dort. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis jahrelanger Vorarbeit, vor allem geleistet von einer in Wisconsin beheimateten superreichen und erzkonservativen Stiftung, die ihre Millionen konsequent in den Aufbau von Netzwerken und genehmen Politikern lenkt – der Bradley Foundation.

Die Bradley Foundation

Deren Gründer, die Gebrüder Bradley, machten ab Anfang des 20. Jahrhunderts ein Vermögen mit der Entwicklung und Fertigung von Steuerungselektronik und Automatisierungstechnik. Ihre Stiftung förderte zunächst vor allem soziale Zwecke im heimatlichen Wisconsin. Als das Unternehmen 1985 an einen großen Konzern verkauft wurde, schwoll das Stiftungsvermögen durch die Verkaufserlöse rapide an und man entschloss sich, die zukünftige Arbeit politisch und landesweit auszurichten.

Heute ist die Bradley Foundation mit einem Vermögen von mehr als 800 Millionen Dollar und einem Jahresetat von durchschnittlich 40 Millionen einer der größten politischen Player im konservativen Lager der USA. Das Geld fließt Jahr für Jahr an hunderte Initiativen und Gruppen, die sich den Bradley-Zielen verpflichtet fühlen: "limited government", sowie der Stärkung eines "demokratisch-kapitalistischen Systems". Die Stiftung gibt sich marktradikal, wünscht sich einen weitgehend unregulierten Kapitalismus und möchte den Einfluss des Staates systematisch verringern. Sie wendet sich dazu gezielt an Eliten und Entscheidungsträger, die sie fördert und zu beeinflussen sucht. Jährlich verleiht sie







Haben Sie noch Vertrauen in die etablierten Medien? Große Teile des Publikums jedenfalls nicht. Dien Mainstreammedien stecken in einer massiven Glaubwürdigkeitskrise und geraten unter Beschuss. Dabei verdeckt der Pauschalvorwurf "Lückenpresse" jedoch allzu schnell die tatsächlichen Probleme: etwa die Unterdrückung wesentlicher Informationen und das Messen mit zweierlei Maß. Beide Defizite sind in unserem Mediensystem strukturell verankert, so Ulrich Teusch, Wenn sich daran nichts ändert, wird sich as Siechtum der Mainstreammedien fortsetzen. Und der Journalismus, wie wir ihn kannten, wird bald der Vergangenheit angehören.

Kommentar Andrea:

"Ein differenzierter Blick auf Medien, ein Buch, das mir Spaß gemacht hat. Es zeigt Ursachen und Wirkungen auf und ist für mich eine wichtige Warnung an alternative Medien und Medienschaffende, was diese in der eigenen Arbeit nicht übersehen sollten."

"Lückenpresse: Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten" von Ulrich Teusch

Taschenbuch: 223 Seiten Verlag: Westend Verlag (1. September 2016) Sprache: Deutsch ISBN-10: 3864891450 ISBN-13: 978-3864891458 Größe: 13,6 x 2,5 x 21,3 cm Preis: Euro 18,00 D, 18,50 A mehrere "Bradley-Preise", die jeweils mit 250.000 Dollar dotiert sind, und gern auch an Journalisten vergeben werden.

Die Bradley Foundation ist weiterhin einer der größten Geldgeber vieler berühmter konservativer Denkfabriken, wie etwa des "American Enterprise Institute" oder des (mittlerweile eingestellten) "Project für the New American Century", wo ab 1997 die Neokonservativen Dick Cheney und Donald Rumsfeld ihre aggressiven außenpolitischen Aktivitäten bündelten, noch bevor sie 2001 Teil von George W. Bushs Regierung wurden. Man prägt mit den Stiftungsmillionen also durchaus nachhaltig Entwicklungen und setzt Trends.

Geleitet wurde die Bradley Foundation zuletzt von Michael Grebe, einem erfolgreichen Anwalt an der Schnittstelle zwischen Politik und Wirtschaft. Er war es auch, der einflussreiche republikanische Nachwuchspolitiker wie Reince Priebus, Scott Walker oder Paul Ryan systematisch mit aufbaute. An Grebes eigener Karriere lässt sich dabei gut die Funktionsweise solcher Netzwerke illustrieren.

Wie man Politiker "macht"

Grebe begann seine Laufbahn 1970 bei einer der größten Anwaltskanzleien Wisconsins, Foley & Lardner, zu einer Zeit, als diese Kanzlei gerade ein erstes Büro in Washington eröffnete und damit den Sprung auf die nationale Ebene wagte. Ab den 1980er Jahren war Grebe zudem direkt politisch aktiv. Als ständiger Delegierter Wisconsins bei den Parteitagen der Republikaner und vor allem als Rechtsberater der nationalen Parteiorganisation der Republikaner knüpfte er zahlreiche Kontakte in die Regierung und ins Parlament. In den 1990er Jahren wurde Grebe zum Chef von Foley & Lardner und verantwortete innerhalb der Kanzlei die Gründung einer neuen Unternehmenssparte für Lobbying und PR, um die Po-





Die Bradley Foundation ist weiterhin einer der größten Geldgeber vieler berühmter konservativer Denkfabriken, wie etwa des "American Enterprise Institute" oder des (mittlerweile eingestellten) "Project für the New American Century", wo ab 1997 die Neokonservativen Dick Cheney und Donald Rumsfeld ihre aggressiven außenpolitischen Aktivitäten bündelten, noch bevor sie 2001 Teil von George W. Bushs Regierung wurden. (Foto: Abeldanger.net)

litik des Landes im Sinne seiner Geschäftsklienten noch direkter beeinflussen zu können. Als Lobbyisten stellte er ehemalige Politiker ein. 1996 wurde der talentierte Netzwerker dann in den Vorstand der Bradley Foundation berufen, die er von 2002 bis zu seinem Ruhestand 2016 auch leitete und dort maßgeblich entschied, wer in den Genuss der unerschöpflichen Bradley-Millionen kam und wen man dort protegierte.

Grebe war es auch, der das politische Talent im Studienabbrecher Scott Walker entdeckte und dessen Wahlkampf zum Gouverneur von Wisconsin 2010 persönlich leitete. Walker gewann.

Der Sieg Scott Walkers in Wisconsin markierte damals einen Durchbruch für die rechtskonservativen und marktliberalen Kreise in den USA. Mitverantwortlich war der schon erwähnte Reince Priebus, der als damaliger Vorsitzender der Republikaner in Wisconsin Walkers Wahlkampf entscheidend mitlenkte und dem es insbesondere gelang, die radikale Tea-Party-Bewegung in Wisconsin so mit den Republikanern zu verzahnen, dass kein

öffentlicher Konflikt zwischen beiden entstand.

Schaukampf gegen Gewerkschaften

Wisconsin war vorher von Demokraten regiert worden und hat eine weit zurück reichende linke Tradition, die in Deutschland gründet. Nach der gescheiterten Revolution von 1848 wanderten zahlreiche Deutsche nach Wisconsin aus, einen Staat, der damals gerade zur Besiedlung freigegeben war. Die Hauptstadt Milwaukee wurde später, zwischen 1910 und 1960, die meiste Zeit über von sozialistischen Bürgermeistern regiert - für eine amerikanische Großstadt extrem ungewöhnlich. Den radikalen Konservatismus der in Milwaukee beheimateten Bradlev Foundation kann man auch als Gegenreaktion auf diese linke Tradition sehen.

Nach seinem Wahlsieg attackierte Scott Walker direkt die Gewerkschaften. Er legte 2011 ein Gesetz vor, das ihnen das Recht nahm, für die öffentlichen Angestellten Tarifverträge auszuhandeln. Daraufhin kam es zu großen Protesten, die bis zur Be-



setzung des Parlamentsgebäudes und Neuwahlen führten. Doch Gouverneur Walker hielt Kurs und wurde sogar wiedergewählt, nicht zuletzt mit Unterstützung teurer PR-Kampagnen und TV-Spots. Parteichef Priebus meinte im Anschluss:

"Wir müssen uns nicht länger von den Gewerkschaften herumschubsen lassen."

Das Ganze war ein Schaukampf mit nationaler Ausstrahlung, ganz im Sinne der Geldgeber. Als Walker schließlich 2015 für die Präsidentschaft kandidierte - wieder mit Grebe als Wahlkampfmanager - blieb er zwar erfolglos, doch die konservativen Sponsoren fanden letztlich auch hier einen Kandidaten, der ihren marktliberalen Kurs mehr oder weniger teilte. Geschäftsleute gehen pragmatisch vor, wenn der jeweilige Favorit in den Vorwahlen verliert. So hat zum Beispiel Ronald Cameron, Chef eines Geflügelkonzerns und einer der zehn größten Spender für die Republikaner im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf, zunächst 3 Millionen Dollar in die Kampagne von Kandidat Mike Huckabee gesteckt, nach dessen Ausscheiden dann 5 Millionen auf Marco Rubio gesetzt und nach dessen Rückzug noch einmal 2 Millionen an Trump gespendet. So ähnlich machen es viele. Wichtig ist, am Ende das Geld beim Sieger platziert zu haben.

Zu Donald Trumps Großspendern gehören auch zwei Milliardärinnen aus Wisconsin: Liz Uihlein, Chefin des Verpackungsherstellers Uline, sowie die Bauunternehmerin Diane Hendricks. Letztere gilt als ausgemachte Gewerkschaftsfeindin und hatte mit ihren Millionen zuvor schon Scott Walker ins Gouverneursamt geholfen. Beide Frauen gehörten im Präsidentschaftswahlkampf zum Beraterstab Donald Trumps. Diane Hendricks sitzt darüber hinaus gemeinsam mit Michael Grebe im Vorstand der Bradley Foundation. Man kennt sich.

Wer ist Mike Pence?

Auch Trumps kommender Vizepräsident Mike Pence – der derzeit schon als Leiter des "Transition Teams" maßgeblich über die Besetzung diverser Regierungsposten entscheidet – ist kein unbeschriebenes Blatt. Der langjährige konservative Abgeordnete gilt als streng religiös und begeisterter Anhänger der Tea-Party-Bewegung, die ihrerseits von Beginn an von den milliardenschweren Koch-Brüdern unterstützt und mit gesteuert wurde. Die Kochs gehören darüber hinaus ganz direkt zu den größten Sponsoren von Pence.

Das politische Potenzial von Pence erkannte ebenso die Bradley Foundation, die ihn schon früh umwarb. Als Gast auf einer Konferenz der Stiftung äußerte er 2010, auf dem Höhepunkt der Tea-Party-Bewegung, diese gehe "zurück zu den Quellen unserer Größe, nämlich unserem Charakter, unserer Überzeugung und unserem Glauben an begrenzte Regierung" ("belief in limited government"). Für Pence und viele seiner Mitstreiter verschmilzt der urchristliche Glaube mit einer nicht minder strengen Marktgläubigkeit – ein in den USA verbreitetes Phänomen. das viel mit europäischen, calvinistischen Wurzeln zu tun hat. Reiche Geldgeber und Strippenzieher können dort bequem andocken und fördern solchen Extremismus gerne.

Auf einer Veranstaltung der Koch-Brüder sprach Pence 2014 davon, wie einzelne Bundesstaaten (zu der Zeit war er Gouverneur von Indiana) als Labor dafür dienen könnten, Regierungsmacht zu minimieren, die Steuern zu senken und die Wirtschaft weiter zu deregulieren.

Trump selbst hatte im Wahlkampf angekündigt, die Unternehmenssteuern von 35 auf 15 Prozent senken zu wollen. Sicher einer der Gründe, weshalb gegen Ende des Wahlkampfes im Oktober diesen Jahres gut 100 Unternehmenslenker per offenem Brief energisch zu seiner Wahl aufriefen.

Am Ende bleibt zwar richtig, dass der größte Teil des Establishments fast jeden Kandidaten lieber an der Spitze gesehen hätte, als Donald Trump. Doch den Grund für dieses Unbehagen sollte man weniger in Trumps schrägen politischen Überzeugungen oder seinem schrillen Auftreten suchen, als eher in der schlichten Tatsache, dass sich fast alle anderen Kandidaten viel einfacher hätten kontrollieren lassen, als dieser ebenso exaltierte wie selbstbewusste Milliardär, der offenbar einfach "macht, was er will". Genau deshalb allerdings wurde er vermutlich auch gewählt.

Trump selbst ist klug genug, um sich zukünftig nicht unnötig Feinde unter den Mächtigen zu schaffen. Seine Entscheidung, Priebus und auch Pence in den engsten Kreis aufzunehmen, deutet an, dass er den reichen Sponsoren der anderen Kandidaten durchaus Zugang ins Weiße Haus gewähren will – so wie es auch eine Hillary Clinton als Präsidentin fraglos getan hätte.

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem

für die Magazine "Telepolis" und "Global Research". Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den



Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch "Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/



Dieser Text wurde zuerst am 18. November 2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL http://www.nachdenkseiten.de/?p=35882 veröffentlicht. (Lizenz:

http://www.free21.
org/?p=25558>



Quellen:

Spiegel: US-Gewerkschaften Vom Aussterben bedroht http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/niedergang-der-us-gewerkschaften-zeigt-sich-in-wisconsin-a-837792.html

New York Times: In Choosing Mike Pence, Donald Trump Moves Closer to Big Donors Like the Kochs < http://www.nytimes.com/2016/07/19/us/politics/mike-pence-kochs-fundraising.html?_r=1>

The Bradley Foundation Symposium 2010 < http://www.bradleyfdn.org/2010-Symposium>

The Guardian: Mike Pence to appear at Trump-skeptic Koch brothers' fundraiser https://www.theguardian.com/us-news/2016/jul/16/mike-pence-koch-brothers-fundraising-donald-trump

Fortune.com: Read Why These 100 Business Leaders Want Donald Trump for President < http://fortune.com/2016/10/17/donald-trump-peter-thiel-carl-icahn/>



Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84430609671185902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

ie Menschheit hat noch mal eine kleine Galgenfrist eingeräumt bekommen. Mit einer möglichen Präsidentin Hillary Clinton wären folgende Dinge definitiv beschleunigt vorangetrieben worden: die USA wären nunmehr ganz offen in Syrien einmarschiert, um dort eine Marionettenregierung nach ihrem Gusto einzusetzen oder das Land in Ministaaten aufzuteilen (Jugoslawien-Option). Ebenso definitiv wäre der Aufmarsch der NATO an der russischen Westgrenze in eine heiße Phase transformiert worden. Der russische Präsident Putin wäre dann nicht länger in der Lage, mit geradezu buddhistischer Geduld die NATO-Aggressoren als "unsere Partner" zu bezeichnen. Er müsste in die Vorwärtsverteidigung einsteigen. Was wiederum die Rüstungsspirale des westlichen Militär-Industriellen Komplexes anheizen würde. Das wäre der vom Westen gewünschte Effekt. Der Weg zum nuklearen Endknall wäre unter Clinton dramatisch verkürzt worden

Und Donald Trump? Der nun gewählte Präsident? Nun, der Immobilien- und Medienhai Donald Trump ist für uns alle noch eine Sphinx. Ob er die kriegerische Option wählen wird, ist noch völlig unklar. Seine Widersacher behaupteten, er genösse die Unterstützung Putins. Das ist eher unwahrscheinlich. So einer wie Trump wird sich auch vom Kreml nichts sagen lassen. Und auch nicht vom politischen Establishment in Wa(r)shington. Der superreiche Trump bringt nämlich sein Geld selber mit. Das hat sich oft in der Geschichte der USA als Fluch für die dortige Oligarchie ausgewirkt. Auch Franklin Delano Roosevelt brachte sein Geld für den Wahlkampf selber mit. Und es war schnell klar, dass Roosevelt dem Amok laufenden Turbokapitalismus der frühen 1930er Jahre Bandagen anlegen würde. Schon vor seinem Amtsantritt überlebte Roosevelt einen Attentatsversuch, und 1934 wehrte er mit äußerster Schläue einen Putschversuch ab. John F. Kennedy, ein anderer

Die Wiederkehr des **Stupid White Man**

Was haben wir zu erwarten von Donald Trump? Ein Kommentar von Hermann Ploppa.



superreicher Präsident, überlebte einen Attentatsversuch bekanntlich jedoch nicht.

Nun kann man den president elected Donald Trump nicht mit Roosevelt und Kennedy vergleichen. Trumps Geschwätz ist menschenverachtend und weitgehend bildungsfern. Die positive Nachricht zu seinem Wahlsieg ist auch nicht, dass er gewählt worden ist. Wir alle wissen nicht, welche Katze im Sack die Bürger der USA da gerade eingekauft haben. Die guten Nachrichten sind folgende: • Die Bürger der USA geben ihr Vertrauen definitiv nicht einer Person wie Hillary Clinton, die keinen Zweifel an ihrer Kriegswilligkeit gelassen hat, während Trump auch mal gesagt hat, er wolle sich erstmal mit Putin treffen und dann entscheiden, wie er mit Russland umzugehen geruht. • Die Bürger der USA haben eindeutig der Oligarchie der USA eine schallende Ohrfeige verpasst. Sollte Trump die Gesellschaft der USA weiter spalten als sie sowieso

schon gespalten ist, könnte es passieren, dass die Bürger der USA ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA könnte das Volk tatsächlich der Souverän im eigenen Land werden.

• Endlich sind auch für die Friedensbewegung die Fronten wieder klar. Mit Obama einen Mann einer unterdrückten und versklavten Bevölkerungsgruppe in den USA zum obersten Propagandisten des Militär-Industriellen Komplexes zu machen, war ein unglaublich genialer Schachzug. Für Jahre war Ruhe im Karton. Niemand wagte, gegen einen afroamerikanischen Präsidenten so ungeheuerliche Vorwürfe wie Kriegstreiberei vorzubringen. In einem solchen Windschatten konnte in aller Ruhe der Drohnenkrieg in Stellung gebracht werden (Ramstein). Wurde der Rüstungsetat auf neue, bis dato ungekannte Rekordhöhen getrieben. Konnte vor allem der illegale Angriffskrieg der USA gegen souveräne Staaten

in Afrika massiv vorangetrieben werden. Die Kommandozentrale von AFRICOM befindet sich übrigens in Stuttgart-Möhringen, also in dem formal souveränen Deutschland! Der schmutzige Stellvertreterkrieg gegen Syrien konnte lange Zeit unangefochten durchgezogen werden. Nun ist alles wieder klar: ein rassistischer, frauenfeindlicher ungehobelter Rüpel wird jetzt das Weiße Haus bewohnen.

The Stupid White Man is back!

Autor:

Hermann Ploppa

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. 2014 erreichte Ploppa eine größere Öffentlichkeit mit seinem Buch "Die Macher hinter



den Kulissen - Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations. Daneben produzierte Ploppa Features über Sri Lanka und Burma für den Deutschlandfunk.



Dieser Text wurde zuerst am 9. November 2016 auf kenfm.de unter der URL veröffentlicht. (Li-

<http:// www.free21. org/?p=25499>



Genug von der Leitkultur und Eliten-Werte-Arroganz!

Tatsächlich gibt es nach Trumps Wahlsieg eine Querfront von Jubelnden, vom "Jüdischen Staat" bis zu den bekannten Rechtspopulisten und ein paar Linken.^{1,2,3,4} von Evelyn Hecht-Galinski

Es zeigt sich hier eine gefährbliche neue Fraktion der Unberechenbaren. Der Hochmut der Eliten hat es ermöglicht, dass ein Trump zum US-Präsidenten gewählt wurde. Mit einfachsten Parolen und "postfaktischen" Phrasen, was nichts anderes bedeutet als mit Unwahrheiten Stimmung zu machen, lassen sich Stimmen gewinnen.

Schon wird Merkel, auch sie eine vermeintliche Gewinnerin der Trump-Wahl, in den Medien als "Hoffnungsträgerin" und "letzte Verteidigerin des freien Westens" gepriesen, die unbedingt wieder antreten muss. Auch hier ist sich die "christlich-jüdische" Wertegemeinschaft wieder einmal einig. So wurde Merkel gerade wieder mit einem jüdischen Preis geehrt, und der diesen Preis übergebende Rabbiner bezeichnete Merkel als .. Segen für die Menschheit"! Allenfalls gilt dieses großspurige Lob für den jüdischen Teil des Besatzerstaates Israel, jedoch ganz bestimmt nicht für die besetzte palästinensische Menschheit! Tatsächlich stellt sich jetzt die Frage, was wir in der BRD noch alles mit Merkel erleben werden! 5,6,7

Unangenehm aufgefallen ist mir am Sonntag im ARD-Presseclub, dass die eigentlich nicht unsympathische DLF-Journalistin und Brüssel-Korrespondentin Annette Riedel doch tatsächlich folgende Sätze von sich gab, die für sich sprechen: "Natürlich sind wir Elite. Wir sind's einfach. Wir sind hochgradig gebildet. Wir haben einen Lebensstandard, wo man jetzt nicht unbedingt durch Entwicklungen der Globalisierung bedroht ist". 8

Dieses Eigenlob und diese arrogante Überheblichkeit entspricht genau der Abgehobenheit dieser



vermeintlichen Elite, die Medien und Politik verbindet! Diese beiden "Eliten" pflegen eine gegenseitige Nähe und halten sicheren Abstand zum "einfachen" Leser bzw. Wähler.

Über den FAZ-Kommentar unter "Fremden Federn" von Außenminister Steinmeier habe ich ausgiebig geschrieben. Für mich ist dieser Befürworter der neoliberalen Kriegspolitik und Mitinitiator der Agenda 2010 ein denkbar ungeeigneter Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten.

Das Amt des Präsidenten ist zu einem Gerangel im Parteigeklüngel verkommen und ist so unnötig wie die Nato! Jetzt, wo man sich zwischen CDU/CSU und SPD auf Steinmeier als Bundespräsidentenkandidaten geeinigt hat, weil Seehofer auf keinen Fall einen Grünen, also Kretschmann, wollte und Merkel einmal mehr mit leeren Händen, also ohne eigenen Kandidaten, dasteht, läuft alles auf einen Wahlkampf der "alternativlosen" GRO/KO hinaus. Auch um die Nachfolge auf das Außenministerium wird schon gefeilscht. EU-Parlamentspräsident Schulz braucht einen Job, sollte er nicht wiedergewählt werden, oder gar der "große Diplomat", Vizekanzler Gabriel, aber auch die CDU möchte gern ran an die Buletten. Was für ein unwürdiges Ränkespiel! ¹⁰

Für mich nichts Neues, da ich die SPD und ihre führenden Köpfe als geklonte CDU-ler sehe, die nichts mehr mit einer linken Basis zu tun haben wollen. Diese Parteien, ebenso wie die Gewerkschaften, haben sich weit entfernt von den einfachen Menschen, von den "Leiharbeitern" und von denen in prekären Arbeitsverhältnissen, die später in Altersarmut enden. Die beiden einstigen "Volksparteien" SPD und CDU leben in ihrer Koalitionswelt, die sich nur in Nuancen unterscheidet, aber eines gemeinsam haben, nämlich am Bürger vorbei zu regieren.

Tatsächlich gibt es in unserem Wohlstandsland "Abgehängte" und eine Elite, ebenso wie in den USA, wenn auch auf anderem Niveau unter anderen Voraussetzungen. Unsere Sozialsysteme sind noch auf einem anderen Level als die in den USA oder anderen europäischen Staaten. Wir haben glücklicherweise noch nicht diese Menge von Menschen, die in Wohnwagen leben oder ohne jede Absicherung bis zum Tod schuften müssen.

Aber auch wir haben Millionen von Menschen, die sich die Mieten nicht mehr leisten können und Angst vor Kündigung und sozialem Abstieg haben. Schon 2013 gab es in den USA 47 Millionen Menschen, die von Lebensmittelmarken leben mussten! ¹¹

Merkel hat gleich nach Trumps Wahl bei ihrer Gratulation die "Werte" hervorgehoben, also erneut diese altbekannten Phrasen gedroschen, und Außenminister Steinmeier, der sich als oberster Vertreter der Diplomatie eigentlich disqualifiziert hat, indem er Trump einen "Hassprediger" genannt hatte, wie wird er wohl als kommender oberster Repräsentant der BRD auf USA-Reisen gehen?

Kalt erwischt wurden deutsche Koalitionspolitiker, ebenso wie die EU-Vertreter. Sie stehen jetzt fast hilflos vor diesem Wahl-Desaster und Trump. Und heute lese ich in der FAZ in einem Gastartikel von CSU-Ministerpräsident Seehofer, dass er die Eliten angreift und sich angesichts der Erfolge der Rechtspopulisten dagegen wendet, den (Wahl)Bürgern die Schuld zu geben, aber gleichzeitig schreibt: "Europa und nationale Interessen müssten als



Symbiose gedacht werden und nicht als Gegensätze. Ohne Europa und seine von Antike, Judenund Christentum, Humanismus und Aufklärung geprägte Leitkultur, so Seehofer, hätten nicht nur wir Deutschen keine Chance in der Welt". Zitat Ende.

Was meinte Seehofer wohl, wenn er von einer "Leitkultur" spricht? Die aus Bayern kennen wir. Warum vergisst er bei der Aufführung von Kultur und Religionen den Islam, der doch maßgeblich an der Kultur-Bildung beteiligt war? Sind Politiker wie Seehofer und Trump nicht extreme Beispiele für rassistischen Populismus und "Rattenfänger auf Stimmenfang"? 12

Bedauerlicher Weise vergisst Seehofer in seinem Dank an Länder des Ostblocks für die Wiedervereinigung, den wichtigsten Partner, nämlich Russland und Gorbatschow, ohne den diese niemals zustande gekommen wäre! Auch hätte Seehofer besser die Hintergründe der "Ukraine-Krise" erwähnt, nämlich die Einmischung der USA und die "Nato-Osterschleichung", die Demütigung Russlands, sowie die ständigen US-Allianz Provokationen! ^{13,14}

Ja, in der Tat, es gibt ein wenig Hoffnung, dass unter Trump nicht unmittelbar ein Krieg gegen Russland bevorsteht, aber das ist auch alles. Aber reicht das, um positiv in die Zukunft zu sehen? Wohl kaum. Trump, dieser unberechenbare Selbstdarsteller mit seinen unausgegorenen, sich ständig ändernden rassistischen Vorschlägen, ist eine nicht abzuschätzende Gefahr. Ebenso, wie seine "Tea Party"-Berater und sein Team, oder sein Vize Pence, ein Neocon und christlicher Zionist. So gibt es eigentlich zusammen mit Trump nur einen Sieger, das Netanjahu-Regime und Israel, die sicher sein können, in "ewiger Besatzung, in der ewig ungeteilten jüdischen Hauptstadt" Jerusalem zu bleiben. Auf der Stecke bleiben die Palästinenser und die US-Wähler, die "Abgehängten", die Trump überhaupt nicht vertritt. Schon plant er, die USA zu einem Steuerparadies zu machen und die Superreichen noch reicher zu machen. 15,16,17,18

Schon beginnen hierzulande die Medien, die Schuldigen an diesen schrecklichen Populisten-Aufstiegen auszumachen. Es sind natürlich die sozialen Medien wie Facebook, die die Hass-Schleusen öffneten. Schließlich waren es Elite-Medien, die an Trumps Vermarktung Milliarden Gewinne einfuhren. ¹⁹

Nein, es sind nicht die sozialen Medien, sondern es sind die sozialen Unterschiede, die immer mehr Hass erzeugen. Es ist an der Zeit, dass die "Eliten" aus ihren elitären Medientürmen und Regierungszirkeln wieder auf das Volk schauen. Doch anstatt uns, dem Volk, die Steuereinnahmen zu Gute kommen zu lassen, wird erneut darüber nachgedacht, die Rüstungsausgaben zu erhöhen, neue europäische Streitkräfte zu gründen, und die Nato zu stärken und der scheidende Bundespräsident Gauck hat als letzte Tat den baltischen Staaten einen militärischen Schutz versprochen. Hatten wir das nicht schon einmal? Tatsächlich hat dieser Bundespräsident aus seiner Russland-Abneigung nie einen Hehl gemacht, eine denkbar schlechte Ausgangslage, nur 71 Jahre nach dem verheerenden deutschen Angriffskrieg mit mehr als 27 Millionen russischen Kriegstoten, an denen auch Gaucks Vater nicht unbeteiligt war. 20,21

Wenn schon ein Bundespräsident, dann hätte man jenseits aller Parteipolitik über einen überparteilichen, nicht konfessionellen Kandidaten oder Kandidatin nachdenken müssen. Dass keine für alle Parteien wählbare honorige Persönlichkeit in Deutschland gefunden wurde, stimmt schon bedenklich!

Also Schluss mit Leitkultur und heuchlerischen Werten, zurück zu den Wurzeln einer Wertegesellschaft, ohne arrogante Eliten, nur so kann der rechte Spuk der Populisten besiegt werden.

Quellen:

[1] Vorarlberger Nachrichten: Europas Trump-Fans ttp://www.vorarlbergernachrichten.at/abend/2016/11/13/europas-trump-fans.vn>

[2] Israel Heute: Zufriedenheit in Israel nach Sieg von Donald Trump http://www.israelheute.com/Nachrichten/Artikel/tabid/179/nid/31010/Default.aspx

[3] Die Welt: Der voreilige Jubel der israelischen Rechten https://www.welt.de/ print/die_welt/politik/article159446847/ Der-voreilige-Jubel-der-israelischen-Rechten.html>

[4] Süddeutsche: Was Trump und die AfD gemein haben - und was nicht

[5] Tagesspiel: Angela Merkel: Anti-Trump und Populistin http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-der-us-wahl-angela-merkel-anti-trump-und-populistin/14834558.html

[6] Welt: "Merkel ist die letzte Verteidigerin des freien Westens" https://www.welt.de/politik/ausland/article159479315/Merkel-ist-die-letzte-Verteidigerin-des-freien-Westens.html

[7] Süddeutsche: "Segen für die Menschheit" http://www.sueddeutsche.de/muenchen/angela-merkel-in-muenchensie-sind-ein-segen-1.3242031

[8] Propagandaschau: Staatsfunk-Angestellte im Presseclub: "Natürlich sind wir Elite" https://propagandaschau.wordpress.com/2016/11/13/staatsfunk-angestellte-im-presseclub-natuerlich-sind-wir-elite/

[9] Netzpolitik.org: Frank-Walter Steinmeier vor dem Geheimdienst-Untersuchungsausschuss https://netzpolitik.org/2016/frank-walter-steinmeier-vor-dem-geheimdienst-untersuchungsausschuss/

[10] Süddeutsche: Steinmeier reagiert "gefasst" auf Nominierung - Schäuble spricht von "Niederlage" http://www.sueddeutsche.de/politik/bundespraesidentenwahl-steinmeier-reagiert-gefasstauf-nominierung-schaeuble-spricht-vonniederlage-1.3248391>

[11] Welt: 47 Millionen US-Bürger leben von Essensmarken https://www.welt.de/wall-street-journal/article114918996/47-Millionen-US-Buerger-leben-yon-Essensmarken.html

[12] Frankfurter Allgemeine: Seehofer: Nicht Bürgern Schuld an Rechtspopulisten geben http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-seehofer-nicht-buergern-schuld-an-rechtspopulisten-geben-14525908.html

[13] Untergrund-Blättre: Europas falsche Politik gegenüber Russland http://www.xn--untergrund-blttle-2qb.ch/politik/europa/russland_die_verkannte_demuetigung_3563.html

[14] Blätter.de: Demütigung als Gefahr https://www.blaetter.de/archiv/jahrga-enge/2015/juli/demuetigung-als-gefahr

[15] n-tv: Ultrakonservativer wird Trumps Chefberater http://www.n-tv.de/poli-tik/Ultrakonservativer-wird-Trumps-Chefberater-article19080921.html

[16] Spiegel: Trumps Gehirn http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trumps-wahlkampfchef-ste-phen-bannon-a-1120893.html

[17] Brabosh.com: Opmerkelijke videoboodschappen aan het volk van Israël van Donald Trump en Mike Pence https://brabosh.com/2016/11/13/pqpct-dot-3/

[18] Spiegel: Es geht los http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-und-seine-praesidentschaft-es-geht-los-a-1121108.html

[19] Stol.it: "The Donald" – der Mann, der den Wahlkampf prägte https://www.stol.it/Artikel/Politik-im-Ueber-blick/Politik/The-Donald-der-Mann-der-den-Wahlkampf-praegte

[20] Sicht vom Hochblauen: Gauck Spezial! Kommentar vom Hochblauen! Ein Präsident zum Fürchten! http://sicht-vom-hochblauen.de/gauck-spezial-kommentar-vom-hochblauen-ein-praesident-zum-fuerchten/

[21] Sicht vom Hochblauen: Auschwitz Gedenken: Gauck, eine Zumutung für die Opfer und Hinterbliebenen! http://sicht-vom-hochblauen.de/auschwitz-gedenken-gauck-eine-zumutung-fuer-die-opfer-und-hinterbliebenen/

Autor:

Evelyn Hecht-Galinski

(*1949 in Berlin) ist eine deutsche Publizistin und Gründerin der deutschen Abteilung der



Organisation "Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost". Sie verfasst regelmäßig Gastkommentare für die NRhZ-Online und publiziert auf ihren eigenen Blog, Sicht vom Hochblauen.

www.sicht-vom-hochblauen.de



Dieser Text wurde zuerst am 16. Nov. 2016 auf dem Blog Sicht vom Hochblauen unter der URL http://tiny.cc/4tr5gy veröffentlicht. (Lizenz: Evelyn Hecht-Galinski)

<http:// www.free21. org/?p=25451>



Die **Reaktionen** der deutschen Medien auf **Trumps Wahlsieg**

Während die US-Medien den Wahlsieg Donald Trumps überwiegend erstaunlich gleichmütig aufgenommen haben, wirken Deutschlands Edelfedern wie ein Haufen aufgescheuchter Hühner im Angesicht des geifernden Fuchses. Panik und Weltuntergangsstimmung allenthalben. Die Eliten verstehen "ihr" Volk offenbar nicht mehr. Dabei liegen die Gründe für Trumps Erfolg doch eigentlich auf der Hand. Doch anstatt erst einmal in sich zu gehen, schalten die Leitartikler auf Vorwärtsverteidigung und glänzen vor allem durch überbordende Arroganz.

von Jens Berger

Erschreckend ist, dass keiner der Leitartikler zwischen Symptomen und Ursache zu unterscheiden weiß und die offensichtliche Frage stellt, warum die Amerikaner sich vom Establishment abgewendet haben.

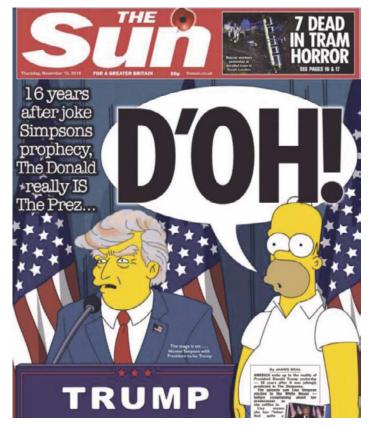
Die Ahnungslosen und die Arroganten

Beginnen wir mit einem Highlight von Roland Nelles, der ja auch schon gegen Sanders gehetzt hat. Hätten die Demokraten Sanders nicht kaltgestellt, hätten sie vielleicht die nötigen Stimmen bekommen:

"Sieg des Zerstörers

Donald Trump wird der nächste US-Präsident. Das ist eine politische Katastrophe – für Amerika, für die Welt. Ein Kommentar von Roland Nelles

[...] Plumper Populismus hat über die Vernunft gesiegt. Trumps Erfolg ist ein Schock für all jene, die auf die politische Weisheit der amerikanischen Wähler gesetzt hatten. Der Immobilientycoon hat den Amerikanern einen grundlegenden Politikwechsel versprochen, und sie sind seinen Versprechungen mit einer – wenn auch knappen – Mehrheit gefolgt. Die US-Wähler haben sich für einen Wandel entschieden, von dem noch niemand genau sagen kann, wie er eigentlich aussehen wird. Nach Trumps islamophoben, nationalistischen, menschenverachtenden Auftritten im Wahlkampf lässt sich nur eines sicher vorhersagen: Gut wird es wohl nicht werden.[...]



Titelseite der englischen Zeitung "The Sun"

Was der Welt, was Amerika deshalb jetzt droht, ist eine gefährliche Phase der Instabilität." Quelle: SPON

Den Staffelstab nimmt FAZ-Nachwuchsautor **Stefan Tomik** auf, der sich an einer Wahlanalyse versucht und dabei erwartungsgemäß im Seichten an der Oberfläche bleibt und Inhalte meidet: "Die weiße Revolution

Weiße Amerikaner ohne Hochschulabschluss verschafften Donald Trump einen riesigen Vorsprung. Schwarze, Latinos und Frauen unterstützten Hillary Clinton nicht so wie erhofft. Eine Wahlanalyse.

Laut den Daten der "New York Times" konnte Trump weitaus mehr Stimmen weißer Amerikaner ohne Hochschulabschluss für sich gewinnen als die republikanischen Kandidaten vorheriger Wahlen. Sein Vorsprung gegenüber Clinton liegt bei etwa 40 Prozentpunkten. Weiße mit Hochschulabschluss tendierten weniger stark zu ihm, wählten ihn in der Mehrheit aber dennoch." Quelle: FAZ (1) Am gleichen Vorhaben versucht sich **Marcel Pauly** in der WELT und scheitert ebenfalls auf ganzer Linie:

"Trumps Sieg ist weiß, männlich, bildungsschwach

Demokratie ist die Herrschaft der Mehrheit. In den USA sind die Weißen in der Mehrheit. Und sie haben sich überwiegend Donald Trump als neuen Präsidenten gewünscht.

Nicht mal ein Drittel der Hispanics und Asiaten votierte für ihn, bei den Schwarzen waren es laut Nachwahlbefragungen des Senders CNN gerade noch acht Prozent. Dennoch: Trump schneidet bei den Minderheiten immer noch etwas besser ab als der Republikaner Mitt Romney vor vier Jahren.

Seine Mehrheit aber beschaffte sich Trump bei der weißen Bevölkerung. Außerdem stimmten weniger gebildete Menschen vermehrt für ihn, Wähler mit höherem Bildungsabschluss entschieden sich hingegen mehrheitlich für die Demokratin Hillary Clinton. Sie hatte außerdem mehr Frauen auf ihrer Seite, die Trump-Anhänger sind dagegen überwiegend männlich.

Kombiniert man die Merkmale Geschlecht, Bildung und Ethnie, wird die Kernwählerschaft Trumps besonders deutlich: Sie ist weiß, männlich und besitzt keinen Hochschulabschluss. Auf jeden sechsten wahlberechtigten Amerikaner trifft diese Kombination zu. Drei Viertel von ihnen haben für Trump gestimmt.' Quelle: Welt (1)



Überall Populisten sieht **Thilo Kößler** im Deutschlandfunk: "Der Sieg des Populismus

Wenn Donald Trump jetzt davon spricht, er wolle der Präsident aller Amerikaner sein, muss das in den Ohren all jener wie Spott klingen, die er verletzt, verhöhnt und vor den Kopf gestoßen hat. Donald Trump war kein Preis zu hoch, um seine Anhängerschaft unter der weißen, ländlichen Bevölkerung zu mobilisieren: Sie hat seine Botschaft "Make America great again" buchstabiert als: Make America white again. Und: Make America male again. Das war eine rückwärtsgewandte Wahl. Nur wenige Jahrzehnte, ehe in den Vereinigten Staaten die Minderheiten in der Mehrheit sein werden, hat sich das weiße und männliche Amerika noch einmal mit aller Kraft aufgebäumt. Donald Trumps Anti-Establishment-Wahlkampf hat allerdings auch deshalb so gut verfangen, weil er in Hillary Clinton genau die Exponentin jener alten Eliten fand, die er für die Ängste und Befürchtungen, für die Wut und den Hass seiner Klientel verantwortlich machen konnte.

Niemand weiß, was sein Credo "America first" für die künftige US-Außenpolitik zu bedeuten hat. Seine Vorstellungen über den Umgang mit Russland, mit dem Iran, mit dem Syrienkonflikt und dem Nahen Osten insgesamt legen den Verdacht nahe, dass Donald Trump sein Land in Richtung eines wirtschaftlichen und politischen Nationalismus führen möchte. Das sieht in der Tat alles



Artikel in der Süddeutschen Zeitung: Der Spuk geht jetzt erst los



Artikel im Deutschlandfunk von 9.11.2016: Der Sieg des Populismus

nicht vertrauenserweckend aus. Und kann so jedenfalls nicht gut gehen." Quelle: Deutschlandfunk

Essayistisch geht SZ-Feuilletonchef Andrian Kreye ans Thema und demonstriert dabei, wie hochnäsig und arrogant so mancher Feuilletonist über das gemeine Volk denkt:

"Der Spuk geht jetzt erst los

Hillary Clintons Wähler hatten vor allem Angst vor Donald Trump, vor seinen Ausbrüchen und Egomanien, die nur so lange lustig waren, wie er seine Geschäftspartner im Immobilien- und Kasinogeschäft über den Tisch zog oder sich im Realityfernsehen aufplusterte.

Sie hatten Angst vor seinen Horden aus dem Herzland (Heartland) mit ihrem Bildungsmangel, ihrem Hass und ihrem Weltbild, das aus einer Zeit stammt, die die meisten im Land erleichtert hinter sich gelassen haben. Diese Horden haben dann doch so viel Macht entwickelt, dass sie einen wie Trump bis zum Wahlsieg tragen konnten." Quelle: SZ (1)

Voll von Häme ist auch die "Analyse" des SZ-Nachwuchsschreibers Sebastian Kreye: "Sieg des Enthemmten

Präsident Trump: Für viele ist die schlimmste Furcht zur Wirklichkeit geworden. Die USA wenden sich einer autoritären Führungsfigur zu – die Demokratie steht vor einer historischen Herausforderung.

Das war kein Wahlkampf. Das war eine nationale Krise. Und an ihrem nur vorläufigen Ende steht die größte anzunehmende Katastrophe: Donald Trump ist US-Präsident. Das Unvorstellbare ist Wirklichkeit geworden.

Ein Narzisst, ein notorischer Lügner, ein Sexist, ein Rassist, ein Chauvinist, ein Populist, ein Demagoge – vielfach belegt in diesem anderthalbjährigen Wahlkampf, so drastisch es auch klingen mag – ist nun das, was man gemeinhin mächtigster Mann der Welt nennt. Die Vorstellungskraft auch vieler Politiker reicht noch nicht aus, um die Folgen dieser Wahl abzuschätzen. Dass er die USA in gewaltige Probleme stürzen wird, ist jedenfalls keine sonderlich gewagte Vorhersage." Quelle: SZ (2)

Bei **Hubertus Volmer** von n-tv verschwinden die Grenzen zwischen einem journalistischen Artikel und einem Troll-Kommentar schon beinahe vollends:

"Das größte "Fuck you" aller Zeiten

Donald Trump ist ein narzisstischer Demagoge, der keine Skrupel, keine Moral und keinen Anstand kennt. Gewählt wurde er nicht deshalb, sondern weil er es geschafft hat, für Veränderung zu stehen.

Trump hat das Gefühl von Leuten getroffen, die glauben, sie seien zu kurz gekommen. Der linke Filmemacher Michael Moore, der erst Bernie Sanders, dann Clinton unterstützte, hat es auf den Punkt gebracht: Für seine Wähler sei Trump "ein menschlicher Molotow-Cocktail", sein Sieg werde "das größte "Fuck you' aller Zeiten" sein, "und es wird sich gut anfühlen" – jedenfalls für den Moment." Quelle: n-tv



Artikel in n-tv: "Das größte 'Fuck you' aller Zeiten"

Wie ein zurückgewiesener Liebhaber wirkt Tagesspiegel-Washington-Korrespondent **Christoph von Marschall**, der Hillary Clinton in einer hanebüchenen Naivität verklärt und Trump ebenso hanebüchen verteufelt.

"Die Rache der weißen Männer

Nationen können sich ihre Zukunft verbauen, wenn sie Fehler machen. Dabei denkt man zuerst an Regierungen, die politische oder ökonomische Irrwege einschlagen oder gar Kriege provozieren. Abschreckende Beispiele sind Baschar al Assad, Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdogan, aber auch David Cameron. Mitunter verbauen sich Gesellschaften jedoch die Zukunft selbst, weil sie falsche Weichenstellungen in demokratischen Abstimmungen legitimieren.

Präsident Donald Trump? Das ist verstörend, ja: ein Skandal. Bei allen berechtigten Einwänden ge-



gen Hillary Clinton dürfte keine Frage sein, wer von beiden besser vorbereitet ist auf das wichtigste Wahlamt der Welt. Clinton selbstverständlich. Und ebenso, wer sich durch das Auftreten im Wahlkampf disqualifiziert hat. Trump hat eine hasserfüllte Kampagne geführt, die von Prahlerei und frei erfundenen Anklagen nur so strotzte.

Man hätte Amerika – und seinen Partnern, für die vieles von diesem Wahlausgang abhängt gewünscht, dass der Alptraum im Zuge der Wahlnacht in Erleichterung umschlägt. Erleichterung, was der Welt alles erspart bliebe, wenn Trump nicht Präsident wird. Keine Verwerfung an den Börsen wegen seiner Unberechenbarkeit und der Drohung mit hohen Strafzöllen gegen Mexiko und China. Kein Rückzug der USA aus ihrer weltpolitischen Verantwortung; keine Schwächung der Nato, die wie eine Einladung an Putin wirkt, zu testen, wie weit er nun gehen kann. Keine verantwortungslose Steuersenkung, die nach Berechnung der Experten zu einer Verdreifachung der US-Schulden führen würde." Quelle: Tagesspiegel

Diese Analysen strotzen von Arroganz: "Weiße Amerikaner ohne Hochschulabschluss verschafften Donald Trump einen riesigen Vorsprung." Besteht ganz Deutschland nur aus Akademikern? Was sollte hier die Konsequenz sein? Die Wiedereinführung des Klassenwahlrechtes? Aus der Ecke der AfD gab es ja schon einmal den Vorschlag, Arbeitslosen und Hartz-IV Beziehern das Wahlrecht zu entziehen. Das schlägt in dieselbe Kerbe wie Gedankenspiele nach dem Brexit, den angeblich die älteren Wähler zu verantworten hatten, das Wahlrecht nach Lebensalter zu limitieren. Die Leser der "Qualitätszeitungen" sollten genau hinhören. Die Edelfedern der großen deutschen Zeitungen halten also Menschen ohne Hochschulabschluss für unfähig, Wahlentscheidungen zu treffen. Damit liefern die deutschen "Qualtätsjournalisten" interessanterweise, ohne es selbst zu merken, die Antwort auf die Frage, warum Trump gewählt wurde und warum die AfD gewählt wird.

Die Falken und Transatlantiker

Den Reigen der überzeugten Transatlantiker eröffnet Berthold Kohler, seines Zeichens Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Kohler macht sich vor allem Sorgen darüber, wie das "Bündnissystem des Westens" aussehen könnte, wenn die USA sich nicht mehr so sehr als "Ordnungsmacht" engagieren:

"Amerikas Abwendung von der Welt

Trumps Triumph erschüttert die europäische Politik in mehrfacher Weise. Das angeschlagene Bündnis- und Politiksystem des Westens könnte vor einer Revolution stehen.

Trump hatte zu außenpolitischen Fragen viel Wirres und Widersprüchliches von sich gegeben, das jedoch einen gemeinsamen Nenner aufwies: die Rückbesinnung Amerikas auf sich selbst und den Rückzug aus den komplizierten Agenden der Weltpolitik, ob die Sicherheit, das Klima oder den Freihandel betreffend.

In Amerika brachte ihm dieser Neoisolationismus nach dem Motto "Der Starke ist am mächtigsten allein" den Zuspruch der wachsenden Schicht ein, die sich als Verlierer der Globalisierung sieht. Sie wird von der Sehnsucht nach einer guten alten Zeit getrieben und vom Hass auf jene, die für deren Untergang verantwortlich gemacht werden. Die Abwendung von der Welt erschüttert nicht nur die andere Hälfte der Amerikaner, sondern auch alle Politiker im Ausland, die Amerikas Engagement als Ordnungsmacht und Verbündeter im internationalen System für unverzichtbar halten.' Quelle: FAZ (2)

Da darf natürlich auch Klaus-Dieter Frankenberger, Ressortleiter Außenpolitik bei der FAZ, nicht fehlen. Auch Frankenberger ist vor allem für seine transatlantische Netzwerkarbeit bekannt und ärgert sich in seinem FAZ-Artikel auch darüber, dass Trump nun seiner Meinung nach einen "Wirtschaftsnationalismus" anstelle des "internationalen Handels" setzen will:

"Der Rächer im Weißen Haus

Vor seinem Sieg haben sich viele gefürchtet. Aber er ist Wirklichkeit geworden—weil der "Aufstand des Populismus" mächtiger war als alle Warnungen vor Trumps Unberechenbarkeit.

(...) weil die weißen Arbeiter von der globalisierungskritischen, den internationalen Handel geißelnden Botschaft des Demagogen in republikanischen Kleidern angezogen wurden. Trump mobilisierte weiße Wähler auf dem Land und vor allem in den alten

Industriestaaten, wie das nicht für möglich gehalten wurde. Sein Populismus und sein Wirtschaftsnationalismus kamen bei den sogenannten einfachen Leuten gut an, die sich von der politischen Elite nicht vertreten, von der wirtschaftlichen Elite ausgenommen und von der Kulturelite verachtet und verhöhnt fühlen. Trump ist es gelungen, diese Frustration und Verbitterung erfolgreich anzuzapfen. Alle Vermutungen, dass traditionelle republikanische Wähler sich von Trumps Krawallrhetorik angewidert abwenden würden, erwiesen sich als Gerede." Quelle: FAZ (3)

Und wenn die Transatlantiker zum Angriff blasen, darf natürlich auch **Carsten Luther** von der ZEIT nicht fehlen:

"Der Ernstfall

Donald Trump war lange nur ein schlechter Scherz. Jetzt wird er Präsident. Die Welt muss sich fürchten vor dem, was diesem unberechenbaren Mann als Nächstes einfällt.

Ein totalitärer Blender und betrügerischer Dilettant hat es geschafft, sich ins Weiße Haus wählen zu lassen. Donald Trump ist ein epochales Desaster, das nicht nur dieses große Land und seine Demokratie auf Jahre hinaus verändern wird. Die ganze Welt wird die Auswirkungen dieses Fehlers spüren.

Viele hielten es für einen Scherz, als Trump im vorigen Jahr seine Kandidatur ankündigte: Soll er doch, solange es ihm Spaβ macht – und uns. Fast eineinhalb Jahre ist das her, heute lacht niemand mehr. Jetzt steht ein sexuell übergriffiger Rassist, pathologischer Lügner und nervöser Egomane an der Spitze der Vereinigten Staaten: Indiskutabel für alle, die an Demokratie und Menschenrechte oder wenigstens an den gesunden Verstand der Menschen im Allgemeinen, der Amerikaner im Besonderen glauben. Verdammt, sie hatten nur einen Job: diesen Mann zu verhindern!

Wer Trump gewählt hat, mag das als Protest gegen das Establishment verstanden haben – ist



Artikel im Tagesspiegel: Die Rache der weißen Männer



damit aber fraglos Teil eines antidemokratischen Aufruhrs geworden, dessen Antreiber nicht mehr an viel glauben, was einen modernen Staat zusammenhält." Quelle: Zeit (1)

In blanker Panik ist offenbar **Bernd Ulrich**, transatlantischer Netzwerker und Leiter des Politikressorts bei der ZEIT, der Europa nun auffordert, "die westlichen Werte" gegen Trump zu verteidigen.

"Ganz unten … aber nicht am Ende

Ein gefährlicher Mann zieht ins Weiße Haus ein. Warum Europa jetzt die westlichen Werte verteidigen muss – und das auch kann.

Neunundneunzig Jahre hat das amerikanische Jahrhundert gedauert. Es begann am 6. April 1917 mit dem Eintritt der USA in den großen europäischen Krieg und endete in der Nacht zum Mittwoch, dem 9. November 2016, als Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wurde. Dieser Mann ähnelt mehr den monarchischen Hasardeuren und faschistischen Führern, die den alten Kontinent mehrfach ins Unglück geführt haben, als allen seinen modernen Vorgängern im Weißen Haus.

Donald Trump ist kein Freund. Gewiss nicht von Deutschland und seiner Kanzlerin. Sie verkörpert von allem das Gegenteil eines Donald Trump. Sie ist besonnen, rational, diszipliniert, sie kontrolliert ihre Affekte, diese Frau ist, kurzum, nicht besessen von sich selbst. Sie und er werden von Stund' an die Antipoden der westlichen Welt sein." Quelle: Zeit (2)





Trump wird zwischen den Zeilen als Faschist bezeichnet, obwohl der "War on Terror", den sein "moderner" Vorgänger George W. Bush entfesselte im Irak, in Afghanistan und Pakistan 1,3 Millionen Tote gekostet hat. Obwohl sein "moderner" Vorgänger Barack Obama Libyen bombardieren ließ, den Drohnenkrieg exzessiv forciert und den syrischen Bürgerkrieg angezettelt hat. Bisher klebt kein Tropfen Blut an den Händen Trumps. Die Hände von Ex-Außenministerin und Ex-Präsidentschaftskandidatin Clinton triefen dagegen davon.

Die Freihandelsfreunde und Talkshowökonomen

Der neoliberale Talkshow-Ökonom und Springer-Kolumnist **Thomas Straubhaar** darf in der WELT den Apokalyptischen Reiter geben:

"Das ist das Ende des American Way of Life

Jetzt ist es passiert. Was (zu) lange niemand für möglich hielt, ist geschehen: Donald Trump wird US-Präsident. Und anders als sein Vorgänger Barack Obama wird der neue Mann im Weißen Haus von einer eigenen Mehrheit im Repräsentantenhaus getragen. Damit wird die größte und wichtigste Volkswirtschaft der Welt von einem Mann regiert werden, für den das eigene Interesse zuerst kommt und dessen Wahlprogramm weder berechenbar noch wünschenswert war – nicht für die

Weltwirtschaft, nicht für Europa, nicht für Deutschland.

Auch wenn Trump verspricht, alles anders zu machen als das verhasste Establishment der Vergangenheit, ermöglicht die Wahlentscheidung keinen Neubeginn für die USA. Vielmehr ist sie das Ende des "American Way of Life".

Donald Trump wurde von vielen gewählt, die sich selbst als Loser einschätzen. Von Unzufriedenen, die überzeugt sind, dass früher alles besser war, als es heute ist. Von Konservativen, die in Schwarz und Weiß trennen und sich mit einfachen Antworten auf komplexe Probleme abspeisen lassen." Quelle: Welt (2)

Ähnlich im Inhalt, wenn auch etwa moderater im Ton gibt sich SZ-Chefredakteur **Kurt Kister**, der Trump hämisch zum "wirkmächtigsten Verbündeten" von Attac und den Grünen erklärt. Warum? Weil Trump TTIP ablehnt. Abseits der Redaktionsstuben dürfte ihm das zumindest in Deutschland jedoch eher Zustimmung verschaffen:

"Amerika wählt den großen Spalter

Donald Trump ist ein Nationalist, der sich als Patriot ausgibt. Sein Patriotismus hat rassistische Züge, wie sich nicht nur an seinen Bemerkungen zum Beispiel über Amerikaner mexikanischer Abstammung belegen lässt. Als Nationalist redet er auch der wirtschaftlichen Abschottung und einem (Straf-) Zollsystem das Wort. Was die Organisation des

Freihandels, speziell TTIP angeht, ist der Rechtspopulist Trump der wohl wirkmächtigste Verbündete von Attac oder den Grünen: Seine Wahl bedeutet das Ende von TTIP." Quelle: SZ (3)

Und die Moral von der Geschicht'?

"Trump und "Breitbart" triumphieren über das Establishment

Noch nie zuvor hatte sich die klassische Medienlandschaft der USA so deutlich gegen einen Präsidentschaftskandidaten ausgesprochen. Die New York Times unterstützte Hillary Clinton, ebenso wie das renommierte Atlantic-Magazin, das überhaupt erst zum dritten Mal in seiner langen Geschichte eine Wahlempfehlung veröffentlichte. Die Bürgerinnen und Bürger der Vereinigten Staaten jedoch wollten nicht auf die Leitmedien ihres Landes hören. Je weiter die Wahlnacht voranschreitet, desto deutlicher wird: das Amerika der Medien und das Amerika der Wähler, das sind zwei unterschiedliche Länder.

CNN-Mann Blitzer ringt am Morgen um eine Erklärung: "In diesem Land gibt es eine tief sitzende Wut auf das Establishment." Die großen US-Medien haben den Kontakt zu einem Großteil der Menschen ihres Landes verloren. Nach vielen Stunden stehen Blitzer und seine Kollegen von MSNBC bis Fox News noch immer im gleißenden Licht ihrer Ergebnis-Tafeln und hochmodernen Umfrage-Grafiken. Aber Erleuchtung finden sie dort keine." Quelle: SZ (4)

Was soll man sagen, mit Trumps Wahlsieg scheint die Meinungsmache und Meinungsmacht der "Qualitätsmedien" zumindest in den USA endlich gebrochen zu sein. Viele amerikanische Bürger haben sich gegen die Interessen des Establishments entschieden - ob die Entscheidung klug war oder nicht, ist eine andere Frage - und in der deutschen Medienlandschaft ist der Teufel los. Das Toben der deutschen "Qualitätsmedien" gegen Trump ist auch ein Manifest der Furcht, dass dies auch in Deutschland geschehen könnte.



Quellen:

SPON: Spiegel: Donald Trump triumphiert Sieg des Zerstörers httml>

FAZ(1): Frankfurter Allgemeine: Wer wählte wen? Die weiße Revolution http://waehlte-wen-14520011.html

Welt(1): Trumps Sieg ist weiß, männlich, bildungsschwach https://www.welt.de/politik/ausland/article159382274/
Trumps-Sieg-ist-weiss-maennlich-bildungsschwach.html>

Deutschlandfunk: US-Wahl Der Sieg des Populismus http://www.deutsch-landfunk.de/us-wahl-der-sieg-des-populismus.720.de.html?dram:article_id=770904

SZ(1): Süddeutsche: Der Spuk geht jetzt erst los http://www.sueddeutsche.de/politik/us-wahl-der-spuk-geht-jetzt-erst-los-1.3241066 SZ(2): Süddeutsche: Präsident Trump Sieg des Enthemmten https://www.sued-deutsche.de/politik/praesident-trump-sieg-des-enthemmten-1.3237898

N-TV: Präsident Donald Trump Das größte "Fuck you" aller Zeiten http://www.n-tv.de/politik/politik_kommentare/Das-groesste-Fuck-you-aller-Zeiten-article19042521.html

Tagesspiegel: Donald Trump wird US-Präsident Die Rache der weißen Männer httml>

FAZ(2): Frankfurter Allgemeine: Shock and awe Amerikas Abwendung von der Welt http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-amerika/donald-trumpsieg-bei-us-wahl-2016-erschuettert-eupolitik-14520518.html

FAZ(3): Frankfurter Allgemeine: Donald Trump Der Rächer im Weißen Haus http://www.faz.net/aktuell/politik/ wahl-in-amerika/donald-trump-folgtals-us-praesident-auf-barackobama-14519726.html> Zeit(1): US-Wahl Der Ernstfall http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-11/us-wahl-donald-trump-praesident-wahlergebnis

Zeit(2): Trumps Wahlsieg Ganz unten ...aber nicht am Ende http://www.zeit.de/2016/47/donald-trump-wahlsieg-europa-werte

Welt(2): Das ist das Ende des American Way of Life https://www.welt.de/ wirtschaft/article159361714/Das-istdas-Ende-des-American-Way-of-Life. html>

SZ(3): Süddeutsche: Amerika wählt den großen Spalter http://www.sueddeutsche.de/politik/der-neue-praesident-trump-ein-elend-1.3241431

Süddeutsche: Trump und "Breitbart" triumphieren über das Establishment http://www.sueddeutsche.de/medien/us-wahl-trump-und-breitbart-triumphieren-ueber-das-establish-ment-1.3241193



Autor:

Jens Berger

ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stun-



de. Als Redakteur der Nach-DenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

<http:// www.free21. org/?p=25487>



Kollektives Trauern

von Laurent Stein.

Die deutsche Presselandschaft gibt ein tristes Bild ab, am Morgen des 9. November 2016.

Auf nahezu jedem Kanal, von ARD bis N24, rätseln sichtlich niedergeschlagene Moderatoren, wie es passieren konnte, dass Donald Trump zum 45. Präsident der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Es scheint so, als ob die Wahlniederlage Hillary Clintons nicht nur eine Schlappe für die demokratische Partei ihres Landes darstellt, sondern für alle wichtigen Presseorgane der westlichen Wertegemeinschaft. Monatelang hatte man Trump dämonisiert und vor den fatalen Konsequenzen gewarnt, die ein Wahlsieg des republikanischen Kandidaten mit sich bringen würde.

"5 Minuten vor Trump" titelte der Spiegel und kreierte ein Weltuntergangsszenario, dass es dem deutschen Gutmenschen schon ganz schwarz vor Augen wurde. Nun ist es aber doch geschehen. Das unmögliche ist möglich geworden und auch Claus Kleber



muss sich als Mitglied der Atlantikbrücke mit "seinem" neuen Präsidenten zufriedengeben.

"Wie konnte es nur dazu kommen?", schallt es auch aus den Radiostationen der Bundesrepublik.

Zeitgleich appelliert Focus Online-Experte Jürgen Rüttgers an die deutsche Bevölkerung: "Man müsse den Amerikanern nach dieser Wahl helfen". Deutschland muss eben mehr Verantwortung übernehmen. In diesem Fall als der kleine Junge, der seinen betrunkenen Vater von der Kneipe nach Hause bringen muss.

Eine Frage wird bei der ganzen Aufregung jedoch kein einziges Mal gestellt, obgleich sie nach diesem monatelangen Theater entscheidend wäre. Warum hört ein Großteil der Menschen nicht mehr zu, wenn die Redaktionen von New York bis Paris Donald Trump zum Staatsfeind Nummer 1 hochstilisieren?

Die US-Wahl 2016 belegt ganz eindeutig, was zahlreiche Journa-

listen bereits jahrelang prophezeit hatten. Das Meinungsmonopol der Mainstream-Medien bröckelt gewaltig. Wenn die Presse in der heutigen Zeit noch eine Überlebenschance wahren möchte, ist der einzige Ast, an den sie sich klammern kann, der der kritischen Reflexion.

In Deutschland bietet sich hierfür bereits heute die Möglichkeit. Wer ein "Szenario Trump" hierzulande verhindern möchte, wird nicht darum herumkommen, mit den politischen Gegnern das Gespräch zu suchen. Miteinander reden, statt übereinander schreiben. Die AfD ist nicht der deutschen Presselandschaft zum Trotz so stark geworden, vielmehr wurde sie und wird sie immer noch täglich von ihr gestärkt.

Für die Medien wird die Zeit immer knapper, das verlorengegangene Vertrauen der Bevölkerung wieder zurück zu gewinnen. Die Bundestagswahl 2017 wird zeigen, inwieweit aus eigenen Fehlern gelernt wurde.





Lügenpresse und Medienkrise

von Verschwörungstheoretikern und Beschwichtigungspredigern

von Wätzold Plaum

Unwort des Jahres 2014 und doch symptomatisch für die Gegenwart. Das Schlagwort "Lügenpresse" markiert einen gesellschaftlichen und kulturellen Graben, der für eine zunehmende Unzufriedenheit großer Bevölkerungsteile mit den etablierten Medien steht. Jenseits des Hauptstroms konsumierbarer Informationen hat sich seit etwa 2005 auch in Deutschland eine lebhafte Szene alternativer Medien etabliert. Sie sorgt für Kontroversen.

Statistische Erhebungen belegen, dass die Unzufriedenheit mit den Medien heute nicht signifikant größer ist als vor zehn bis fünfzehn Jahren [1]. Und doch ist die Qualität dieser Unzufriedenheit heute offensichtlich eine andere. Warum sonst berichten Journalisten von zunehmender Wut und Ablehnung, mit der sie von Seiten des potentiellen oder tatsächlichen Publikums bedacht werden? ([2]) Und warum das unsägliche Unwort?

In Zeiten des klassischen Zeitungsjournalismus gaben sich Leserschaften unterschiedlicher Blätter häufig noch nicht einmal die Hand. Die Zeitungen definierten soziale Milieus, mithin ideologische Heimatbiotope. Heute liegen etablierte Nachrichtenanbieter nur einen Mausklick weit von einander entfernt, Seite an Seite mit den alternativen Medien. Dieser Umstand hat das Spiel grundlegend verändert. Wo man früher die weltanschaulichen Attitüden dem eigenen Hausblatt entnahm, findet heute ein so noch nie dagewesener Informationswettbewerb statt. Mal eben einen sozialistischen mit einem libertären Standpunkt zu vergleichen kann heute jeder am Händi in der Mittagspause. Das fördert und fordert eine erhöhte Medienkompetenz.

Mithin mag es auch überfordern. Denn wo konträre Standpunkte nebeneinander sichtbar werden, entsteht kognitive Dissonanz. So



(Foto: Flickr, CCo)

bezeichnet man in der Psychologie einen unbehaglichen Zustand des Bewusstseins, in Anbetracht widersprüchlicher Erklärungsmuster. Wer der Welt, wenigstens aber seiner Umwelt, vertrauen will muss wissen, was Sache ist. Deswegen ist es nur zu verständlich, wenn Menschen versuchen, ihrem Weltbild eine gewisse Abgeschlossenheit zu verleihen.

Der Verschwörungsfanatiker hat aber wenigstens den Vorteil zu provozieren, herauszufordern, was von der weit gefährlicheren Art der Simplifizisten nicht behauptet werden kann.

Sich hier in einer vorschnellen Sicherheit wiegen kann jedoch zu zweierlei Irrtümern führen. Ja, es gibt sie, die viel gescholtenen "Verschwörungstheoretiker", die ich jedoch lieber als "Verschwörungsfanatiker" bezeichnen würde, denn nichts sollte dagegen sprechen, wohlbegründete Theorien zu vertreten. Welches Weltereignis auch immer kommt, sie wissen es als Teil dieses oder jenes finsteren Planes zu identifizieren. Für sie ist alles ein abgekatertes Spiel. Es ist legitim eine Verschwörungshypothese zu vertreten, wenn dies in wohlbegründeten Argumenten geschieht und durch nachprüfbare Indizien

belegt ist. Man verlässt jedoch den Boden der Aufklärung, wenn Argumentationsmuster dazu tendieren, sich selbst zu immunisieren, wenn beispielsweise jede der Verschwörungshypothese widersprechende Tatsache stereotyp als Propaganda der Verschwörung tituliert wird.

Der Verschwörungsfanatiker hat aber wenigstens den Vorteil zu provozieren, herauszufordern, was von der weit gefährlicheren Art der Simplifizisten nicht behauptet werden kann. Ich möchte sie hier die "Beschwichtigungsprediger" nennen, als Gegenbegriff zum Verschwörungsfanatiker. Beschwichtigungsprediger wollen uns ebenso wie die Verschwörungsfanatiker von unserer kognitiven Dissonanz heilen. Nur tun sie dies, indem sie alle Zweifel zu zerstreuen versuchen. Sie Argumentieren stets im Sinne des Status Quo, reden uns ein, der Staat, die EU, die Nato, das Finanzsystsem, seien im Grunde genommen gut so wie sie sind. Vielleicht hier und da ein paar Fehler, aber unter m Strich vertrauenswürdig. Und wenngleich auch der Beschwichtigungsprediger ausgiebig davon Gebrauch macht, Ängste zu schüren, so tut er dies doch niemals ohne bereits eine wohl institutionalisierte Lösung parat zu haben. Beschwichtigungsprediger und die ihnen folgenden Schafe stehen stets auf der Seite der bestehenden Machtverhältnisse.

Verschwörungsfanatiker gegen Beschwichtigungsprediger; etablierte, sogenannte "Qualitätsmedien" gegen alternative. Hier geht es um Machtverhältnisse, die ganz konkrete Auswirkungen haben. Ein Grund, warum die AfD vermutlich nicht so schnell in der Bedeutungslosigkeit versinken wird, wie einst die Piratenpartei, liegt darin, dass sie alternative Medien auf ihrer Seite hat, die mittlerweile über eine erhebliche Reichweite verfügen. Zu nennen wären etwa der Kopp-Verlag oder das Compact-Magazin, [4]. Das sind erhebliche Größenordnungen, und sie haben einen spürbaren Einfluss auf das Meinungsklima des Landes.

Dieser Umstand verleitet die etablierten Medien immer wieder dazu, die alternativen Medien pauschal in die rechte Ecke zu stellen. Umfragen haben ergeben, dass Journalisten generell die größte Sympathie für eine gemäßigt linke politische Einstellung haben, [3]. So gesehen mag es die kognitive Dissonanz der Medienschaffenden des Mainstreams hindern. die alternative Konkurrenz mit der Faschokeule zu erschlagen. Doch so einfach sollten sie es sich nicht machen. Wieder lehrt uns die Statistik, dass das Misstrauen gegenüber den Medien am linken Rand des politischen Spektrums in etwa gleich ausgeprägt ist, wie am rechten. Und darüber hinaus ist es auch in der politischren Mitte stark verbreitet und überwiegt selbst im gemäßigten konservativen Lager bereits das Vertrauen (siehe [1]). Für viele vollzog sich mit zunehmender Versorgung durch kontroverse Informationen via Internet eine Art Initiationserlebnis. Eine wichtige Bedeutung haben hierbei etwa die Ereignisse vom 11. September. Wer aus guten Gründen die "offizielle" Version der Geschehnisse anzweifelt, ohne damit notwendiger Weise schon zum Verschwörungsfanatiker geworden zu sein, muss die



etablierten Medien zunehmend als Kunstwelt und Propagandafabrik erleben, ähnlich wie viele kritische Bürger der DDR sich zum staatlichen Rundfunk- und Zeitungsangebot stellten. Da wäre zunächst die innere Immigration, dann der Medienkonsum im Skeptikermodus. So könnte man es nennen, wenn man Medien nicht konsumiert, um deren vorgeblichen Informationen zu erhalten, sondern um das dahinterstehende System in oppositioneller Absicht zu dechiffrieren.

Zu dechiffrieren gäbe es vieles. Zum Beispiel die ARD-Dokumentation "Vertrauen verspielt? Wie Medien um Glaubwürdigkeit kämpfen" [2] Die Autoren Sinje Stadtlich und Bastian Berbner unternehmen hier den scheinbar gründlichen Versuch, dem wachsenden Medienmisstrauen selbstkritisch zu begegnen. Doch schon der Einstieg bedient die abgeschmacktesten Klischeés: Engagierte Alphajournalistinnen zitieren aus Briefen des Publikums, wüsteste Beschimpfungen, Gewaltandrohungen und antisemitische Ausfälle. Damit sind die Täter- und Opferrollen erst einmal verteilt, und der Zuschauer weiß: Wer "Lügenpresse" sagt, der ist Nazi.

Ansatzweise schafft die Dokumentation es zwar, gewisse Aspekte der aktuellen Medienkrise zutreffend zu benennen. So stimmt es, dass es gewisse Schlüsselthemen wie die Flüchtlings- oder die Ukrainekrise das Vertrauen in die Journalistenzunft nachhaltig beschädigt haben. Doch wird das zentrale Problem nicht angesprochen: Die westliche Welt, genauer gesagt deren politische und ökonomische Eliten befinden sich in der Krise. Die Dominanz des Westens steht zu Disposition. Die alten kolonialen Muster werden sich auf Dauer nicht behaupten lassen. Doch anstatt sich auf alte Stärken zu besinnen, eine dezentrale, subsidiären Freiheitskultur auf eine neue Stufe zu heben, träumen die westlichen Eliten weiter den eitlen Traum eines Imperiums, vom Pazifik bis an die Grenzen Russlands.

Es gibt viele Menschen, die dies ahnen. In einer solchen Situati-



"It seemed like a great idea, back in the '80s to embolden and train and equip Taliban, mujahidin, jihadists against the Soviet Union, which had invaded Afghanistan. And with our help, and with the Pakistani support this group - including, at that time, Bin Laden, defeated the Soviet Union." (...)

"When we accomplished our primary mission of seeing the Soviet Union thrown out of Afghanistan, we withdrew. And we left the problems of a well-equipped, fundamentalist, ideological and religious group that had been battle hardened to the Afghans and the Pakistanis"

©CBS TRANSCRIPT

Interview with Secretary of State Hillary Clinton by CBS News Anchor Katie Couric, conducted in Washington, DC on October 6, 2009.

Die Aussage von Hillary Clinton liegt als Transkript bei der CNN vor (Grafik: Free21)

on wären Medien zwingend notwendig, welche Kernfragen der gegenwärtigen Krise benennen: Brauchen wir ein anderes Finanzsystem? Wie steht es um geheimdienstliche Abrüstung? Was sind die tieferen Ursachen des zunehmenden Demokratieabbaus? Wer hat Interesse an einer Konfrontation mit Russland? Steckt hinter den Flüchtlingsströmen ein geopolitisches Kalkül?

Dies sind nur einige der Fragen, die in den etablierten Medien einfach nicht vorkommen, zumindest nicht in einer Weise, die dem verfügbaren Wissen auch nur ansatzweise gerecht werden würde. Stattdessen gibt es selbstgerechte Hofberichterstattung und politisch korrekte Volkspädagogik.

Noch einmal zurück zur zitierten ARD-Doku. Als Beispiel für die mangelnde Seriosität der alternativen Medien wurde hier Christoph Hörstels Aussage angeführt, al Quaida sei ein Geschöpf der CIA – laut der Kommentatorin eine "absurdeste These". Ob hier auf Seiten der etablierten Journalisten Dummheit oder Dreistigkeit vorliegt, mag der Leser selbst entscheiden, in Anbetracht der Worte der ehemaligen US-Außenministerin und Präsidentin in spe Hillary Clinton:

"Um fair zu sein: Wir halfen das Problem zu erschaffen, das wir nun bekämpfen. Denn als die Sowjetunion Afghanistan besetzte, hatten wir die brillante Idee nach Pakistan zu gehen und eine Miliz von Mudschahedin zu schaffen. Wir rüsteten sie mit Stinger-Raketen aus und allem anderen, um die Sowjets in Afghanistan zu bekämpfen. Und wir waren damit erfolgreich. Die Sowjetunion verließen Afghanistan. Und wir sagten: Wunderbar, auf Wiedersehen, und

ließen diese ausgebildeten Kämpfer, die Fanatiker waren, in Afghanistan und Pakistan, ließen ihnen ihre Waffen und erschufen ein Problem, das wir zur damaligen Zeit gar nicht war nahmen. Wir waren nur so froh, dass die Sowjetunion fiel. Schön, alles wird nun wesentlich besser werden. Wenn wir zurückblicken, dann sind die Leute, die wir jetzt bekämpfen die selben, die wir damals unterstützten."

Der ungemeine Erfolg alternativer Medienschaffender wie Ken Jebsen zeigt, dass der Trend, dem zu Misstrauen, was für Jahrzehnte als vertrauenswürdig galt, sich in der Zukunft vermutlich noch verstärken wird. Mehr noch: Eine schleichende Erosion des gesamtgesellschaftlichen Konsenses kann gesehen werden als Vorbote eines tiefgreifenden gesellschaftlichen und kulturellen Umbruchs. Wie könnte ein derartiger Umbruch aussehen? An dieser Stelle sei eine Prognose gewagt: Hier und heute kündigt sich eine neue Aufklärung an. Alles, was historisch als Durchbruch von Freiheit und Demokratie bezeichnet wird, war nur eine Generalprobe. Bis zur Uraufführung bleibt jedoch noch eine Menge Arbeit - wider der Herrschsucht der Eliten und wider der Ignoranz der Massen.

Autor:

Wätzold Plaum

studierte Physik und promovierte im Fach Mathematik an der Uni Regensburg. 2012 erschien sein Buch "die



Wiki-Revolution – Absturz und Neustart der westlichen Demokratie" im Rotbuch-Verlag. Aktuell konzentriert er sich auf seinen Video-Blog "meine WikiWelt" und auf musikalische Projekte.

http://www.free21.
org/?p=25186>



Quellen:

[1] Köhler, Andreas; Otto, Kim: Medienvertrauen auf dem Tiefpunkt? European Journalism Observatory, 21. März 2016. Online: http://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/medienvertrauen-auf-dem-tiefpunkt (28.10.2016)

[2] Aussagen entsprechend: Berbner, Bastian; Stadtlich, Sinje: Die Story im Ersten – Vertrauen verspielt? Wie Medien um Glaubwürdigkeit kämpfen ausgestrahlt am 11.07.2016, ARD.

[3] Pöpsel, Frank: Was Journalisten wählen, Focus-Money vom 3.7.2013. Online: http://www.focus.de/finanzen/news/money-inside-was-journalisten-waehlen_aid_1032835.html (28.10.2016).

[4] Laut deutscher Wikipedia (28.10.2016) hat das Compact-Magazin eine Auflage von 40.000. Der Kopp-Verlag hat mittlerweile seine Online-Redaktion weitgehend eingestellt, erhielt jedoch laut eigenen Angaben bis zu 600.000 Klicks pro Tag.



Das Strahlungskartell

Anerkannte wissenschaftliche Studien aus der ganzen Welt bestätigen, was viele Betroffene längst vermuten: Mobilfunkstrahlung macht krank. Die Sendeanlagen für Mobilfunk und W-LAN können Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Erbgutschäden, degenerative Erkrankungen, neurologische und psychische Veränderungen verursachen. Die Mobilfunkindustrie behauptet jedoch das glatte Gegenteil: die aktuellen "Grenzwerte" wären Sicherheit genug. Ein neuer Film rekonstruiert nun im Detail, wie diese "Grenzwerte" zustande kamen und in wessen Interesse bestimmte Studien bis heute gezielt attackiert und unterschlagen werden. Zahlreiche Wissenschaftler kommen zu Wort, ebenso Insider aus WHO, EU und nationalen Regierungen. Ihr Resümee ist einhellig: Mobilfunkstrahlung macht krank – diese Wahrheit wird jedoch vom "Strahlungskartell" unterdrückt. Jens Wernicke sprach mit dem Mediziner, Hochschullehrer und Mobilfunkkritiker Franz Adlkofer zu Thema und Film.

von Jens Wernicke



Mobilfunksendemasten direkt über der Wohnung. (Foto: Pixabay, CCo)

JENS WERNICKE: Herr Adlkofer, Sie sind einer der renommiertesten Kritiker der inzwischen gigantischen Mobilfunkindustrie, die, schenkt man den Darstellungen des Films "Das Strahlungskartell" glauben, alles dafür tut, um "geschäftsschädigende Kritik" an ihrem Wirken zu unterdrücken und mundtot zu machen. Worüber sprechen wir hier? Was ist das Problem an Mobilfunk sowie am "Strahlungskartell"?

FRANZ ADLKOFER: Auch wenn ich in diesem vorkomme, habe ich ihn, da er gerade erst auf DVD erschienen ist, selbst leider noch nicht sehen können. Der Überschrift "Das Strahlungskartell" und den Einführungssätzen entnehme ich, dass über die Netzbetreiber nicht viel Gutes berichtet wird. Dafür habe ich großes Verständnis. Wie sie ihre Interessen durchsetzen, ist mit dem Begriff "institutionelle Korruption", die sich im Grenzbereich zwischen legal und illegal bewegt, höchst unzureichend beschrieben. Im Umgang mit mir scheute man jedenfalls auch vor kriminellen Methoden nicht zurück, um mir meine Glaubwürdigkeit zu nehmen, was so ziemlich das Schlimmste ist, was einem Wissenschaftler geschehen kann.

Zur Sache: Der Schutz der Menschen vor der Hochfrequenzstrahlung, wie er seit den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts zunächst vom US-Militär und nach Beendigung des Kalten



Moderne Kommunikation (Foto: Jean-Pierre Dalbéra, Wikimedia Commons, CC BY 2.0)

Krieges von der Strahlenindustrie jeweils im Einverständnis mit der Politik propagiert wird, beruht auf einer großen Lüge. Die damals entstandenen und heute noch geltenden Grenzwerte sind nämlich nicht mehr und nicht weniger als ein Phantasieprodukt, mit dem das Militär seine technischen und die Strahlungsindustrie ihre wirtschaftlichen Interessen zu schützen verstand.

Menschen, die dieser Strahlung ausgesetzt sind, schützen diese Grenzwerte lediglich vor Verbrennungen, wovor sich jeder Betroffene allerdings auch von sich aus schützen würde, weil Verbrennungen schmerzhaft sind. Beim Schutz vor strahlungsbedingten Erkrankungen, die bereits weit unterhalb der Grenzwerte auftreten können und sich in aller Re-

gel langsam entwickeln, sind diese Grenzwerte ohne jede Wirkung.

Seit Jahrzehnten wird der profitable Status quo aufrecht erhalten, indem wie im Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramm Pseudoforschung gefördert und echte Forschung behindert wird. Forschungsmittel werden bevorzugt an willfährige Wissenschaftler mit der richtigen Meinung unter Kontrolle der Mobilfunkindustrie vergeben, unabhängige Forscher erhalten nur Fördermittel. wenn die von ihnen zu erwartenden Ergebnisse mehr oder weniger bedeutungslos sind. Schlimmer noch: Diese Wissenschaftler werden dann benutzt um zu zeigen, dass bei der Vergabe der Forschungsmittel alles mit rechten Dingen zuging. Und die Politik - sei es, dass sie nichts davon bemerkt oder mit allem einverstanden ist – hüllt sich in Schweigen.

Wer dies alles öffentlich zu sagen bereit ist, braucht sich – wie ich als Betroffener versichern kann – über den Umgang, den er hiernach von der Mobilfunkindustrie, ihren Söldnern aus der Wissenschaft und darüber hinaus auch von der Politik erfährt, nicht zu wundern. JENS WERNICKE: Das scheint im Moment ein weit verbreitetes Phänomen zu sein, das ebenso

Im Interview:

Franz Adlkofer

wurde 1935 in Attenzell/ Bayern geboren; Promotion 1967 an der LMU München; bis 1969 wissen-



schaftlicher Assistent am MPI für Biochemie in München: 1974 Facharzt für Innere Krankheiten und Habilitation an der an der Freien Universität Berlin: seit1980 außerplanmäßiger Professor; von 1976 bis 1992 Leiter der wissenschaftlichen Abteilung im Verband der Cigarettenindustrie in Hamburg und Bonn; von 1992 bis 2011 Geschäftsführer und Mitglied des Stiftungsrates von VerUm - Stiftung für Verhalten und Umwelt in München: seit 2010 Geschäftsführer und Vorsitzender des Stiftungsrates von Pandora - Stiftung für unabhängige Forschung.



andere Bereiche von Forschung und Wissenschaft betrifft und beispielsweise beim Thema Pestizide bereits verheerende Folgen gezeitigt hat. Was genau ist bezüglich der Mobilfunkstrahlung denn der aktuelle Forschungs- und Wissensstand?

FRANZ ADLKOFER: Gegenwärtig steht für mich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit fest, dass die Mobilfunkstrahlung bei Langzeit- und Häufignutzern des Mobiltelefons Hirntumore verursachen kann.

Weniger überzeugend erscheint mir aktuell die Beweislage für die vielen anderen Erkrankungen, auf die im Film "Das Strahlenkartell" hingewiesen wird. Doch die Chancen, dass eines Tages auch dafür die erforderlichen Belege erbracht werden, stehen durchaus gut.



(Foto: KenFM)

Dass es unter den Menschen, die sich als elektrosensibel bezeichnen und die bereits auf niedrigste Strahlenbelastungen mit Krankheitssymptomen reagieren, viele gibt, die tatsächlich elektrosensitiv sind, erscheint mir ebenfalls als weitgehend gesichert.

JENS WERNICKE: *Und das ist alles seriös be- und mit Studien hinterlegt?*

FRANZ ADLKOFER: Ja. Dass wir wohl in absehbarer Zeit wohl mit einem nicht mehr übersehbaren Anstieg von Hirntumoren rechnen müssen, habe ich in meinem Artikel "Neues von der NTP-Studie" begründet. Was den unbefriedigenden Stand des Wissens über Erkrankungen auch anderer Organe oder Systeme des menschlichen angeht, worauf zahlreichen Publikationen hinweisen, ist dies vor allem der einseitigen Forschungsförderung und damit der Forschungsbehinderung durch Industrie und Politik geschuldet.

JENS WERNICKE: In den Medien wird ja in aller Regel das genaue Gegenteil dargestellt: alles sei sicher, die Kritiker wären nicht recht bei Verstand etc.

FRANZ ADLKOFER: Der Einfluss der Mobilfunkbetreiber auf die Medien, selbst auf die besonders elitären, die voller Stolz auf den eigenen hohen moralisch-ethischen Standard verweisen, ist überwältigend.

Sie drucken alles ab, was ihnen von Wissenschaftlern vorgetragen wird, die offen oder verdeckt mit der Mobilfunkindustrie zusammenarbeiten. Diese Wissenschaftler stellen sich bei ihnen in der Regel als Mitglieder wichtiger nationaler und internationaler Beratungs- und Entscheidungsgremien vor, in denen sie aufgrund ihrer richtigen Meinung von der Politik auf Wunsch der Mobilfunkindustrie untergebracht wurden.

Im Gegensatz zu den zwecks Erhöhung ihres Marktwertes mit Amt und Würden ausgestatteten Söldnern des Strahlungskartells werden Erkenntnisse unabhängiger Wissenschaftler, die sich nur dem eigenen Gewissen verpflichtet fühlen, völlig ignoriert. Sie selbst werden als Außenseiter angesehen oder schlichtweg als Verrückte diffamiert.

JENS WERNICKE: Warum wissen wir als Verbraucher so wenig über die Auswirkungen der steigenden Strahlenbelastung?

FRANZ ADLKOFER: Jeder Mensch, der wirklich wissen möchte, was da geschieht, hätte hinreichend Gelegenheit, sich über die möglichen gesundheitlichen Risiken der Hochfrequenzstrahlung zu informieren.

Nur wenige machen jedoch davon Gebrauch, zum einen weil sie sich nicht mit Wissen belasten möchten, das ihren Umgang mit dieser sehr hilfreichen und deshalb zu Recht geschätzten Technologie beeinträchtigen könnte. Zum andern tun sie es auch deshalb nicht, weil ihnen von der Mobilfunkindustrie und ihren Interessensvertretern aus der Wissenschaft, aber auch von der Politik seit Jahren vorgegaukelt wird, dass die Technologie bei Einhaltung der Grenzwerte absolut harmlos sei.

Die Medien tragen zu dieser Fehlinformation der Bevölkerung zu einem erheblichen Teil bei. Offensichtlich erwarten sie für ihre Zurückhaltung bei der Darstellung der Risiken der Hochfrequenzstrahlung von der Mobilfunkindustrie Gegenleistungen. Das Werbebudget der Mobilfunkindustrie, das das der Zigarettenindustrie von einst bei Weitem übertrifft, ist scheinbar für sie so verführerisch. dass sie sich bei ihrer Berichterstattung weniger der Wahrheit als den Interessen der Mobilfunkindustrie verpflichtet fühlen.

JENS WERNICKE: Im Film wird nun ja auch klargestellt, dass zusätzlich zu allem anderen im Hintergrund oft auch riesige PR-Agenturen agieren, die Geld dafür erhalten, kritische Forschung zu verunmöglichen und Menschen wie Ihnen mit allen Tricks und Kniffen die Glaubwürdigkeit zu entziehen...

FRANZ ADLKOFER: In den USA ist das ganz sicher der Fall. Das Strahlungskartell hat von der Zigarettenindustrie all die Tricks übernommen, mit denen diese die Risiken des Rauchens über Jahrzehnte hinweg so verschleierte, dass sie den Menschen weitgehend verborgen blieben.

Teil dieser Strategie ist die Gründung angeblich unabhängiger Forschungs- und Informationszentren, die Industrieinteressen in wichtigen gesellschaftlich relevanten Bereichen möglichst unauffällig, aber wirksam vertreten. In Deutschland schuf sich die Mobilfunkindustrie für diesen Zweck zunächst die Forschungsgemeinschaft Funk, kurz FGF, die sich von 1992 bis 2009 innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft sehr erfolgreich für die Verharmlosung der Mobilfunkstrahlung

einsetzte. Von 2001 bis 2015 kam das Informationszentrum Mobilfunk, kurz IZMF, hinzu, das sich schwerpunktmäßig um die Fortbildung von Lehrern und Ärzten in Sachen Mobilfunk im Sinne der Mobilfunkindustrie bemühte.

Beide Organisationen, besonders aber letztgenannte, die über viele Jahre hinweg eng mit dem Deutschen Ärzteblatt zusammenarbeitete, waren mit ihrer Tätigkeit ausgesprochen erfolgreich, so erfolgreich, dass sie schließlich von den Netzbetreibern sangund klanglos abgeschafft werden konnten, weil inzwischen staatliche Organisationen wie das Bundesamt für Strahlenschutz und die Strahlenschutzkommission wie von selbst ihre Aufgaben übernommen hatten.

Diese beiden staatlichen Organisationen wiederum arbeiten eng mit der WHO und der Internationalen Kommission zum Schutze vor der nicht-ionisierenden Strahlung. kurz ICNIRP, zusammen, in denen die Vertrauensleute des internationalen Strahlungskartells seit Jahren das Sagen haben.

In Deutschland gibt es noch eine weitere Einrichtung, das sogenannte Informationszentrum gegen Mobilfunk, kurz IZgMF, das im Widerspruch zu seinem Namen die Interessen der Mobilfunkindustrie auf ganz besondere Weise vertritt. Es ist ganztägig damit beschäftigt, Kritiker des Mobilfunks, seien es Laien oder Wissenschaftler, mit Schmutz zu bewerfen. Dies ist auch mit mir geschehen. Der Verleumdungsprozess vor dem Landgericht Berlin im Jahre 2010 lieferte dann auch die Bestätigung für die moralische Verkommenheit der Forumbetreiber. Nur die dümmsten der Dummen zweifeln noch daran. dass das IZgMF für seine Treu und Glauben vernichtende Tätigkeit von der Mobilfunkindustrie ausgehalten wird.

Eine weitere Einrichtung, die ebenfalls auf dem Niveau des IZgMF arbeitet, ist Psiram, dessen sich die Wirtschaft insgesamt bedient, um alles, was ihren Interessen schaden könnte, als Quacksalberei, Scharlatanerie und Täu-



schung aus dem Wege räumen zu lassen. Psiram, das international tätig ist und sich fürsorglich im rechtsfreien Raum angesiedelt hat, sieht sich nach eigenem Bekunden dem kritischen Verbraucherschutz verpflichtet. Eine solche Möglichkeit lässt sich natürlich auch das Strahlungskartell nicht entgehen, um mit denen abzurechnen, die ihren Interessen im Wege stehen. Dies ist auch mit den Autoren der REFLEX-Studie geschehen, auf die wir gleich noch zu sprechen kommen müssen.

Für das IZgMF und Psiram fällt mir nur noch ein: "Zeig mir deine Freunde, und ich sag dir wer du bist."

JENS WERNICKE: Was hat es in diesem Zusammenhang mit einem sogenannten "War Game Memo" auf sich, das die gigantische PR-Firma Burson-Marsteller im Auftrag des "Strahlungskartelles" erstellt haben soll?

FRANZ ADLKOFER: Der Begriff War Gaming wurde meines Wissens 1994 von der amerikanischen Mobilfunkfirma Motorola geprägt, um ihrem Vorgehen gegen die Wissenschaftler Lai und Singh an der University of Washington in den USA, die gentoxische Veränderungen in Hirnzellen strahlenexponierter Ratten festgestellt hatten, einen bildhaften Namen zu geben.

Mit dem "Kriegspielen" gegen diese beiden Forscher sollte erreicht werden, dass sie vom Präsidenten der Universität gefeuert werden, was dieser ablehnte, und dass ihre Forschungsförderung unverzüglich eingestellt wird, was tatsächlich geschah.

JENS WERNICKE: Von was für Strategien der "Kriegsführung" sprechen wir hier konkret?

FRANZ ADLKOFER: Das Vorgehen des Strahlungskartells, von dem es heißt, es sei zu groß, um unterzugehen, beruht nicht auf Witz und Verstand, sondern einerseits auf wirtschaftlicher und politischer Macht und andererseits auf der charakterlichen Schwäche allzu vieler Vertreter aus Politik und Wissenschaft, die sich gegen Einwurf kleiner Münzen willig missbrauchen lassen.



Business baby must-haves (Foto: Olga, Flickr.com, Lizenz: CC BY-ND 2.0)

Mit Wissenschaftlern, deren Forschungsergebnisse der Mobilfunkindustrie missfallen, wird in der Regel wie folgt umgegangen: Ihre Forschungsergebnisse werden so lange wie möglich ignoriert. Wenn dies nicht mehr gelingt, setzt die Kritik ein, die sich nach Belieben steigern lässt. Der Übergang zur Diffamierung ist dann fließend. Dabei geht es nur noch am Rande um die Forschungsergebnisse, das eigentliche Ziel sind dann die Forscher selbst. Ihr beruflicher und wirtschaftlicher und menschlicher Ruin wird, wenn es denn sein muss, dabei billigend in Kauf genommen.

All dies habe ich aus Anlass der von mir von 2000 bis 2004 koordinierten und von der EU-Kommission finanzierten REFLEX-Studie, bei der in isolierten menschlichen Zellen nach der Exposition gegenüber der Mobilfunkstrahlung unterhalb des Grenzwertes massive Genschäden festgestellt wurden, auch selbst durchlebt.

JENS WERNICKE: Was konkret haben Sie erlebt?

FRANZ ADLKOFER: Als in Bezug auf die REFLEX-Studie der Phase des Ignorierens und Kritisierens kein Erfolg beschieden war, erfand Alexander Lerchl, Professor an der Vodafone-geförderten privaten Jakobs University in Bremen und Vorzeigewissenschaftler sowohl von IZMF als auch IZgMF, schließlich die Geschichte, dass die REFLEX-Ergebnisse gefälscht seien.

Ganz offensichtlich geschah dies, um zu verhindern, dass die

von mir in Brüssel eingereichte und von den EU-Gutachtern zur Förderung vorgeschlagene RE-FLEX-Nachfolgestudie ebenfalls finanziert wird. Zusätzlich sollte erreicht werden, dass die RE-FLEX-Ergebnisse, die von der Mobilfunkindustrie natürlich als geschäftsschädigend angesehen wurden, aus der wissenschaftlichen Literatur zurückgezogen würden.

Während Alexander Lerchl die Förderung der REFLEX-Nachfolgestudie auf diese Weise tatsächlich verhindern konnte, scheiterte er mit seiner Forderung auf Rücknahme der REFLEX-Publikationen.

Um seiner Fälschungsbehauptung das nötige Gewicht zu verleihen, bezichtigte er eine Technische Assistentin der Medizinischen Universität Wien namentlich, die REFLEX-Ergebnisse bewusst und absichtlich gefälscht zu haben. Nach meiner und ihres direkten Vorgesetzten Überzeugung war dieser Vorwurf in jeder Beziehung unberechtigt.

Nach einem letzten besonders rüden Angriff in einer Fachzeitschrift im Jahre 2014 bot ich der Technischen Assistentin, die unter den Folgen dieser Verleumdung wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schaden erlitten hatte, eine Kostenübernahme durch die Pandora-Stiftung für unabhängige Forschung an, wenn sie sich nun zur Wehr setzen möchte.

Am 13. März 2015 bestätigte das Landgericht Hamburg Alexander Lerchl in seinem Urteil zwar, dass er sich der Verletzung der Persönlichkeitsrechte und der Ehrabschneidung der Technischen Assistentin schuldigt gemacht hat.

Der jedoch blieb dennoch bei seiner Behauptung, die Studie sei gefälscht. Wenn die Technische Assistentin die REFLEX-Ergebnisse aber nicht gefälscht hat, was ihm zu behaupten verboten worden war, muss es eben jemand anders gewesen sein. Ob er mit dieser Erklärung das Gericht überzeugen kann, wird sich in Kürze zeigen.

Wegen seiner Verdienste um die Interessen der Mobilfunkindustrie wurde Alexander Lerchl von der Bundesregierung 2009 in die staatliche Strahlenschutzkommission berufen. Die Verdienste bestanden im Wesentlichen darin. dass er durch verfehlte Planung, durch verfehlte Durchführung und durch verfehlte Auswertung der ihm im Rahmen des Deutschen Mobilfunk-Forschungsprogramms übertragenen Forschungsvorhaben das erwünschte Nullergebnisse auch erzielte. Seine Verleumdungskampagne gegen die REFLEX-Studie mag mit zu seiner Wertschätzung in diesen Kreisen beigetragen haben.

Die Ernennung Lerchls zum obersten Strahlenschützer Deutschlands kann eigentlich nur als Beweis dafür angesehen werden, dass die Bundesregierung ebenso wie er selbst dem Schutz der Mobilfunkstrahlung vor ihren Kritikern Vorrang vor dem Schutz der Bevölkerung vor den Strahlenrisiken einräumt.

JENS WERNICKE: Und die Medien – welche Rolle spielen sie in diesem Spiel?

FRANZ ADLKOFER: Alexander Lerchls Lügengeschichte wurde von der nationalen und internationalen Presse umgehend aufgegriffen und weltweit als Tatsache verbreitet.

In Deutschland taten sich dabei die Süddeutsche Zeitung, die Zeit, der Tagesspiegel, der Spiegel und das Deutsche Ärzteblatt besonders hervor.

Dies geschah wohl kaum aufgrund der Wertschätzung für den Gefälligkeitsforscher der Mobilfunkindustrie Alexander Lerchl,



als vielmehr aus der Hoffnung heraus, dass seine Auftraggeber ihre Erwartungshaltung nicht enttäuschen würden.

JENS WERNICKE: Und haben Sie nicht auch selbst bereits gegen die Süddeutsche prozessiert? Worum ging es dabei und wie ging das Verfahren aus?

FRANZ ADLKOFER: Ja, dazu sah ich mich gezwungen, weil in der Süddeutschen Zeitung Mitte 2011 in einem offensichtlich von Alexander Lerchl initiiertem Artikel mit dem Titel "Daten der Handystrahlung gefälscht?" behauptet wurde, dass die Ergebnisse der REFLEX-Studie so nie von andern Labors reproduziert werden konnten. Dies war für mich eine unwahre Tatsachenbehauptung, mittels derer unsere Studien-Ergebnisse diskreditiert werden sollten.

Das Landgericht Hamburg sah dies ebenso und verurteilte die Süddeutsche Zeitung, diese wahrheitswidrige Behauptung in Zukunft zu unterlassen. Die Süddeutsche Zeitung legte gegen das Urteil Berufung ein, die nunmehr seit 4 Jahren anhängig ist. Wie es aussieht, möchte man sich die Mühe der Fortsetzung des Prozesses im Hinblick auf mein fortgeschrittenes Alter von bald 81 Jahren wohl ersparen und spielt, wie es so schön heißt, "auf Zeit"...

JENS WERNICKE: Nun gibt es inzwischen mehr Mobilfunkverträge als Menschen auf unserer Welt und die Strahlenbelastung nimmt also kontinuierlich zu. Wohin steuern Welt und Gesellschaft hier, wenn das so ungehindert weitergeht?

FRANZ ADLKOFER: Diese Frage kann heute kein Wissenschaftler auch nur einigermaßen zuverlässig beantworten. Selbst wenn das Hirntumorrisiko als gesichert erscheint und mit etlicher Wahrscheinlichkeit weitere gesundheitliche Risiken hinzukommen werden, ist die entscheidende Frage, wie hoch das jeweilige Krankheitsrisiko letzten Endes sein wird, völlig ungeklärt. Diese Frage hängt vorerst wie ein Damoklesschwert über der menschlichen Gesellschaft.

JENS WERNICKE: Was halten Sie von all dem Kinderspielzeug für inzwischen selbst Ein- bis Dreijährige, das immer häufiger funkt und strahlt; und von der Tatsache, dass immer mehr Kindergärten und Schulen – auf Wunsch von Schülern und Eltern, wie es heißt – mit WLAN und anderem ausgerüstet werden?

FRANZ ADLKOFER: Es gibt inzwischen Techniken, die es ermöglichen, die von WLAN ausgehende Mobilfunkstrahlung und die Persistenz dieser Strahlung über die Zeitdauer der Strahlenexposition hinaus im menschlichen Organismus nachzuweisen.

Das bedeutet, dass durchaus ein kausaler Zusammenhang zwischen diesen Veränderungen und den bei strahlenexponierten Kindern und Jugendlichen inzwischen beschriebenen Verhaltensstörungen bestehen kann, was gegenwärtig vehement abgestritten wird.

Solche Befunde sollten eigentlich genügen, um die Politik zu überzeugen, dass WLAN aus den Kindergärten und Schulen so rasch wie möglich verschwinden muss. Jede andere Entscheidung wäre absolut verantwortungslos, weil sie dem Schutz von Kindern und Jugendlichen auf gröbste Weise missachtet.

JENS WERNICKE: Und welche Chancen sehen Sie, dem Strahlungskartell und seinen Machenschaften entgegenzuwirken? FRANZ ADLKOFER: Die Chancen, den Machenschaften des Strahlungskartells entgegenzuwirken, sehe ich 1) in der wahrheitsgemäßen Aufklärung der Bevölkerung über den gegenwärtigen Stand der Forschung, 2) in der Entfernung der vom Strahlungskartell kontrollierten Wissenschaftler aus den nationalen und internationalen Beratungs- und Entscheidungsgremien, 3) in der Bereitstellung von Forschungsmitteln für die seit Jahrzehnten kaum geförderte unabhängige Wissenschaft, und 4) in der Forderung an das Strahlenkartell, ihre Technologie endlich dem menschlichen Organismus anzupassen, da der umgekehrte Weg nicht möglich ist.

Ich befürchte jedoch, dass diese Forderungen erst durchgesetzt werden können, wenn der Anstieg der strahlenbedingten Todesfälle an Hirntumoren – der zweifellos massivsten Bedrohung – nicht mehr zu übersehen ist. Wahrscheinlich werden bis dahin noch viele Jahre vergehen. JENS WERNICKE: Gibt es etwas, das wir als Zivilgesellschaft tun könnten; was jeder von uns im Alltag berücksichtigen kann?

FRANZ ADLKOFER: Wie es gegenwärtig aussieht, wird die Menschheit mit der Hochfrequenztechnologie trotz der inzwischen offensichtlichen gesundheitlichen Risiken leben müssen, weil die mit ihr verbundenen Vorteile sowohl für die Gesellschaft als auch für den Einzelnen so überwältigend sind, dass man auf sie wohl nicht mehr verzichten wird.

Jeder Einzelne ist deshalb gut beraten, wenn er sich ernsthaft bemüht, seine Strahlenbelastung durch den richtigen Umgang mit den entsprechenden Geräten so gering wie möglich zu halten.

JENS WERNICKE: Noch ein letztes Wort?

FRANZ ADLKOFER: Karl Friedrich von Weizäcker sagte einmal, dass es kein Problem gäbe, das nicht durch gemeinsame Anstrengung der Vernunft lösbar wäre, dass unsere politische Ordnung, unser gesellschaftlicher Zustand und unsere seelische Verfassung diese gemeinsame Vernunft jedoch fast unmöglich machen würden. Schade, dass er recht hatte.

JENS WERNICKE: Ich bedanke mich für das Gespräch.

Autor:

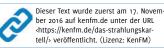
Iens Wernicke

Gewerkschaftssekretär und freier Journalist, war Mitglied im SprecherInnenrat der



StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. Er arbeitete unter anderem als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ist aktuell Mitarbeiter bei den NachDenkSeiten.

https://jensewernicke. wordpress.com/



http://www.free21.
org/?p=25505>



Quellen:

https://www.heise.de/tp/features/Missbrauchte-Wissenschaft-3373644.html

Nachdenkseiten: Wie die industrialisierte Landwirtschaft die Umwelt zerstört http://www.nachdenkseiten.de/?p=29219

Stiftung Pandora: "Neues von der NTP-Studie" http://www.pandora-stiftung.eu/archiv/2016/neues-von-der-ntp-studie.html

NRhZ-Online: Die Rolle des IZMF <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=18245>

Mobilfunk-Herrenberg: Das Urteil im Rechtsstreit Prof. Adlkofer vs. Schall. Ein Verleumdungsprozess mit wirtschaftlichem Hintergrund http://www.mobilfunk-herrenberg.de/cms/files/KI_izgmf-urteil_2010-08-22.pdf

Stiftung Pandora: Psiram.com - Webbotschaften über die Harmlosigkeit des Mobilfunks aus dem rechtsfreien Raum http://www.stiftung-pandora.eu/downloads/pandora_160310_psiram-doku_adlkofer.pdf

Diagnose-Funk.org: REFLEX-Studie juristisch bestätigt

Fälschungsvorwurf zurückgewiesen https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=844

Von daher ist in letzter Zeit eine Denkschrift der US-Streitkräfte aus dem Jahre 1996 öfter in der Diskussion. Ihr Titel lautet: "Weather as a force Multiplier: Owning the Weather in 2025". Also in etwa sinngemäß auf Deutsch: "Das Wetter als ein Mittel, Macht zu erweitern – wir kontrollieren im Jahre 2025 das Wetter".

Das klingt zunächst wie Science Fiction. Doch wer sich intensiver mit dem Thema: künstliche Beeinflussung des Wetters befasst hat, bemerkt schnell, wie weit tatsächlich private Unternehmen und das Militär bereits auf dem Gebiet der Wettermanipulation gediehen sind. Clevere Unternehmer in den USA verfügen über Flugzeugflotten, mit denen sie in die Wolken fliegen und mit chemischen Zusätzen Wolken zum Abregnen bringen oder Regen unterdrücken können. Bezahlt werden sie von großen Farmbetrieben, die sich für ihre Äcker den Niederschlag konfektionieren lassen.

Gemachtes Wetter in China

Bekanntestes Beispiel für Wettermanipulation ist die Sommerolympiade in Peking 2008. Das schöne Wetter zur Eröffnungsfeier war bekanntlich durch künstliche Auflösung der Wolken erkauft worden. Denn der Bezirk Peking unterhält eine eigene Wettermanipulationsbehörde, ganz offiziell, mit 37.000 Beamten. Die wackeren Staatsdiener beschießen Wolken mit Silberjodid aus Kanonen. Und das nicht nur während der Olympiade, sondern dauerhaft, je nach Bedarf.

Das Denkpapier "Owning the Weather" aus dem Jahre 1996 wurde im Auftrag des Stabschefs der US-Luftwaffe von Militärs im mittleren Rang erstellt. Es ist gedacht als Gedankenspiel – die Möglichkeiten von 1996 weiterentwickelt für die nächsten dreißig Jahre. Diskutiert werden in dem Papier Optionen, die feindlichen Streitkräfte durch gemachtes schlechtes Wetter zu behindern, andererseits die eigenen Streitkräfte durch gutes Wetter zu be-



Das HAARP (englisch High Frequency Active Auroral Research Program) ist ein US-amerikanisches Forschungsprogramm, in den 1980er Jahren angelegt, bei dem Radiowellen in der oberen Atmosphäre eingesetzt werden. Seit 2015 ist die Anlage formell an die Universität von Alaska, Fairbanks, übergeben worden.

Wetter als Waffe: Gedankenspiele des US-Militärs

Die extremen Wetterkapriolen der letzten Jahrzehnte veranlassen immer mehr Menschen zu der Frage, wer letztlich diese Wetterkatastrophen verursacht haben könnte. In diesem Zusammenhang kommt auch das Militär mit seinen gigantischen Materialbewegungen und Umweltzerstörungen ins Visier.

von Hermann Ploppa

günstigen. Oder aber die Erdatmosphäre so zu verändern, dass es die eigenen Kommunikationsmittel unterstützt und die des Feindes unterdrückt

Dazu heißt es in der Denkschrift: "Von der Verstärkung eigener Militäroperationen oder der Störung der Feinde durch maßgeschneiderte natürliche Wettermuster in enger Reichweite bis zur vollständigen Beherrschung der weltweiten Kommunikationswege und der Weltraumkontrolle: für alles bietet die Wettermanipulation dem Krieger eine breite Palette von Möglichkeiten, um den Feind zu besiegen oder in die Knie zu zwingen." <Owning, vi>

Einführend wird als Planspiel ein möglicher Krieg gegen ein gut aufgestelltes südamerikanisches Drogenkartell im Jahre 2025 vorgeführt. Im zweiten Kapitel gehen die Autoren der Frage nach, warum das Wetter für das Militär so wichtig ist. Schon im Zweiten Weltkrieg hatte nämlich General Eisenhower geschimpft, dass das Wetter immer die Nazis begünstigen würde. In seiner Eigenschaft als Präsident setzte Eisenhower 1957 eine Arbeitsgruppe zur Wetterbeeinflussung ein. Die Arbeitsgruppe kam zu dem Schluss, dass Wettermanipulationen in der Zukunft den Ausgang von Kriegen stärker beeinflussen könnten als selbst die Atombombe. Ob und welche konkreten Maßnahmen zur Wetterbeeinflussung tatsächlich beschlossen worden sein könnten, ist leider nicht bekannt.

Wettermanipulation schon im Vietnamkrieg

Bekannt geworden ist aber, dass eine Wetterbeobachtungsstaffel der US-Luftwaffe zwischen 1967 und 1972 etliche Megatonnen Silberjodid in Wolken über dem Ho-Tschi-Minh-Pfad hineingepumpt hat. Zweck der Übung war, künstlich mehr Regen auf den Dschungel über Laos und Vietnam herunterprasseln zu lassen, als der sowieso schon üppige Monsun von Natur aus hergab. Die vietnamesischen Nationalisten hatten über den Ho-Tschi-Minh-Pfad mit Fahrrädern und zu Fuß Kriegsmaterial für den Kampf gegen die amerikanischen Besatzer an die Kampfplätze transportiert.

Der künstliche Regen sollte den Transportweg in unwegsamen Matsch verwandeln, Bäume entwurzeln und Hänge abrutschen lassen. Die Wolkenmanipulation der Amerikaner mit dem Namen Operation Popeye brachte eine Zunahme des Regens um ein Drittel, die Regenperiode dauerte nun 30 bis 45 Tage länger als unter natürlichen Bedingungen. Der Song Can-Fluss trat damals immer öfter über seine Ufer.

Weniger erfolgreich war die Bestreuung des US-Militärflugplatzes Khe Sanh mit Salz, um dem Nebel aufzulösen.

Jedoch wurden diese Wettermanipulationen in der Presse bekannt gemacht. Das führte dann zu einem generellen Verbot von Umweltmanipulationen durch die Vereinten Nationen. 1977 verabschiedete die UNO-Vollversammlung die Konvention zum Verbot von militärischen und anderen feindseligen Verwendungen von Umweltmanipulationstechniken. Diese als ENMOD abgekürzte Konvention wurde im Laufe der Jahre von vielen Staaten der Welt ratifiziert.

Das schreckt aber die Autoren der vorliegenden Studie nicht ab. Die USA könnten es sich nicht leisten zu warten, bis andere Mächte mit modernen Wetterwaffen die Nase vorn hätten. So bestimmen die Autoren erst einmal, was in den dreißig Jahren ab 1996 erreichbar ist:

"Innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte könnte das Konzept der Wettermanipulation so erweitert werden, dass es die Möglichkeit einschließt, Wettermuster durch Beeinflussung ihrer bestimmenden Faktoren zu prägen." <Owning, 4>

Wettermanipulationen werden allerdings augenblicklich nicht von der Bevölkerung akzeptiert.



Das wird sich aber ändern, wenn der Leidensdruck durch immer weiter zunehmende Umwelt- und Klimakatastrophen ein Gefühl für Dringlichkeit im Handeln erzeugen. Überbevölkerung, Dürren, Hunger, Überschwemmungen, Stürme: alle Menschen werden irgendwann Wettermanipulationen herbeisehnen:

"Die zunehmende Dringlichkeit, die Vorzüge dieser Fähigkeiten [der Wettermanipulationen] zu begreifen, bringt Gesetze und Verträge sowie einseitige Maßnahmen auf den Weg. Das macht die Risiken, diese Fähigkeiten in Kraft zu setzen und zu verfeinern, akzeptabel." <Owning, 5>

Die Wettermanipulation arbeitet auf zwei Ebenen: der Unterdrückung und der Intensivierung vorhandener Wettermuster. Irgendwann müssen wir auch in der Lage sein, bei Bedarf auch komplett neue Wettermuster zu produzieren, so die Autoren. In dem vorliegenden Papier werden allerdings extreme Beispiele von Wettermanipulation nicht erörtert.

Das Dritte Kapitel des Denkpapiers erörtert die technischen Apparaturen und Netzwerke, über die Wettermanipulation überhaupt nur möglich erscheint. Dazu gehören Computernetze in hoher Dichte und Feinheit sowie absolut zuverlässige Wettervorhersagesysteme. Insbesondere Erkenntnisse der Chaosforschung müssten in die Systementwicklung einfließen.

Das vierte Kapitel erörtert konkrete Techniken aus der Werkstatt des Wettermanipulators. Da sind zunächst die schon erwähnten Manipulationen von Niederschlägen. Die Feinde kann man auf diese Weise im Regen versinken lassen; die Freunde unterstützt man, indem man Regen unterdrückt. Neben dem schon erwähnten Silberiodid könnte man auch schwarzen Kohlenstaub in die Atmosphäre einbringen. Schwarzer Kohlenstaub absorbiert, speichert also die Sonnenwärme und gibt sie sukzessive wieder in die Atmosphäre ab. Es folgen: Kondensation um diese Partikel, Wolkenbildung und nachfolgend Regen. Ausgebracht werden die Partikel



Unter dem Namen "Operation Popeye" wurde von den USA in Vietnam von 1967 bis 1972 systematisch chemische Verbindungen in die Luft gespritzt um das Wetter zu beinflussen.

durch Nachbrenner-Düsen (Afterburner) der Kampfflugzeuge. Oder besser noch: durch unbemannte Drohnen, die vom Radar nur schwer erfasst werden können.

Nebel macht Piloten besonders zu schaffen. Es gibt kalten und warmen Nebel. Kalten Nebel beseitigt man durch Chemikalien, die Eiskristalle wachsen lassen und damit den Nebel abregnen lässt. Schlimmer ist für Piloten der warme Nebel. Hier empfehlen die Autoren "hygroscopic seeding": gemeint sind Chemikalien, die den Wasserdampf absorbieren. Vielleicht kann man in Zukunft dem Nebel durch Mikrowellen, Laser und smarten, intelligenten Partikeln zu Leibe rücken. Wie man Nebel erzeugt, verraten die Autoren nicht, aber Versuche waren bereits erfolgreich. Nebel blockiert Ultraviolett- und Infrarotstrahlen.

Stürme sind als Wetterwaffe auch nicht zu verachten. Ein Tropensturm kann so viel Energie freisetzen wie 10.000 Wasserstoffbomben, sagen die Autoren. Zum einen interessiert die Militärs, solche Stürme abzumildern und umzuleiten, wenn sie den Kampfpiloten im Weg sein sollten.

Um Stürme zu entfachen oder zu intensivieren, muss die Hitzeabgabe in die Atmosphäre gesteigert und zusätzlicher Wasserdampf hinzugefügt werden. Das geht allerdings nur, so die Autoren, wenn die Atmosphäre sich bereits in einem instabilen Zustand befindet und die Dynamik auf großer Reichweite die vorhandene vertikale Wolkenbildung unterstützt. Die Techniken für diese Atmosphärendestabilisierung müssen erst noch entwickelt werden, sagen die Autoren 1996. Die Manipulation von Blitzen besteht in der Blitzablenkung: "dieser Bereich beinhaltet ein gewaltiges Potential, und zukünftige Forschungen und Konzepte sollten sich damit befassen." <owning, 19>

Herrschaft über die Ionosphäre

Während die bislang genannten Anwendungsbereiche der Klimaund Wettermanipulationen eher nach Chemiebaukasten klingen, eignet den nun folgenden Methoden ein Hauch von Science Fiction. Aber sie sind jedoch schon heute im Einsatz. Es geht um die Kontrolle der Atmosphäre und des näheren Weltraums durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika:

"Manipulation der Umwelt des näheren Weltraums ist entscheidend für [unsere] Vorherrschaft im Kampfraum ... eine operationale Fähigkeit, die Umwelt des näheren Weltraums zu manipulieren, würde die Weltraum-Überlegenheit im Jahre 2025 garantieren; diese Fähigkeit würde uns gestatten, den Kampfplatz zu prägen und zu beherrschen durch erweiterte Kommunikationswege, Überwachung, Navigation und zielgenaue Einsatzsysteme." <Owning, 20>

Vorbild war die Sowjetunion. Die UdSSR verfügte bereits über Mittel für eine vertikale Hochfrequenz-Erhitzung, Mikrowellenerhitzung, Manipulation der Magnetosphäre, niederfrequente Kommunikation und die Erschaffung einer künstlichen Ionosphäre. Auch Brasilien experimentierte in den Achtziger Jahren mit der Manipulation der Ionosphäre durch chemische Injektionen.

Die Ionosphäre befindet sich in einer Höhe zwischen 80 bis 1.000 Kilometer über dem Erdboden. In diesem Bereich werden z.B. Kurzwellen reflektiert, und erreichen auf diese Weise jeden Ort auf der Erde. Wer die Ionosphäre kontrolliert, kontrolliert wesentliche Kommunikationswege. Nun ist aber die Ionosphäre sehr wechselhaft, bedingt durch Einflüsse des Weltraumwetters, durch Teilchenflug von Sonneneruptionen oder durch geomagnetische Stürme.

Die Autoren der Studie vergleichen die Eigenschaften der Ionosphäre mit zerknittertem Wachspapier. Die Militärs wünschen sich, dass dieses Knitterpapier glatt gebügelt wird, um berechenbarer operieren zu können. Die Installation von künstlichen Ionosphärenspiegeln könnte diese Wünsche erfüllen. Auf diese Weise könnte man feindliche elektromagnetische Übertragungen stören, indem man ein künstliches Ionosphärenflimmern erzeugt, das zudem von natürlichem Flimmern nicht zu unterscheiden sei. Feindliche Flugkörper im näheren Weltraum könnte man mit Nuklearstrahlung lahm legen.

Die Ionosphäre verfügt über einen enormen Überschuss an Elektronen. Eine gewaltige Energiequelle, mit der man Satelliten betreiben kann, aber man könne durch direkte Bombardierung mit Hochfrequenz-induzierten Elektronenstrahlen Flugkörper und Satelliten zerstören. Auch diese Attacken wären von natürlichen Attacken



schwer unterscheidbar. Raumpatrouille Orion lässt grüßen.

Von der hohen Warte der Ionosphäre aus könnte man das Wetter simulieren oder steuern. Simulieren: man würde dem Feind falsche Daten auftischen. Nanoteilchen könnten zudem die feindliche Kommunikation stören oder auch Gewitter auslösen:

"Sie könnten auch eine atmosphärische elektrische Potentialdifferenz erzeugen, die auf andere Weise nicht existiert, um damit
genau gezielte und zeitlich exakte Blitzschläge auszulösen. Auch
wenn die elektrische Spannung für
eine wirkungsvolle Schlagwaffe
nicht ausreichen sollte, wäre das
Potential für psychologische Operationen in vielen Situationen einfach phantastisch." <Owning, 27>

Die o.g. Methode sei eine überaus preisgünstige Technik, schwärmen die Autoren.

Schlussfolgerungen:

Damit hat das Denkpapier "Owning the Weather" sein Pulver verschossen. Konkretere Auskünfte, was bei den Wetter-, Klima- und Weltraummanipulateuren alles im Jahre 1996 denkbar und möglich war, sind diesem von Anfang an öffentlich zugänglichen Thesenpapier nicht zu entnehmen.

Immerhin wird offen zugegeben, dass man bereit ist, die Grenzen der UNO-Konvention ENMOD großräumig zu überschreiten.

Wie bei den Atomwaffen wird bei der Umweltmanipulation argumentiert: was wir nicht machen, das machen die Anderen.

Die Amerikaner müssen wohl oder übel auf die düsteren Bestrebungen ihrer potentiellen Feinde reagieren. Sie seien die möglichen Opfer, wenn nichts unternommen wird:

"Weil immer mehr Länder immer fortgeschrittenere Arten und Entwicklungsstadien der Technologien zur Wettermanipulation anstreben, entwickeln und ausbeuten, müssen wir in der Lage sein, ihre Bemühungen zu überwachen und ihren Aktivitäten etwas entgegen setzen, wenn nötig. Wie beschrieben, werden die Technologien und

Artificial Weather

While most weather-modification efforts rely on the existence of certain preexisting conditions, it may be possible to produce some weather effects artificially, regardless of preexisting conditions. For instance, virtual weather could be created by influencing the weather information received by an end user. Their perception of parameter values or images from global or local meteorological information systems would differ from reality. This difference in perception would lead the end user to make degraded operational decisions.

Nanotechnology also offers possibilities for creating simulated weather. A cloud, or several clouds, of microscopic computer particles, all communicating with each other and with a larger control system could provide tremendous capability. Interconnected, atmospherically buoyant, and having navigation capability in three dimensions, such clouds could be designed to have a wide-range of properties. They might exclusively block optical sensors or could adjust to become impermeable to other surveillance methods. They could also provide an atmospheric electrical potential difference, which otherwise might not exist, to achieve precisely aimed and timed lightning strikes. Even if power levels achieved were insufficient to be an effective strike weapon, the potential for psychological operations in many situations could be fantastic.

Auszug aus Seite 27 im Report "Weather as a Force Multiplier, August 1996: Owning the Weather in 2025"

Kapazitäten verbunden mit dieser Aufgabe, solche Wettermanipulationen zu parieren, immer wichtiger." <Owning, 32>

Und weiter: "Die Geschichte lehrt auch, dass wir es uns gar nicht leisten können, ohne eine Wettermanipulationstechnik dazustehen, wenn diese Technologie erst einmal von Anderen entwickelt und genutzt werden. Selbst wenn wir keine Absicht haben, sie zu nutzen: andere werden es tun. Um noch einmal die Analogie zur Atomrüstung zu bemühen: wir müssen in der Lage sein, ihre Fähigkeiten durch unsere eigenen Fähigkeiten zu überwachen und zu kontern. Von daher müssen die Wetter- und Geheimdienstgemeinschaften auf Augenhöhe mit anderen bleiben." <Owning, 35>

Natürlich gingen die US-Streitkräfte mit großem Verantwortungsbewusstsein vor, was man ja von andern Kräften in der Welt nicht voraussetzen kann:

... während offensive Wettermanipulationsbemühungen von den US-Streitkräften gewiss mit großer Vorsicht und Wissen um die Folgen unternommen würden, ist klar, dass wir uns nicht leisten können, einem Gegner den Erwerb der alleinigen Fähigkeit zur Wettermanipulation zu gestatten." <0wning, 35>

Es ist nicht zu erwarten, dass ein Denkpapier der Streitkräfte, das von Anfang an der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde, hochempfindliches Herrschaftswissen ausstreut. So weit geht die Demokratie nun doch nicht.

Man muss bedenken, dass zur Zeit der Niederschrift von "Owning the weather" in Alaska bereits ein Drittel der mittlerweile berühmten HAARP-Anlage im Einsatz war. Diese riesige Funksendeanlage könnte in der Lage sein, genau die Kontrollfunktionen in der Ionosphäre zu übernehmen, von denen die Autoren der Studie höchst abstrakt und hypothetisch sprechen. Die Technik von HAARP basiert zum Teil auf Patenten des amerikanischen Physikers und Unternehmers Bernard Eastlund. In Eastlunds in den USA angemeldeten Patent unter der Nummer 4,686,605 heißt es über den Verwendungszweck seiner Erfindung:

es ver,ursacht ... vollständige Unterbrechung der Kommunikationswege über einen sehr großen Abschnitt der Erde; es zerstört Marschflugkörper und Flugzeuge; es verursacht Ablenkung und Verwirrung ... und Wettermanipulation."

Das passt zu den Visionen der Autoren. Der Text "Owning the weather" ist wahrscheinlich deswegen öffentlich zugänglich, weil er eher retrospektiven Charakter besitzt, und das wahre Ausmaß US-amerikanischer Zukunftsoptionen kleinredet.

Quellen:

Weather as a Force Multiplier, August 1996: Owning the Weather in 2025 http://csat.au.af. mil/2025/volume3/vol3ch15.pdf

Seeding Operations and Atmospheric Research http://just-clouds.com/publications_reports.asp

Global Research: Environmental Warfare and Climate Change http://www.globalresearch.ca/environmental-warfare-and-climate-change/1336>

Autor:

Hermann Ploppa

Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist.

2014 erreichte Ploppa eine größere Öffentlichkeit mit seinem Buch "Die Macher hinter den Kulissen –



Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, u.a. über den einflussreichen Council on Foreign Relations. Daneben produzierte Ploppa Features über Sri Lanka und Burma für den Deutschlandfunk.



Dieser Text wurde zuerst auf usacontrol. wordpress.org unter der URL https:// usacontrol.wordpress.com/2012/07/20/ wetter-als-waffe/> veröffentlicht. Lizenz: Hermann Ploppa

<http:// www.free21. org/?p=25051>



Per Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Russland und China entwickelt sich an zwei Fronten: Einerseits sucht Washington einen möglichen Sündenbock, dem es die Verantwortung für den Krieg gegen Syrien zuschieben kann, andererseits versucht Moskau, das die syrischen und die jemenitischen Vorgänge bereits miteinander verknüpft hat, sie mit der ukrainischen Problematik zu verbinden.

Washington auf der Suche nach dem Sündenbock

Um sich mit erhobenem Haupt aus der Affäre ziehen zu können, müssen die Vereinigten Staaten die Verantwortung für ihre Verbrechen auf einen ihrer Verbündeten abwälzen. Sie haben drei Möglichkeiten: entweder den Schwarzen Peter der Türkei zuzuschieben, oder Saudi-Arabien, oder allen beiden. Die Türkei ist in Syrien und in der Ukraine präsent, aber nicht im Jemen, während Saudi-Arabien in Syrien und im Jemen beteiligt ist, aber nicht in der Ukraine.

Die Türkei

Heute haben wir bestätigte Informationen darüber, was wirklich am 15. Juli dieses Jahres in der Türkei geschah – Informationen, die uns zwingen, unser anfängliches Urteil zu revidieren.

Erstens hat sich herausgestellt, dass es nicht unproblematisch war, nach dem Attentat auf den saudischen Prinzen Bandar bin Sultan die Führung der dschihadistischen Horden an die Türkei zu übertragen: Während Bandar ein fügsamer Mittelsmann war, verfolgte Erdoğan seine eigene Strategie der Gründung eines 17. türkischmongolischen Reiches, was ihn dazu brachte, die Dschihadisten außerhalb ihrer Aufgabe zu gebrauchen.

Darüber hinaus konnten die Vereinigten Staaten nicht umhin, Präsident Erdoğan zu sanktionieren, der sein Land wirtschaftlich Russland annäherte, während er militärisch Mitglied der Nato war.



Russlands Präsident Wladimir Putin bei seinem Berlinbesuch 2016 anlässlich der Ukraine-Gespräche im Normandie-Format. (Foto: Kremlin)

Auf der Suche nach dem **Sündenbock**

In Berlin haben Deutschland, Frankreich, Russland und die Ukraine versucht, einen Ausweg aus dem ukrainischen und dem syrischen Konflikt zu finden. Allerdings bestehen aus russischer Sicht die Blockierungen nur, weil das Ziel der Vereinigten Staaten nicht die Verteidigung der Demokratie ist, die sie geltend machen, sondern die Verhinderung der Entwicklung Russlands und Chinas durch die Unterbrechung der Seidenstraßen. Moskau ist im Besitz der konventionellen Überlegenheit und hat alles getan, um den Nahen Osten und Osteuropa miteinander zu verbinden. Dadurch ist es ihm gelungen, die Verlängerung der Waffenruhe in Syrien gegen die Aufhebung der Blockade der Minsker Vereinbarungen einzutauschen. Washington hingegen versucht beständig, seine Schuld auf einen seiner Verbündeten zu schieben. Nachdem die CIA bei der Türkei gescheitert ist, versucht sie es nun mit Saudi-Arabien.

von Thierry Meyssan

Mit der Krise um die Weltherrrschaft ist Präsident Erdoğan schließlich der ideale Sündenbock geworden, um sich aus der syrischen Krise herauszuziehen.

Aus Sicht der Vereinigten Staaten ist das Problem nicht die Türkei, dieser unverzichtbare regionale Verbündete, auch nicht der MIT (Nachrichtendienste) von Hakan Fidan, der die dschihadistische Bewegung weltweit organisiert, sondern Recep Tayyip Erdoğan.

Folglich hat das National Endowment for Democracy (NED)

zunächst im August 2013 eine Farbrevolution (die "Pinguin-Revolution") ausprobiert und die Demonstrationen im Istanbuler Gezi-Park organisiert. Die Operation ist gescheitert oder Washington hat es sich anders überlegt.

Dann wurde die Entscheidung getroffen, die Islamisten der AKP mit Hilfe der Wahlurnen zu stürzen. Die CIA organisierte gleichzeitig die Umwandlung der HDP in eine echte Minderheitenpartei und bereitete ein Bündnis zwischen ihr und den Sozialisten der CHP

vor. Die HDP nahm ein sehr offenes Programm zur Verteidigung der ethnischen (kurdischen) Minderheiten und der gesellschaftlichen Minderheiten (Feministen, Homosexuelle) an und bezog einen ökologischen Teilbereich ein. Gleichzeitig wurde die CHP umgebildet, um ihr Übergewicht an Aleviten [1] zu verschleiern und um die Kandidatur des ehemaligen Präsidenten des Obersten Gerichts zu fördern. Auch wenn die AKP die Wahlen vom Juli 2015 verloren hat, war es doch nicht möglich, das Bündnis von CHP-HDP zu realisieren. Infolgedessen mussten neue Parlamentswahlen im November 2015 abgehalten werden, die aber von Recep Tayyip Erdoğan grob manipuliert wurden.

Also beschloss Washington, Erdoğan physisch zu beseitigen. Zwischen November 2015 und Juli 2016 fanden drei Mordversuche statt. Im Gegensatz zu dem, was darüber gesagt wird, war die Operation vom 15. Juli 2016 kein Putschversuch, sondern der Versuch, ausschließlich Recep Tavvip Erdoğan auszuschalten. Die CIA hatte türkisch-US-amerikanische industrielle und militärische Beziehungen genutzt, um eine kleine Mannschaft innerhalb der Luftwaffe zu rekrutieren. die den Präsidenten während seiner Ferien hinrichten sollte. Diese Mannschaft wurde jedoch von islamistischen Offizieren (sie machen fast ein Viertel der Streitkräfte aus) verraten und der Präsident wurde eine Stunde vor der Ankuft des Kommandos gewarnt. Er wurde dann in Begleitung loyaler Armeeangehöriger nach Istanbul überführt. Im Bewusstsein der absehbaren Folgen ihres Scheiterns starteten die Verschwörer einen Staatsstreich ohne Vorbereitung, während sich in Istanbul die Straßen mit Menschenmassen füllten. Offensichtlich scheiterten die Verschwörer. Die Repression, die darauf folgte, zielte weder auf die Festnahme einzelner Akteure des Mordversuchs noch auf die Soldaten, die sich dem Putschversuch anschlossen, sondern auf die Gesamtheit der Proamerikaner: zunächst die weltlichen Kemalisten,



dann die Islamisten von Fethullah Gülen. Insgesamt wurden mehr als 70.000 Personen angeklagt, und es mussten nach dem allgemeinen Recht Inhaftierte freigelassen werden, um die US-Freunde in Haft nehmen zu können.

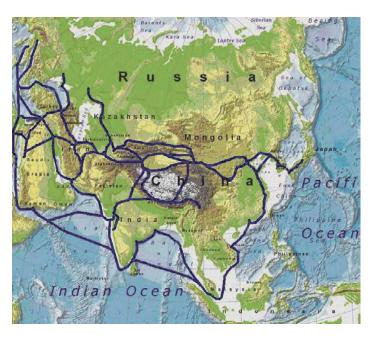
Die Großmannssucht von Präsident Erdoğan und sein irrer Weißer Palast, seine Wahlfälschungen und seine Repressionen nach allen Seiten machen ihn zum idealen Sündenbock für die Irrtümer, die in Syrien begangen worden sind. Indessen lässt seine Widerstandskraft gegen eine Farbrevolution und vier Mordversuche erwarten, dass er nicht schnell ausgeschaltet werden kann.

Saudi-Arabien

Saudi-Arabien ist ebenso unentbehrlich für die Vereinigten Staaten wie die Türkei - aus drei Gründen: zunächst wegen seiner Ölvorkommen von außerordentlichem Umfang und ausgezeichneter Qualität (obwohl es für Washington nicht mehr darum geht, sie zu verbrauchen, sondern nur ihren Verkauf zu steuern), dann wegen der Liquidität, über die es verfügte (aber seine Einkünfte sind um 70 Prozent gefallen) und die es ihm möglich machte, geheime Operationen jenseits der Kontrolle des Kongresses zu finanzieren, und schließlich wegen seines Zugriffs auf die Quellen des Dschihadismus. In der Tat hat Riad seit 1962, seit der Gründung der Islamischen Weltliga, für die CIA die Muslimbrüder und die Naqchbandis finanziert, die beiden Bruderschaften, aus denen alle dschihadistischen Kader weltweit hervorgegangen sind.

Vor allem der anachronistische Charakter dieses Staates im Privatbesitz einer Fürstenfamilie, der die allgemein anerkannten Grundsätze von Redefreiheit und Religionsfreiheit fremd sind, zwingt zu radikalen Veränderungen.

Also hat die CIA im Januar 2015 die Nachfolge von König Abdullah geregelt. In der Todesnacht des Herrschers wurde der größte Teil der Unfähigen aus den Ämtern entlassen und der Staat komplett neu organisiert nach ei-



Als Seidenstraße bezeichnet man das Netz von Karawanenstraßen, dessen Hauptroute das Mittelmeer auf dem Landweg über Mittelasien mit Ostasien verbindet. Ihre größte Bedeutung erreichte sie zwischen 115 v. Chr. und dem 13. Jahrhundert n. Chr. He ute plant China neue "Seidenstraßen", um sich von den maritimen Handelsrouten unabhängiger zu machen. Der Weg nach Europa geht in fast allen Fällen durch die aktuellen Kriegsgebiete.

nem vorgefertigten Plan. Seither ist die Macht auf drei Hauptelans aufgeteilt: auf König Salman (und seinen Lieblingssohn Prinz Mohammed), den Sohn des Prinzen Nayef (der andere Prinz Mohammed) und schließlich den Sohn des verstorbenen Königs (Prinz Mutaib, Kommandant der Nationalgarde).

In der Praxis lässt König Salman (81 Jahre) seinen Sohn, den lebhaften Prinz Mohammed (31 Jahre), an seiner Stelle regieren. Dieser hat den saudischen Einsatz gegen Syrien gesteigert, dann den Krieg gegen den Jemen begonnen. Darüber hinaus hat er entsprechend seiner "Vision 2030" ein umfassendes Programm an wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen eingeleitet.

Unglücklicherweise haben die Ergebnisse sich nicht eingestellt: Das Königreich hat sich in Syrien und im Jemen festgefahren. Im Jemen wendet sich der Krieg mit den Einfällen der Huthis auf saudisches Staatsgebiet und den Siegen über seine Armee gegen Saudi-Arabien. Auf wirtschaftlichem Gebiet neigen sich die gesicherten Ölvorräte dem Ende zu und die

Niederlage im Jemen verhindert die Ausbeutung des "Leeren Viertels", das ist die Region zwischen den beiden Staaten. Der Rückgang der Ölpreise hat es mit Sicherheit möglich gemacht, viele Konkurrenten loszuwerden, hat aber auch das saudische Finanzministerium trockengelegt, das sich gezwungen sieht, auf den internationalen Märkten zu leihen.

Saudi-Arabien war nie so mächtig und so zerbrechlich. Die politische Repression hat mit der Enthauptung des Oppositionsführers Scheich Al-Nimr einen Höhepunkt erreicht. Die Revolte brodelt nicht nur in der schiitischen Minderheit, sondern auch in den westlichen sunnitischen Provinzen. Im internationalen Bereich ist das arabische Bündnis sicher eindrucksvoll, erleidet aber seit dem Rückzug Ägyptens Schiffbruch auf allen Seiten. Die öffentliche Annäherung an Israel gegen den Iran hat zu einem Sturm der Entrüstung in der arabischen und moslemischen Welt geführt. Sie illustriert nicht so sehr ein neues Bündnis, sondern die Panik, die sich innerhalb der königlichen Familie breit macht, die jetzt von allen gehasst wird.

Aus Washingtons Sicht ist der richtige Augenblick gekommen, um die Bestandteile auszuwählen, die es in Saudi-Arabien zu retten lohnt, und die übrigen loszuwerden. Es wäre folgerichtig, wenn man auf die frühere Teilung der Macht zwischen den Sudairis (aber ohne Prinz Mohammed bin Salman, der sich als unfähig erwiesen hat) und den Chammars (der Sippe des verstorbenen Königs Abdullah) zurückkommt.

Am besten sowohl für die Vereinigten Staaten wie auch für die saudischen Untertanen wäre das Ableben von König Salman. Sein Sohn Mohammed würde von der Macht zurückgedrägt, sie käme dann dem anderen Prinz Mohammed zu (dem Sohn von Nayef). Wobei Prinz Mutaib sein Amt behalten würde. Diese Nachfolge wäre für Washington leichter zu verwalten, wenn sie vor der Amtseinführung des nächsten Präsiden-

Fakten:

One Belt, One Road: Die Seidenstraßeninitiative

Im Herbst 2013 verkündete Chinas Partei- und Staatschef Xi Jinping den Aufbau eines "Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtels" und einer "maritimen Seidenstraße des 21. Jahrhunderts". Die Seidenstraßeninitiative "One Belt, One Road" reicht weit über den Aufbau von linearen Verkehrs- und Transportverbindungen zwischen Europa und Asien hinaus. Vielmehr soll ein umfassendes Infrastrukturnetzwerk in Eurasien entstehen. Die einzelnen Stränge der Landund Seeroute sollen durch Verbindungskorridore miteinander verknüpft werden. Als primärer Geldgeber und Architekt des eurasischen Infrastrukturnetzwerks konzipiert Beijing neue auf China ausgerichtete Pipeline-, Eisenbahn- und Transportnetze. Die chinesische Führung konzentriert sich zudem auf den Ausbau von Tiefseehäfen, insbesondere im

Mit der Seidenstraßeninitiative verfolgt die chinesische Regierung vor allem drei Ziele: Wirtschaftliche Diversifizierung, politische Stabilität und den Aufbau einer multipolaren Weltordnung.

Indischen Ozean.



ten am 6. Januar 2017 erfolgt. Der neue Amtsinhaber könnte dann alle Fehler auf den Verstorbenen abschieben und den Frieden in Syrien und im Jemen verkünden. An diesem Projekt arbeitet die CIA zur Zeit.

In Saudi-Arabien wie in der Türkei und anderen verbündeten Ländern versucht die CIA, die Dinge, die in Stand sind, beizubehalten. Deshalb begnügt sie sich damit, unter der Hand Versuche zum Führungswechsel zu organisieren, ohne dabei die Strukturen anzutasten. Der kosmetische Charakter dieser Veränderungen fördert die Unsichtbarkeit ihrer Arbeit.

Moskau versucht, den Nahen Osten und die Ukraine zusammen zu verhandeln

Es ist Russland gelungen, die syrischen und die jemenitischen Schlachtfelder miteinander zu verknüpfen. Während es seine Streitkräfte seit einem Jahr öffentlich in der Levante stationiert hat, sind sie seit drei Monaten inoffiziell

im Jemen präsent und nehmen dort seither aktiv an den Kämpfen teil. Durch die gleichzeitige Verhandlung der Waffenruhen in Aleppo und im Jemen hat Moskau die Vereinigten Staaten gezwungen, die Verbindung der beiden Kriegsschauplätze zu akzeptieren. In beiden Ländern zeigen seine Streitkräfte ihre Überlegenheit in konventioneller Rüstung gegenüber den Verbündeten der Vereinigten Staaten, wobei sie eine direkte Konfrontation mit dem Pentagon vermeiden. Dieses Ausweichen hindert Moskau daran, sich auch im Irak zu engagieren trotz seiner historischen Aktivitäten in diesem dritten Land.

Allerdings ist die Quelle der Auseinandersetzung zwischen den beiden Großmächten vor allem die Unterbrechung der beiden Seidenstraßen-Routen, erst in Syrien, dann in der Ukraine. Logischerweise versucht Moskau, in seinen Verhandlungen mit Washington die beiden Vorgänge miteinander zu verknüpfen. Das erscheint um so logischer, als die CIA selbst bereits über die Türkei eine Verbindung zwischen den beiden Kampffeldern gezogen hat.

Als der russische Präsident Putin und sein Außenminister Sergei Lawrow sich am 19. Oktober nach Berlin begaben, wollten sie Deutschland und Frankreich in Ermangelung der Vereinigten Staaten davon überzeugen, beide Vorgänge miteinander zu verbinden. Sie haben daher die Verlängerung der Waffenruhe in Syrien gegen die Beendigung der ukrainischen Blockade der Minsker Verträge eingehandelt. Dieser Tausch kann Washington nur irritieren, es wird also alles in seiner Macht Stehende tun, um ihn zu sabotieren.

Natürlich werden sich Berlin und Paris schließlich nach ihrem Nato-Lehnsherrn ausrichten. Aber vom Standpunkt Moskaus aus wiegt ein eingefrorener Konflikt mehr als eine Niederlage (in der Ukraine, wie in Transnistrien zum Beispiel), und alles, was die Einheit der Nato angreift, nimmt das Ende der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten vorweg.

Dieser Text wurde zuerst am 22. Oktober 2016 auf Voltairenet.org unter der URL <http://www.voltairenet.org/article193818.html> veröffentlicht. Lizenz: (CC BY-NC-ND)

Fußnote:

[1] Die alevitische Religion ist die türkische Version des syrischen Alawitentums.

Autor:

Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz



Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse

www.voltairenet.org

http://www.free21.
org/?p=24960>



Per US-Kriegsminister Ash Carter verkündete, dass eine "kampfbereite Task-Force" in Bataillonsstärke von etwa 900 US-Soldaten in den Osten von Polen geschickt würde, sowie eine weitere, separate mobile Truppe, die mit Panzern und anderem schweren Gerät ausgestattet ist. Der britische Kriegsminister Michael Fallon sagte, dass Großbritannien ab Mai ein 800-köpfiges Bataillon nach Estland schicken werde, das von französischen und dänischen Truppen unterstützt wird.

Die USA wollen ihre Truppenverlegung bis Juni abgeschlossen haben. Kanada will 450 Truppen nach Lettland schicken, die dort von 140 Soldaten aus Italien unterstützt werden sollen. Laut der deutschen Kriegsministerin von der Leyen sollen zwischen 400 und 600 Truppen nach Litauen gehen, wo sie mit zusätzlichen Truppen aus den Niederlanden, Norwegen,

NATO-Tagung: Mit Hurra in den Dritten Weltkrieg

Zusätzlich zu der bisher bereits beschlossenen und umgesetzten Aufrüstung der NATO an ihren europäischen Grenzen zu Russland haben die NATO-Kriegsminister bei ihrem Treffen in Brüssel [am 27. Oktober] mit hoch provokativen Maßnahmen die Spannungen mit Russland weiter eskaliert. Zugleich geben sie Russland die Schuld an allem. von Rainer Rupp



Belgien, Kroatien und Luxemburg operieren sollen.

Der Plan der NATO besteht darin, ab Anfang nächsten Jahres vier Kampfgruppen mit insgesamt rund 4.000 Soldaten zu kampfbereit zu haben. Die sollen von der 40.000-köpfigen Streitmacht der "Schnellen Reaktionskräfte" und bei Bedarf von umfangreichen Folgekräften aus NATO-Reserven verstärkt werden.

In Norwegen hat die NATO ein in die Berge hineingehauenes, riesiges Tunnelsystem aus dem Kalten Krieg reaktiviert, um Tausende von US-Panzern, Kanonen und anderen Fahrzeugen einzumotten, genug, um am Tag X 15.000 US-Marines gegen das benachbarte Russland einzusetzen. Die US-Marines haben in allen US-Kriegen die Angriffsspitze gebildet. Bei den Vorbereitungen in Norwegen handelt es sich nicht um eine Verteidigungsmaßnahme, denn der US-NATO geht es darum, auf der Kola-Halbinsel den Russen den Zugang zum Atlantik abzuschneiden.

Im Schwarzen Meer hat die NATO die Anzahl ihrer Kriegsschiffe aufgestockt. Sie patrouillieren jetzt regelmäßig in provokativer Nähe zur russischen Küste. In der Ukraine werden die Truppen der Poroschenko-Regierung mit Waffen, Material, militärischer Ausbildung und großzügigen Finanzhilfen auf einen verschärften Konflikt mit Russland vorbereitet.

Laut der New York Times handelt es sich um "den größten militärische Aufbau der NATO an den Grenzen Russlands seit dem Kalten Krieg".

In Rumänien sind die Rampen zum Abschuss für ballistische Raketenabwehrraketen einsatzbereit und die in Polen werden bald folgen. Damit soll die Zweitschlagkapazität Russlands untergraben werden. Das heißt, die USA wollen sich die Option schaffen, Russlands Nuklearwaffen zu zerstören, ohne selbst einen vernichtenden russischen Gegenschlag befürchten zu müssen.

Zugleich können laut der technischen Spezifikationen des Herstellers der US-Abschussrampen in Polen und Rumänien auch nuklear bestückte Cruise Missiles und andere Angriffsraketen abgeschossen werden.

Das Fazit: Überall entlang der Grenzen zu Russland rüstet die NATO auf, vor allem in den ehemaligen Sowjetrepubliken Estland,



Das US-Raketenabwehrsystem Aegis Ashore in Rumänien wurde im Mai 2016 in Dienst gestellt (Foto: © FLICKR/ US ARMY CORPS OF ENGINEERS EUROPE DISTRICT)

Lettland und Litauen. Diese Kleinstaaten werden von besonders rabiaten Russenfeinden regiert, was für die US-NATO Grund genug ist, sie zu hätscheln und zu pflegen und mit möglichst viel neuem Kriegsmaterial und NATO-Soldaten zu überschütten, alles möglichst nahe zur russischen Grenze.

Laut der New York Times handelt es sich um "den größten militärische Aufbau der NATO an den Grenzen Russlands seit dem Kalten Krieg".

Zugleich wird die massive NA-TO-Aufrüstung mit einem nicht enden wollenden verbalen Säbelrasseln führender NATO-Politiker und Militärs begleitet. Sie wird abgerundet von einer langen Reihe großer und kleinerer militärischer Manöver, immer mit Stoßrichtung Russland.

Tatsächlich nutzt die NATO jeden Vorwand, um Russland lauthals zu beschuldigen, aggressive Absichten zu hegen. Zum ständig wiederholten Mantra der Angriffsallianz gehört die schamlose Mär von der militärisch gestützten russischen Annexion der Krim, und dass dies nur der erste Schritt von Russlands Expansion nach Westen sei.

"Wir sehen eine stärkeres und zunehmend durchsetzungsfähiges Russland, das bereit ist, Gewalt anzuwenden", so der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

Wie dieser norwegische Kalte Krieger Stoltenberg tatsächlich tickt, werden an Hand seiner Bemerkung anlässlich des Ministertreffens in Brüssel deutlich, als er vor der Presse den westlichen Truppenaufmarsch an der russischen Grenze damit rechtfertigte, dass die russische Armee ihre Truppen, die an der russischen Westflanke in der Nähe von Moskau stationiert sind, angeblich auf 330.000 Mann erhöht habe. Auch hier wird wieder die für sie NATO typische Propagandamasche deutlich, Ursache und Wirkung auf den Kopf zu stellen.

Seit dem gewaltsamen Regierungswechsel in der Ukraine hatte der Kreml sehr gute Gründe, in den letzten zwei Jahren seine Truppen im Westen zu erhöhen, erst Recht angesichts der nachfolgenden NATO-Provokationen im Schwarzen Meer und in den Baltischen Staaten. Am liebsten wäre es Stoltenberg wahrscheinlich, wenn Russland seine Truppen nach Sibirien verlegen und seine Hauptstadt schutzlos den westlichen Angriffsformationen überlassen würde, die derzeit aufgebaut werden.

Alles, was Russland als logische und zu erwartende Gegenmaßnahme zum NATO-Militäraufbau unternimmt, wird von UN-NATO-Politikern und den Mainstream-Medien als Beweis für die russischen Expansions- und Aggressionsgelüste präsentiert.

"Allein in diesem Monat hat Russland nuklearfähige Iskander-Raketen nach Kaliningrad entsandt und ein Waffen-Plutonium-Abkommen mit den Vereinigten Staaten ausgesetzt", empörte sich Stoltenberg diese Woche. Die allermeisten Pressevertreter wiederholten diesen Vorwurf, ohne auch nur nachzudenken, warum die Russische Förderation so gehandelt hat. Laut Russia Insider betrachten russische Experten dagegen "den Einsatz des Iskander-Raketensystems in Kaliningrad als logische Antwort auf den Einsatz von US-Luft- und Raketenabwehrsystemen in Polen."

Quellen:

New York Times: Britain, U.S. Sending Planes, Troops to Deter Russia in the East $< http://www.nytimes.com/reuters/2016/10/26/world/europe/26reuters-nato-russia.html?_<math>r=0>$

RT Deutsch/YouTube: 80.000 Soldaten bei NATO-Manövern in Nähe der russischen Grenze https://www.youtube.com/watch?v=cHbT8Y8g7UY

Russia Insider: Russia Trolls NATO with Iskander 'Deliberately Placed' Under Passing US Satellite http://russia-insider.com/en/politics/russian-iskander-deliberately-placed-under-passing-ussatellite/ri16976

Autor:

Rainer W. Rupp

(* 21. September 1945 in Saarlouis) ist ein ehemaliger deutscher DDR-Agent (Deckname Topas), der



für den Warschauer Pakt tätig war. Ab 1969 war Rupp für die HVA beim Hauptquartier der NA-TO in Brüssel tätig. 1977 kam er in die politische Abteilung des NATO-Wirtschaftsdirektorats. Anfangs operierte er unter dem Decknamen "Mosel", ab 1979 als "Topas".



Dieser Text wurde zuerst am 28. Oktober 2016 auf RT Deutsch unter der URL https://deutsch.rt.com/international/a2527-nato-tagung-mit-hurra-in/ veröffentlicht. Lizenz: RT Deutsch

<http:// www.free21. org/?p=25033>



Die "Fake News"-Hysterie und der neue "vormundschaftliche Staat"

von Paul Schreyer

Einer der in den westlichen Medien meistgelesenen und meistdiskutierten Artikel der vergangenen Woche berichtete von einem besonders perfiden Erfolg russischer Propaganda: Moskau habe die amerikanischen Onlinemedien während des Präsidentschaftswahlkampfes mit "Fake News" geflutet, also mit falschen und manipulierten Nachrichten. Ziel sei eine Stärkung von Donald Trump und eine Schwächung der amerikanischen Demokratie gewesen. Eine wissenschaftliche Studie habe diese russische Propaganda-Kampagne nun belegt – so berichtete es jedenfalls die Washington Post. Und viele, sehr viele Journalisten übernahmen diese Darstellung. Der stellvertretende ZDF-Chefredakteur Elmar Theveßen verbreitete den Text auf Twitter. Das Problem dabei: Der Artikel und die ihm zugrunde liegende Studie sind so unsauber und fragwürdig, dass sie selbst schon die Kriterien für "Fake News" erfüllen.

Die Geschichte könnte eine Satire sein, so überspitzt, ja überdreht hört sie sich an. Dabei ist ihr Kern eigentlich unstrittig und beschreibt ein Problem der Medien insgesamt: Immer mehr Nachrichten werden von Journalisten ungeprüft weiterverbreitet. Was immer in das eigene Raster passt, die eigenen Vorurteile bestätigt, das wird - nicht nur von Lesern. sondern eben auch von Zeitungsredakteuren - begierig aufgegriffen und geteilt. Die Gesellschaft trennt sich mehr und mehr in verschiedene Filterblasen, die separat wachsen und sich voneinander entfernen. Es entstehen Weltbilder, so unterschiedlich und unversöhnlich, dass ein sinnvoller Austausch zwischen den Lagern immer unmöglicher wird. Helfen



(Foto: Screenshot)

würde ein Innehalten, Reflektieren und Hinterfragen der eigenen Position, doch das scheint nur den Wenigsten zu gelingen – gerade auch im medialen Mainstream, wo die Feindbilder von Trump bis Putin mittlerweile so klar und in Stein gemeißelt erscheinen, wie zuletzt zur Zeit des Senators Joseph McCarthy.

Nervosität und Panik sind offenbar der neue Grundzustand. Viele Medienschaffende sehen sich als "das Gute" wollende Aufklärer, oder doch zumindest als Menschen, die mit aller Macht eine drohende Katastrophe abwenden möchten. Immer lauter rufen sie an gegen den Sturm, der aus der gegnerischen Filterblase – oder überhaupt von außen – zu ihnen dringt. In der FAZ beschrieb es ein kluger Kommentator am Wochenende so:

"Es muss konsequent auf die absolute Richtigkeit der eigenen Ansichten gesetzt werden, denn alles andere hilft nur der Finsternis. Und es muss mehr davon werden, es muss besser erklärt werden, die eigene Richtigkeit soll überall stehen und allen verfügbar sein. Die Medien hatten die richtige Einstellung, die Medien sind die Wahrer des Lichts, nichts ist falsch an den

Medien, und wenn man noch mehr sagt, werden es alle hören und richtig finden. Weil: Aufklärung! Ich habe hier einige Klassiker der Aufklärung im Original, und die lesen sich sehr viel ambivalenter und charmanter. Das mag daran liegen, dass Diderot, Voltaire und viele andere gerade einer Epoche entkommen wollten, in der es nur eine einzige, absolut wahre Wahrheit gab, nämlich die katholische Kirche, die mit allen Mitteln radikal durchgesetzt wurde: Voltaire musste selbst noch erleben, dass ein Leser seines philosophischen Wörterbuchs hingerichtet wurde. Ich möchte die modernen Autoren mit ihrem absoluten Wahrheitsanspruch nicht in der Tradition dieser Aufklärung verorten."

Vor diesem Hintergrund bildet der eingangs erwähnte Artikel in der Washington Post einen neuen Höhepunkt von "Aufklärung", die sich von derjenigen Propaganda, welche sie kritisiert, selbst kaum unterscheidet. In dem Beitrag wird behauptet, dass eine Flut von "Fake News" in US-Onlinemedien gezielt durch Russland koordiniert worden sei und Moskau damit die Präsidentschaftswahl zugunsten von Donald Trump beeinflusst habe.

An dieser Einschätzung sind zunächst zwei Dinge problematisch. Zum einen liefert die Washington Post keinerlei konkrete Beweise für eine tatsächliche Steuerung von "Fake News" durch Russland. Die Kernaussage bleibt eine Spekulation. Zum anderen ist unklar, ob mit dem Begriff "Fake News" in diesem Zusammenhang ausschließlich Lügen und Manipulationen gemeint sind, oder ob auch Kritik an Hillary Clinton und an einem Konfrontationskurs gegenüber Russland darunter fallen.

Worauf stützt sich nun die Washington Post? Zitiert wird im Artikel vor allem eine Studie "unabhängiger Forscher" einer bislang in der Öffentlichkeit nicht bekannten Gruppe namens "PropOrNot" (Propaganda or not). Diese ...Forscher" treten nicht mit Namen auf, sondern bleiben vollständig anonym, um, so die Washington Post, "den Heerscharen russischer Hacker kein Ziel zu bieten". Die Studie selbst war zum Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels zudem nicht öffentlich publiziert. Der Artikel erschien am Donnerstag letzter Woche, die Studie wurde erst am Samstag online gestellt. Somit konnte bei Erscheinen des Artikels kein Journalist außerhalb der Washington Post die Informationen selbst überprüfen. Jeder, der zeitnah darüber schrieb, war darauf angewiesen, der Washington Post in ihrem Urteil zu vertrauen. Dieses Vertrauen erwies sich als Fehler. Denn die Studie der anonymen Autoren ist, wie sich nun nach der Veröffentlichung zeigt, nicht einfach nur handwerklich schlecht, parteiisch oder fehlerhaft, sondern von seriöser Forschung ungefähr so weit entfernt, wie ein Graffiti von einer Diplomarbeit.

"PropOrNot" hat selbst auch gar nichts "erforscht" sondern im



Kern lediglich eine Liste aus 200 vermeintlichen "Fake News"-Webseiten zusammengestellt. Diese Liste nun, und das ist die eigentliche Pointe, umfasst nahezu das gesamte alternative Nachrichtenspektrum der USA – von links bis libertär und konservativ. Alle 200 genannten Webseiten, darunter so populäre wie Counterpunch, Zero Hedge, Truthout und Wikileaks sind, so die Washington Post, sämtlich Verbreiter "russischer Propaganda". Das ist in dieser Pauschalisierung ebenso lächerlich, wie maßlos und wird durch die anonymen "Forscher" auch durch nichts weiter belegt. Der Gruppe geht es erkennbar vor allem um das Erstellen und Verbreiten dieser Liste mit auszugrenzenden Alternativmedien. Mehr oder weniger alles außerhalb der Leitmedien ist demnach "Lüge" und "Propaganda". "PropOrNot" stellt dabei klar, dass nicht alle 200 Webseiten zwingend durch Russland gesteuert würden, viele seien einfach "nützliche Idioten" für Moskau, die ihre eigene Instrumentalisierung gar nicht bemerkten. Durch diese Rhetorik entzieht sich die Gruppe von vornherein einer aufwändigen Beweisführung.

Die Gruppe versucht dabei nicht nur, alternative Medien pauschal als unseriös auszugrenzen, sondern sie hat auch eine sehr konkrete außenpolitische Agenda. So heißt es auf ihrer Webseite, Russland solle umgehend "für mindestens ein Jahr vom internationalen Finanztransaktionssystem SWIFT abgeschnitten" werden, als "angemessene Reaktion auf die russische Manipulation der Wahl".

Der Autor des Artikels in der Washington Post, Craig Timberg, wie auch die Zeitung insgesamt, waren zuvor bereits durch ähnlich "gründlich" recherchierte Texte in Zusammenhang mit Russland und der US-Wahl aufgefallen. So veröffentlichte man dort im August einen Beitrag, der in der Überschrift markig verkündete, dass "russische Hacker" Wahlcomputer in Arizona,,ins Visier genommen" hätten. Im Artikel selbst wurde diese Behauptung dann allerdings nicht belegt, dort hieß es stattdessen bloß: "FBI-Ermittler legten sich nicht fest, ob die Hacker Kriminelle waren oder von der russischen Regierung beauftragt wurden." An diesen Artikel knüpfte Craig Timberg an, der schon am nächsten Tag verkündete, "wie russische Hacker tatsächlich eine US-Wahl kippen könnten" und dabei darauf verwies, das man inzwischen ja schon über das "russische Eindringen in Wahlcomputer" berichtet habe. Dass es sich dabei lediglich um Vermutungen ohne Beleg handelte, kam nicht mehr vor. Genau so, darf man sagen, entstehen "Fake News".

Timberg selbst bleibt zu seinen aktuellen "Enthüllungen" im Nachhinein schmallippig und beantwortete kritische Fragen der Kollegen des Onlinemediums "The Intercept" nur mit einem ebenso kurzen wie hilflosen: "Tut mir leid, ich kann Artikel, die ich für die Post geschrieben habe, nicht kommentieren."

Das Ganze wäre in seiner Absurdität eigentlich zum Lachen, wenn nicht so viele einflussreiche Journalisten und Politiker das groteske Theater tatsächlich für bare Münze nehmen würden und ihr Handeln danach ausrichteten. Wenn CDU-Fraktionschef Volker Kauder aktuell in einem Gastbeitrag in der WELT wütend fordert, dass mit "Freiheit Schluss" sei, "wenn das Netz weiter lügt", dass an "Rechtsverschärfungen kein Weg vorbei" führe und man auch diskutieren müsse, ob Facebook und Co. "nicht mehr tun müssen, um das Netz nicht nur von rechtswidrigen Inhalten frei zu halten, sondern von Lügen generell gerade in der politischen Debatte" dann wird es seltsam. Wenn Facebook tatsächlich bald nicht mehr nur strafrechtlich relevante Äußerungen aller seiner Nutzer löschen soll, sondern auch deren "Lügen" - dann ist klar, dass es dazu einer zentralen Instanz bedarf, die in allen Fragen entscheidet, was "Wahrheit" ist. Da wären wir dann direkt bei George Orwell und dem "Wahrheitsministerium" aus seinem Roman "1984".

Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte sich in ihrer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag in der vergangenen Woche vorsichtiger, aber in ähnlicher Richtung. Es gebe heute Medien, "die weniger kontrolliert sind", womit man sich "auseinandersetzen" müsse, nicht zuletzt aus "Sorge um Stabilität". Der Geist des "vormundschaftlichen Staates" - eine Parole der DDR-Bürgerrechtsbewegung von 1989 - ist offenbar wieder da. Dazu passt auch die aktuelle Ankündigung des niedersächsischen Innenministers Boris Pistorius, man brauche in Deutschland für Journalisten einen neuen "offiziellen Presseausweis", der Behörden garantiere, "einen professionellen Berichterstatter vor sich zu haben". Der neue Ausweis solle "von anerkannten Stellen" vergeben werden.

Es geht, soviel ist klar, um Deutungshoheit. Die Etablierten wollen selbst, ohne Störungen durch andere, entscheiden, was Wahrheit ist und wer ein Journalist. Da sie sich dazu offenbar selbst in immer stärkerem Maße der Propaganda bedienen, schwindet ihre Glaubwürdigkeit weiter, was wiederum den Druck erhöht, die öffentliche Meinung "unter Kontrolle" zu halten. Es entsteht ein Teufelskreis, eine wahnhafte, gespenstische Inszenierung, in deren derzeitigem Akt die Chefpropagandisten selbst sich zu Kämpfern für die reine Wahrheit stilisieren. Das Publikum wird für diese Aufführung kaum Beifall spenden.

Quellen:

Npr.org Experts Say Russian Propaganda Helped Spread Fake News During Election < http://www.npr. org/2016/11/25/503361296/expertssay-russian-propaganda-helpedspread-fake-news-during-election>

USAToday: Reports: Russian operation boosted ,fake news' phenomenon http://www.usatoday.com/story/ news/2016/11/25/reports-russianoperation-boosted-fake-news-phenomenon/94424206/>

Twitter: retweet von Washington Post: https://twitter.com/ethevessen/status/8 02639051694043136?lang=de>

FAZ: Fake News und Penetranz als ${\bf Medienstrategie}\ <\!\! http://blogs.faz.$ net/deus/2016/11/26/fake-news-undpenetranz-als-medienstrategie-3931/>

Washington Post: Russian propaganda effort helped spread 'fake news' during election, experts sa < https://www.washingtonpost. com/business/economy/russianpropaganda-effort-helped-spread-fakenews-during-election-expertssay/2016/11/24/793903b6-8a40-4ca9b712-716af66098fe_story.html?utm_ term=.db50ae4e9a26>

Black Friday Report: PropOrNot - Black Friday Report On Russian Propaganda Network Mapping.pdf https://drive. google.com/file/d/0Byj_1ybuSGp_NmYtRF95VTJTeUk/view>

Propornot.com: Is It Propaganda Or Not? http://www.propornot.com/p/ the-list.html>>

Washington Post: Russian hackers targeted Arizona election system https://www.washingtonpost.com/ world/national-security/fbi-isinvestigating-foreign-hacks-of-stateelection-systems/2016/08/29/6e758ff4-6e00-11e6-8365-b19e428a975e_story. html?utm_term=.90aca789d686>

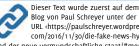
Washington Post: Here's how Russian hackers could actually tip an American election https://www. washingtonpost.com/news/the-switch/ wp/2016/08/30/could-hackers-tipan-american-election-you-bet/?utm_ term=.752703ec2e11>

The Intercept: Washington Post Disgracefully Promotes a McCarthyite Blacklist From a New, Hidden, and Very Shady Group https://theintercept. com/2016/11/26/washington-postdisgracefully-promotes-a-mccarthyiteblacklist-from-a-new-hidden-and-veryshady-group/>

Welt: Wenn das Netz weiter lügt, ist mit Freiheit Schluss https://www.welt.de/ debatte/kommentare/article159606823/ Wenn-das-Netz-weiter-luegt-ist-mit-Freiheit-Schluss.html>

Deutschlandfunk: Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat < http://www. deutschlandfunk.de/kursiv-klassikerrolf-henrich-der-vormundschaftlichestaat.1310.de.html?dram:article_ id=294375>

NeueOZ: Pistorius kündigt offiziellen Presseausweis an http://www.noz. de/deutschland-welt/niedersachsen/ artikel/812937/pistorius-kuendigtoffiziellen-presseausweis-an>



Blog von Paul Schreyer unter der URL https://paulschrever.wordpress. com/2016/11/30/die-fake-news-hysterieund-der-neue-vormundschaftliche-staat/#more-707> veröffentlicht. Lizenz: (Paul Schreyer)

<http:// www.free21. org/?p=25605>





Wibren Visser, 55, gebürtiger Niederländer, wohnhaft in Linz, Österreich arbeitet als Controller und verbringt die Freizeit mit Familie, Garten und Laufen.

Was hat Dich nach Österreich verschlagen?

Meine Frau. Wir waren beim Skifahren in derselben Pension. Ich lebte damals in Köln und bin dann bald nach München. Nach einem Jahr Wochenendbeziehung zog ich 1985 nach Österreich.

Bist Du auch schon so lange politisch aktiv?

Nein. Das begann 2008, da bin ich zufällig auf das Thema 9/11 gestoßen. Ich habe mich informiert und konnte nicht glauben, wie viele Fragen unbeantwortet sind. Zunächst habe ich die Petition der Architects & Engineers for 9/11 Truth (www.ae911truth. org) unterschrieben. Darin fordern Architekten und Ingenieure aus der ganzen Welt eine neue Untersuchung der Zerstörung der drei Gebäude des World Trade Centers.

Du bist aber weder Architekt noch Ingenieur?

Richtig. Aber jeder kann sich daran beteiligten und diese Non-Profit-Organisation unterstützen. Das war mir persönlich ein großes Anliegen.

Warum das?

Nach der Petition blieb das Gefühl: Das war es jetzt? Man muss doch was tun. ICH muss doch et-

Wir sind Frieden

Controller, Putzfrau oder Informatiker – In- oder Ausländer – Friedensaktivisten findet man in jeder Berufs- und Altergruppe, in und aus jedem Land, in jeder Altersgruppe. Was die Menschen verbindet, ist die Tatsache, dass "man" etwas tun muss – dass "man" nicht einfach nur passiv zuschauen will, wenn die Welt auf Krieg zusteuert. Was jede(r) Einzelne tut, ist unterschiedlich – begründet durch die jeweiligen Lebensumstände und Möglichkeiten. Aber jedes Interview mit Friedensaktivisten bestätigt die alte Lebensweisheit: Wer nicht will, findet einen Grund. Wer will, findet einen Weg. Im folgenden ein paar Wege, die ganz normale Menschen gehen.

von Andrea Drescher

was tun. Einfach nur zuschauen, das ging gar nicht. Also habe ich mir eine Aufgabe gesucht, in der ich meine Kompetenzen gut einbringen kann. Ich habe begonnen, das Übersetzungsteam für AE911Truth zu organisieren. 2008 gab es auf Youtube schon sehr viel Material – aber nur in Englisch. Und da ich nebenberuflich Übersetzungen mache, schien mir das ein sinnvolles Betätigungsfeld. Es geht ja schließlich alle Menschen etwas an, nicht nur die, die gut Englisch beherrschen.

Übersetzt du viel?

Kaum, ich koordiniere und kümmere mich um die Koordination und Technik. Das ist ziemlich zeitaufwendig, vor allem die Kommunikation mit den Übersetzern und Lektoren. Geld haben wir keines, also müssen wir auf das Engagement von Menschen setzen, die das Projekt in ihrer Freizeit unterstützen.

Wie kann man sich die Arbeit vorstellen?

In einer wöchentlichen Telefonkonferenz, an der meist 3 bis 4 Aktivisten, sporadisch auch Richard Gage, teilnehmen, besprechen wir das Material und entscheiden uns für ein Projekt. Einer vom Team besorgt die Videodatei, dann macht ein Australier ein Transkript mit ungefähren Zeitangaben. Auf Basis dessen entsteht die Version mit englischen Untertiteln, die die Vorlage für die Übersetzungen bildet und exakte Zeitangaben für die Untertitel enthält. In einem Video von 1,5 Stunden Dauer kommen leicht 1500 solcher Zeitslots zusammen. Die Vorlage geht - über die Sprachkoordinatoren – dann als Excel zu den Übersetzern, die nur dann mitwirken, wenn sie Zeit und Lust haben, bzw. Ihnen das Material auch zusagt. Nach der Übersetzung geht ein Muttersprachler über den Text. Gerade weil bei uns nur wenige Profis mitarbeiten: Wir wollen sicherstellen, dass die Übersetzungen möglichst fehlerfrei sind. Nach dem Korrekturlauf wird der Text in das Videountertitelprogramm übernommen.

Das hört sich nach einem gut organisierten Prozess an.

Ja, das ist notwendig. Einmal veröffentlicht kann ein Video nicht mehr korrigiert werden. Andere teilen es auf Twitter, Facebook oder anderen Webseiten. Es dann wieder herunterzunehmen, führt dazu, dass Links ins Leere laufen. Das wollen wir vermeiden.

Sucht Ihr noch Unterstützer?

Immer! Ein Mail an wvisser@ ae911truth.org wäre ein erster Schritt. Gerade in der Freiwilligenarbeit ist es so, dass Menschen kommen und gehen. Man kann die Arbeit nicht klassisch honorieren. Aber meine Erfahrung ist, dass viele dankbar sind, sich engagieren zu können. Wir bieten eine Struktur in die sich

Menschen mit Sprachkompetenz einbringen können.

Und, bist du mit den Ergebnissen zufrieden?

Ja und nein. Unsere zentrale Aufgabe ist, das verfügbare Material in möglichst vielen Sprachen in hoher Qualität dem Publikum weltweit zur Verfügung zu stellen. Wir laden es in den Youtube Channel ae911truth. Von dort kann es beliebig kopiert werden. Für einige Sprachen haben wir alle wichtigen Videos übersetzt – Deutsch, Französisch, Spanisch, Arabisch, Portugiesisch und Polnisch. Auch auf Holländisch sind wir fast komplett. Italienisch hängt nach und in vielen anderen Sprachen gibt es nur wenige Videos. Inzwischen wurden für 31 Sprachen zwischen 1 und 55 untertitelte Videos erstellt. Insgesamt sind es knapp 700 Sprachversionen mit 136 Stunden reiner Videozeit. Darauf entfallen 1,9 Millionen Views. Allerdings zählen wir nur die Views in unserem Channel, die Nutzer der zahlreichen Kopien werden dabei nicht berücksichtigt.

Das Ziel von AE war es ursprünglich, 1000 Unterschriften von Architekten und Ingenieuren zu erreichen. Das gelang im Januar 2010. Mit dieser Liste wandten sich die Gründer der Plattform an den Kongress. Unsere Forderung – eine neue Untersuchung – wurde aber bis jetzt noch nicht erfüllt. Vor drei Jahren hatten wir gut 2000 Unterschriften, aktuell sind es 2690.

Zahlenmäßig klingt das alles nicht nach "viel" - lohnt sich das Engagement?

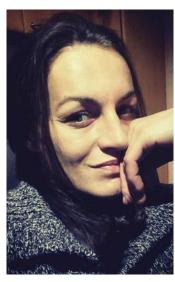
Manchmal ist es echt frustrierend, wenn man sieht, wie viele Klicks manches Katzenvideo erhält und unsere Übersetzungen zwischen einigen 100 und ein paar Tausend Views vor sich hin dümpeln. Ich investiere aber gerne die 5-15 Stunden pro Woche, weil ich für mich die Verantwortung zu handeln spüre. Es würde meinen Selbstrespekt total untergraben, wenn ich nicht aktiv dran bliebe. Leider wollen viele Menschen sich mit dem Thema nicht abgeben oder haben nicht die Zeit.



Glaubst Du, dass Du den neuen Commission Report noch erleben wirst?

Nicht dass ich mich drauf freue, aber ich kann mir vorstellen, dass es innerhalb der nächsten Jahre buchstäblich umwerfende Entwicklungen in den Vereinigten Staaten geben wird. Daraus könnte sich etwas Neues entwickeln. Das Interesse, das alles unter der Decke zu halten, ist jedoch sehr groß. Aber wir werden weiter Menschen aktivieren, sich für eine neue offizielle und ernsthafte Untersuchung mit ausreichenden Budgetmitteln einzusetzen.

Weiter so!



Monika Aichhorn, 34, Goldwörth, Österreich, Putzfrau und Kindergartenhelferin in ihrem Dorf, ausgebildete Restaurantfachfrau, Mutter von 2 Kindern, Garteln & Einkochen, durchs Internet bilden

Wie wurdest Du zur Friedensaktivistin?

Das war ein längerer Weg. Es begann mit meinem Lebensgefährten, der aus Guinea stammt. Durch ihn wurden mir die Unterschiede zwischen dem "Wissen" aus Afrika und Europa auf einmal bewusst. Das, was wir in der Schule gelernt haben, konnte nicht ganz stimmen. Es gibt noch eine andere Wahrheit. Und je mehr Kontakte ich zu Afrikanern bekam, desto deutlicher wurde mir das.

Wie hast du sie kennen gelernt?

Im Flüchtlingsheim von Ute Bock in Wien habe ich viele Afrikaner kennen gelernt. Dort habe ich vieles zum Thema Flüchtlinge und Asyl mitbekommen und immer wieder mit Menschen aus verschiedenen Ländern über kritische Themen gesprochen, wo es völlig widersprüchliche Informationen gab.

Kannst du ein Beispiel dazu nennen?

Der Ebola-Ausbruch 2013 ist ein gutes Beispiel dafür: Teile der Familie meines Partners leben in der Nähe des Krisengebietes und sagten immer und immer wieder, dass es bei weitem nicht so schlimm sei, wie man bei uns berichtete. Da fing ich an, ernsthaft an den Medien zu zweifeln. Mein Lebensgefährte hat mir dann noch bewusst gemacht, dass Hilfsorganisationen dort nicht unbedingt helfen, sondern dass es um Medikamententests und -verkauf geht. Über Facebook habe ich meine Kontakte nach Afrika intensiviert, die Menschen selbst gefragt, wie es ihnen geht - und die Antworten haben mich erschreckt. Ich glaube jetzt viel eher, was mir reale Menschen erzählen, nicht was Regierungen oder Zeitungen berichten.

Und was heißt es für dich, Aktivistin zu sein?

Friedensaktivistin heißt für mich Flüchtlingshilfe, heißt, mich in Facebook mit Menschen zu vernetzen und Informationen auszutauschen. Speziell auch mit Menschen aus Afrika - um dort ein realeres Bild über Europa zu vermitteln. Da findet man die schrägsten Vorstellungen – gerade in den letzten Jahren durch die zunehmenden Manipulationen durch sogenannte islamistische Führer, die ich wirklich nicht toll finde. Als ich noch in der Stadt gelebt habe, war ich überzeugter "Gutmensch", der sich unbedingt für Flüchtlinge engagiert hat. Seit ich vor ein paar Jahren wieder aufs Land gezogen bin, habe ich aber auch mehr Verständnis für die Ängste und Befürchtungen der Menschen gewonnen. Wir leben in Österreich, speziell auf dem Land, in einer enorm privilegierten Situation. Aber wenn alle armen Menschen in Afrika, die das über die modernen Medien heute mitbekommen, herkommen würden – wo soll das hinführen? Natürlich unterstütze ich die Menschen, die zu uns geflohen sind weiter. Ich sehe es einfach nur kritischer. Man muss in den Ländern für lebenswerte Umstände sorgen. Überall auf der Welt. Wichtig ist einfach die Regionen stark machen.

Das Regionale stark machen, das fordern auch die Rechten, bist du eine?

Ich bin sicher keine Rechte, nur weil ich Regionales gut finde. Würde ich in Liechtenstein, Spanien, Portugal, Finnland, Israel, Syrien oder in Amerika leben würde, dann würde ich mich von deren regionalen Lebensmitteln ernähren wollen :-) So einfach ist das! Grundlegendes wie Lebensmittel sollen die Menschen erzeugen, die sie auch essen. Billig herstellen und einfach billig kaufen, davon profitieren nur die Konzernbosse. Wir haben dann schlechte Oualität und hohe Energiekosten wegen der langen Transportwege. Wir sollte uns in Europa ernsthaft Gedanken machen, wie wir die Lebensmittelproduktion wieder heimholen. Darum ist Gartenarbeit für mich auch Friedensarbeit. Wenn man in den Garten geht, kann man alles andere ausschalten - das ist sehr meditativ - und ein gutes Kontrastprogramm zu den negativen Nachrichten aus der ganzen Welt. Eine Freundin von mir hat mich da inspiriert. Man muss nicht perfekt sein, man kann sich selbst entwickeln durch sein eigenes Handeln. Ich lerne durch die eigenen Erfahrungen aber auch von Dritten und gebe das dann wieder weiter. Wichtig ist mir das Teilen – vom Saatgut bis zu Ertrag. Und natürlich Kontakte in meiner Region aufzubauen zu Menschen, die auch meine Gedanken teilen.

Und was heißt Friedensarbeit noch für dich?

Es sind viele Kleinigkeiten. Vor kurzem habe ich einen Aufruf in Facebook gestartet. "Wer macht mit mir mit, Konzerne zu stoppen?!" Dazu kann jeder beitragen. Ein einfaches Beispiel: Meine Winterjacke habe ich 2006 gekauft. Ich versuche meine Sachen solange zu tragen, bis sie wirklich kaputt sind. Das ist mein Weg für Frieden. Ich überlege mir einfach nur, wem ich mein Geld gebe. Z.B. bekommt Dr. Oetker von mir keinen Cent mehr - die haben letztes Jahr einen Rüstungskonzern aufgekauft. Viele Läden und Hersteller wie Danone, H&M, C&A, Primark, NESTLE boykottiere ich einfach und hoffe, dass das mit der Zeit immer mehr Menschen tun. Ich bin nicht für eine gewalttätige Revolution auf der Straße, ich will keine Toten sehen. Ich will diese Revolution von zuhause aus antreiben, indem ich mir überlege, was ich wirklich zum Leben brauche, und wer mein Geld bekommt. Das meiste von meinem Einkommen bleibt jetzt bei uns in der Region. Und das ist gut so. Ansonsten verteile ich noch Free21 bei uns im Umfeld. Und merke. dass es immer besser ankommt.

Das ist toll, danke dafür – und deine Zeit für dieses Interview!



Khaled Abu Marjoub, 58 Jahre, wohnhaft in Berlin, geboren in Qub'Elias in der Beka Ebene im Libanon. Von Beruf seit 30 Jahren Diplom-Informatiker, in 2. Ehe verheiratet, zwei Kinder. Hobbys: Lesen, Pflanzen, Reisen und gute Kinofilme.



Bist du schon lange politisch aktiv?

Ja, ich bin seit frühester Jugend ein politischer Mensch, bin quasi in die Politik hinein geboren worden.

Kannst du das erklären?

Mein Vater war palästinensischer Flüchtling, meine Mutter Libanesin. Im Alter von sieben Jahren zog ich mit meiner Familie nach Jordanien. Mein Vater, der während der Nakba in Palästina, heutiges Israel, zunächst im Libanon Zuflucht suchte, wollte zu seiner Familie zurück. Bis zu meinem 20. Lebensjahr habe ich dann in Amman gelebt, 1978 ging ich zum Studieren nach Berlin.

Warum das?

Mein versprochenes Stipendium an einer Uni in Russland scheiterte leider schon an der Abholung in Jordanien. Auf Grund der hohen Studiengebühren in Jordanien hätte ich dort nicht studieren können. In Deutschland hingegen wurden auch ausländische Studenten zugelassen, die Studiengebühren ließen sich erarbeiten. Mein ältester Bruder lebte in Deutschland, das war eine Chance für mich. Zunächst habe ich die deutsche Sprache gelernt und dann an der TU Berlin Informatik studiert.

Kann man als Ausländer auch politisch agieren?

Natürlich, auch wenn man im Ausland nie wirklich zu 100% ankommt. Ich war und bin immer ein Wanderer zwischen den Welten gewesen. Während des Studiums war ich Mitglied im palästinensischen Studentenverein, einige Jahre sogar dessen Vorsitzender. Wir haben Informationsveranstaltungen über Palästina arrangiert und für die Sache der Palästinenser geworben. Damals hatte man noch viel mehr Verständnis für Israel als heute, von der Nakba sprach da noch niemand. Heute hat sich da einiges verändert.

Wolltest du nie zurück?

1986, bis kurz vor Ende meines Studiums, stand es außer Fra-

ge, dass ich zurückkehre. Doch in diesem Sommer wurde unser erstes Kind geboren. Ich hätte bei einer Rückkehr Wehrdienst in Jordanien ableisten müssen, wäre also ohne Einkommen für die Familie gewesen. Das war ein deutlicher Konflikt. Wer kümmert sich um meine Familie, wenn ich im Militärdienst bin? Also entschied ich mich zu bleiben und habe mir hier eine Arbeit gesucht. Nach drei Monaten fand ich die Aufgabe, in der ich noch heute tätig bin. Die Firma wurde inzwischen mehrfach verkauft oder übernommen, aber ich mache immer noch die "gleichen" Arbeiten.

Welchen Stellenwert hat für dich die Religion in der politischen Arbeit?

Im Nahen Osten haben alle Religionen friedlich und mit Respekt nebeneinander gelebt. Es gab nie ein Problem z. B. mit den Christen - weder im Libanon noch in Jordanien. Als Moslem kann ich nicht gegen Christen oder Juden agieren, damit würde ich gegen meine Religion und den Koran verstoßen. Im Koran gibt es keinen Zwang, jeder kann und soll seinen Glauben behalten können. Ich lebe dieses seit meiner Kindheit. Der sogenannte "politische Islam" entstand, als die Taliban gegen die Sowjet Union aufgerüstet wurden. Dieser "politische Islam" ist meines Erachtens die Arbeit ausländischer Geheimdienste über Jahrzehnte. Was wir derzeit im Namen des Islams erleben, hat nichts, aber auch gar nichts mit dem Islam zu tun.

Warst du immer politisch aktiv?

Ich muss gestehen: "Nein". Viele Jahre habe ich wie ein Wahnsinniger gearbeitet, Stunden und Tage nach irgendwelchen Programmfehlern gesucht. Der Job hat mich total vereinnahmt. Durch jahrzehntelangen Dauerstress wurde ich krank, ich war total ausgelaugt. Erst dann habe ich die Prioritäten meines Lebens wieder neu gesetzt. Mir wurde klar, dass es mehr im Leben gibt, wichtigere Dinge, als Rundungsfehler in Softwareprogrammen. Vier Mo-

nate lang war ich krankgeschrieben. In dieser Zeit habe ich mich neu umgesehen und viele Stunden im Internet verbracht, gelesen und recherchiert. Das war der Beginn meiner erneuten politischen Aktivität. Heute erfülle ich meinen Arbeitsvertrag, habe aber auch gelernt, bei zu viel Arbeit, nein zu sagen. Heute habe ich mehr Zeit für andere, schöne und wichtige Dinge – mich aktiv für den Frieden einzusetzen gehört dazu.

Was verstehst du darunter?

Ich mache einfach das mir Mögliche, ohne mich zu überfordern. Doch regt es mich auf, dass Millionen Menschen von Hartz-IV-Gesetzen betroffen sind, aber kaum jemand auf die Straße geht. Wenn die Betroffenen nichts tun, wer dann? Ich lese alternative Medien und gebe das Wissen weiter, versuche mit Kollegen und Freunden ins Gespräch zu kommen und gehe auf Demonstrationen. Das ist aber gar nicht so einfach, die meisten Menschen sind von ihrer "Mainstream"-Wahrheit fest überzeugt. Ich nehme Stellung in Facebook, verteile dort auch Informationen. Manchmal sind es "Einmal-Aktionen" wie das Bed & Breakfast für drei auswärtige Teilnehmer der Friedensfahrt Berlin-Moskau. Ich verstehe und fühle mich als Brückenbauer zwischen den Welten.

An welchen Brücken arbeitest du denn?

Das Thema Flüchtlinge ist für mich natürlich wichtig, dort versuche ich zu vermitteln. Über Flüchtlinge kann man kaum diskutieren, ohne dass es heiß her geht. Bei der 11.55 Uhr Demo am 1.10. in Berlin hatte ich ein interessantes Gespräch mit einem Aktivisten. Er war gegen Flüchtlinge, regte sich darüber auf, dass Russen in Syrien für die Befreiung Syriens kämpfen und dass bei uns syrische Männer Unterschlupf finden. Diesen Mensch darf man nicht einfach in die rechte Ecke stecken. Das will ich nicht, wir dürfen uns nicht noch weiter spalten lassen. Es gibt mehr als genug Feindseligkeiten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Wer Arbeit hat schimpft über die Arbeitslosen, Arm und Reich stehen einander feindselig gegenüber, Raucher und Nichtraucher, Veganer und Fleischesser, links und rechts, Inländer und Ausländer. Wir müssen uns klarmachen: Wir sind keine Feinde, wir sind alle Opfer dieses Systems. Die Menschen müssen erkennen, wo das eigentliche Problem liegt. Die Medien tun aber alles, um die Menschen dumm zu halten. Ich schaue mir ARD & ZDF nur noch ab und zu an, um zu erfahren, wie die Menschen indoktriniert werden. Man - nein ICH - muss aktiv sein, um dem entgegen zu wirken.

Dann weiterhin viel Erfolg dabei!



Unterstütze Free 21.org Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84430609671185902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Autor:

Andrea Drescher

Unternehmensberaterin & Informatikerin, Selbstversorgerin & Friedensaktivistin



– je nachdem was gerade gebraucht wird. Seit 2016 bei Free21 als Schreiberling und Übersetzerin mit im Team.

http://www.free21.
org/?p=25467>





Journalismus als PR-Waffe der Industrie

Viele glauben, Wissenschaft sei frei. Das stimmt aber nicht. Denn überall dort, wo diese Erkenntnisse generiert, die mächtigen Interessen in die Quere kommen, kommt es umgehend zu sozialen, politischen und wissenschaftlichen Kämpfen, setzen Rufmordkampagnen ein oder geschieht Schlimmeres. Womit wir daher inzwischen oftmals konfrontiert sind, bezeichnen aufmerksame Beobachter der Entwicklungen daher längst als "missbrauchte" oder gar "gekaufte Wissenschaft"; eine Wissenschaft also, die sich den Mächtigen andient und nur noch erforscht und kommuniziert, was diesen dienlich ist.

von Iens Wernicke

Tum Thema eines zweiten Zum Thema omez "Stummen Frühlings" hatten die NachDenkSeiten bereits vor einiger Zeit darüber berichtet, wie kritische Forschung, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet sieht, immer stärker unter Beschuss gerät. Im Interview mit Jens Wernicke berichtet die österreichische Journalistin Tina Goebel nun von ähnlichen Entwicklungen im Bereich der Mobilfunkindustrie, die seit Jahren alle wissenschaftlichen Belege zu den von ihren Produkten ausgehenden Gesundheitsgefahren unterdrückt - und von der Kollaboration der meisten Medien hierbei. **JENS WERNICKE:** Frau Goebel, Sie haben als Journalistin für das österreichische Magazinprofil gearbeitet und arbeiten nun unter anderem als Nachrichtenredakteurin für den Privatfernsehsender PULS 4. Sie haben, will es scheinen, im Gegensatz zu einer größer werdenden Anzahl unserer Kolleginnen und Kollegen den Journalistenkodex noch nicht ad acta gelegt, nach welchem nicht nur Informationen stets noch einmal zu überprüfen sind, sondern immer auch "die andere Seite" zu Wort kommen muss. Das hat schließlich anlässlich eines "Medizinskandals", der vor einigen Jahren mehr oder minder die gesamte Welt erschütterte, dazu geführt, dass Sie die Artikel der Mainstream-Medien kritisch hinterfragt und sich dann in einer eigenen Darstellung, der kurz darauf eine zweite folgte, gegen die Manipulation der öffentlichen Meinung gewandt haben.



TINA GOEBEL: Da muss ich ein bisschen ausholen: Es war das Jahr 2008, da brach der sogenannte Wiener Handystudien-Skandal los. An der Medizinischen Universität Wien wurde im Rahmen eines EU-weiten Projekts erforscht, ob Handystrahlen für den Menschen schädlich sind.

Und tatsächlich haben die Forscher damals herausgefunden, dass elektromagnetische Strahlen die DNA in den Zellen schädigen kann. Eine Zelle kann sich zwar selbst reparieren, macht sie dabei jedoch einen Fehler, so kann sie sich in eine Krebszelle verwandeln.

Dieser Befund hat natürlich dementsprechend für Aufsehen gesorgt, schließlich sind wir heutzutage mit unseren Smartphones fast verwachsen und wollen alle wissen: Kann ich durch diese Strahlung nun krank werden oder nicht? Doch dann kam der Knalleffekt: Die Studien waren angeblich gefälscht! Eine Laborantin hatte die Ergebnisse angeblich hingetrickst!

JENS WERNICKE: Welche Medien genau hatten mit welchen Argumenten das Feuer auf die Forscher eröffnet?

TINA GOEBEL: Das war damals vor allem der Spiegel. Was mich an dieser Berichterstattung etwas fassungslos gemacht hat: Es wurde wild über das Motiv der Laborantin spekuliert. Weil das war natürlich die Frage: Warum sollte sie das tun?

Frau K. wurde wild durch den Dreck gezogen. Sie wurde als verrückt bezeichnet und liebestoll, sie sei in ihren Professor verliebt gewesen und hätte aus Liebe zu ihm die Studie gefälscht, damit er dadurch berühmt würde, da ein solches Ergebnis natürlich weltweit für Aufsehen sorgen würde...

Das war natürlich alles Quatsch! Ich bin, glaube ich, die einzige Journalistin, die Frau K. jemals getroffen hat. Sie hat einen sehr bodenständigen und gar nicht verwirrten Eindruck auf mich gemacht. Und ich kenne natürlich auch ihren Arbeitgeber: Die beiden passen zusammen wie Katz und Maus.

Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass das Verhältnis der beiden jemals über ein rein professionelles hinausgegangen ist. Und auch wenn schon: Es handelt sich hier um reinen Sexismus. Wäre es hier um einen jungen Mann gegangen – wäre hier auch gleich so unter der Gürtellinie spekuliert worden?

JENS WERNICKE: Und an den vorgebrachten Beschuldigungen, die Studie sei manipuliert worden, ist nach Ihren Recherchen also nichts dran? Wie stellt die Sache sich für Sie stattdessen dar?

TINA GOEBEL: Mein Glück damals war, dass ich an dem Thema schon länger recherchiert hatte und die Protagonisten daher schon kannte. Als dann der Fälschungsskandal losbrach, habe ich mich zunächst gewundert, mit welcher Aggressivität und fast Schadenfreude jene, die "schon immer gesagt haben, dass diese Ergebnisse einfach nicht stimmen können", auftraten und sofort gefordert haben, dass die Studien unverzüglich zurückgezogen werden müssen - ohne, dass vorher etwa eine Kommission überprüft hätte, ob die Vorwürfe überhaupt berechtigt sind

Was war geschehen?



Und da habe ich dann zu graben begonnen und festgestellt, dass jenen Forschern, die hier sofort wild herumgepoltert haben, eine gewisse Nähe zu Mobilfunklobbyisten nicht abgesprochen werden konnte.

Und dann habe ich weiter recherchiert und ein sehr interessantes Buch entdeckt: David Sedaris "Doubt is their product".

Herr Sedaris ist US-Amerikaner und hat unter Bill Clinton im Gesundheitsministerium gearbeitet. Dort hat er eine interessante Beobachtung gemacht: Forschung, die in irgendeiner Weise einer Industrie schadet, wird interessanterweise immer sofort von sogenannten "Experten" kritisiert.

Er hat ein Muster aufgedeckt, dass sich auch genauso beim Wiener Handystudienskandal finden ließ: Bei industriekritischer Forschung treten sofort andere "Wissenschaftler" auf, die Zweifel sähen und die Statistik oder Methodik kritisieren. Natürlich ist das oft auch berechtigt, aber es gibt eben auch Forscher, die stehen auf der Payroll der Industrie und betreiben nichts anderes als, ja, wenn Sie so wollen: Auftrags-Rufmord.

Und, dass die Studien keineswegs gefälscht sind, das ist spätestens jetzt in einer Wiener Nachfolgestudie belegt worden. Nun wissen die Forscher auch, dass freie Radikale schuld daran sind, dass bei einer elektromagnetischen Exposition die DNA-Stränge in einer Zelle brechen!

Aber das Forum Mobilkommunikation, das ist die freiwillige Interessensvertretung der Mobilfunkbranche in Österreich, sieht das natürlich anders. Sie haben sich die Daten angesehen und an-



Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84430609671185902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org



Foto: Flickr, CCo

ders "interpretiert". Sie meinen, die Daten würden ja nur bestätigen, dass Strahlung nicht schädlich sei und es sei daher reine Panikmache, wenn man den Menschen zu einem sorgsameren Umgang rät.

Aber warten wir erst einmal ab, welche "kritischen Stimmen" sich noch gegen diese Studie erheben werden. Wir dürfen wohl getrost davon ausgehen, dass die mediale und PR-mäßige Offensive gewaltig sein wird.

JENS WERNICKE: Wie kommt es, dass derlei konzertierte Angriffe auf die Glaubwürdigkeit kritischer Forschung medial so immense Verbreitung finden? Handeln einige unserer Kollegen hier
... als Auftragsschreiber für die
Großindustrie, die bei diesem wie
ähnlichen Fällen viel zu verlieren hat?

TINA GOEBEL: Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass es so viele korrupte Journalisten gibt, die als Handlanger der Industrie arbeiten. Es ist vielmehr der ohnehin schon prekären Situation im Journalismus geschuldet: Es bleibt immer weniger Zeit für Recherche. Und gerade wissenschaftliche Studien sind oft hunderte Seiten umfangreich und schwer zu verstehen. Bei vielen braucht es auch fundierte Fachkenntnisse, um diese Arbeiten wirklich begreifen zu können.

Im Grunde läuft Journalismus heute so ab: Wir fragen einfach Experten nach ihrer Meinung. Und wenn es seriös hergeht, dann wird vielleicht noch eine konträre Stimme eingeholt. Wenn keine Zeit bleibt, dann wird einfach die Google-Recherchemaschine angeworfen und ein Exzerpt aus den Artikeln zusammengeschustert, die da so in der Suchabfrage auftauchen. Und oft ist da nicht mehr klar ersichtlich, ob es sich hier um seriösen Journalismus oder einen PR-Artikel handelt.

Außerdem müssen wir bedenken: In Zeiten wie diesen wird immer mehr Forschung von der Industrie bezahlt, die unabhängige Forschung nimmt ab. Da muss man oft genau auf den Auftraggeber einer Studie schauen!

Es ist oft einfach, eine Studie so zu designen, dass die Ergebnisse der Industrie passen. Zum Beispiel bei der Handystrahlung: Man weiß, dass manche Zellen gar nicht auf Strahlung reagieren. Da mache ich doch eine Studie, bestrahle solche Zellen Tag und Nacht und hab dann ein schönes Ergebnis und kann sagen: "Zellen reagieren nicht auf Strahlung! Da haben wir es schwarz auf weiß!"

Oder erinnern wir uns einmal kurz an den VW-Abgasskandal! Wir haben hier eindrucksvoll vor Augen geführt bekommen: Die Bedingungen, unter denen Autos getestet werden, haben nichts mit realem Fahrverhalten zu tun. Und genügt das nicht, dann wird auch noch bewusst manipuliert. Und die Autobranche ist bestimmt nicht die einzige, in der so getrickst wird. Malen Sie sich doch mal aus, was da in der Pharma- oder Lebensmittelindustrie passiert!

Außerdem bemerke ich im Wissenschaftsjournalismus oft, dass

Journalisten, die sich selbst als absolut objektiv und kritisch bezeichnen, leider manchmal selbst gewissen Trends auf den Leim gehen. Im Falle der Handystrahlen sehe ich zum Beispiel, dass viele Journalisten einfach relativ unreflektiert die Besorgnis über die gesundheitsschädliche Auswirkung von Handystrahlen mit Chemtrails oder ähnlichen Verschwörungstheorien gleichsetzen. Sie beschäftigen sich nicht damit, für sie ist das Thema einfach schon von vornherein lächerlich. Und ich glaube, dass diese Einstellung auch den Bemühungen der Industrie im Hintergrund geschuldet ist, die sich dann leise ins Fäustchen lacht.

Aber ich muss da leider auch dazu sagen: Es laufen wirklich viele Verrückte herum, die das Thema in den Bereich der esoterischen Verschwörungstheorien rücken! Bei mir haben sich etwa Menschen gemeldet, die im Keller schlafen, da bis dorthin die böse Strahlung ja nicht durchdringen kann. Ein anderes Mal war ich auf einer Ärztetagung zu dem Thema und da waren auch sehr viele sogenannte Elektrosensible im Publikum, die sogar Terror gemacht haben, dass bitte keiner der Vortragenden den Videobeamer benutzt, da für diesen eine Fernbedienung erforderlich ist und diese ja auch Funkwellen ausstrahlt. Und auch die Neonröhren würden die Menschen verstrahlen und so saßen irgendwann alle im Dunkeln. Wer so etwas erlebt hat, hat da schon Vorbehalte.

JENS WERNICKE: Sagt Ihnen in diesem Zusammenhang das sogenannte "War Game Memo" der Mobilfunkindustrie etwas?

TINA GOEBEL: Natürlich. Das "War Game Memo" ist eine PR-Strategie, von deren effektiver Wirkung ich mich schon einige Male selbst überzeugen durfte. Werden Forschungsergebnisse publiziert, die einem gewissen Markt schaden könnten, so wird zunächst mal die Methodik angezweifelt oder die Statistik.

Funktioniert das nicht, so wird den besagten Forschern ein toller Job in der Industrie angeboten und da werden viele schwach –



weil diese Positionen einfach oft um ein Vielfaches besser bezahlt sind als in der unabhängigen Forschung. Und Wissenschaftler, die sich nicht kaufen lassen, die werden dann eben auch auf persönlicher Ebene fertiggemacht, das geht oft bis zu Bedrohungen und es gibt inzwischen auch Fälle von offensichtlicher Brandstiftung.

Ich habe leider sehr gute Forscher gesehen, die eine kritische Arbeit publiziert haben und dann plötzlich "weg" waren. Sie hatten plötzlich einen neuen Job und wollten von ihrer alten Arbeit nichts mehr wissen oder meinten plötzlich, dass es da noch weitaus mehr Forschung bedürfe, um wirklich konkrete Aussagen über etwas treffen zu können.

Andere Wissenschaftler haben mir auch erzählt, dass kein normal tickender Mensch mehr über elektromagnetische Felder forschen will, da man eben gesehen habe, wie es Kollegen geht, die herausfinden, dass es gesundheitsschädliche Effekte geben könnte...

IENS WERNICKE: Aus der Friedensbewegung kennen wir die Stigmatisierung gefährlich werdender seriöser Kritiker bereits. Neu war mir, dass das nun auch hier, in diesem Bereich geschieht, und dann noch so massiv. Ihr eigenes Magazin kritisierte etwa gerade einen der soeben angelaufenen und sachlich fundierten mobilfunkkritischen Kinofilme als "typische Verschwörungstheorie" - etwas, das Kriegstreiber seit Jahren auch mit Friedensschreibern tun. Wie kommt es dazu, dass sich Journalisten mit einem Thema gar nicht mehr befassen wollen, sondern stattdessen einfach Rede- und Denktabus verhängen, indem sie alle Argumente per se abwerten, die nicht diesen oder ienen Interessen dienlich sind? Das ist doch keine legitime Art der Auseinandersetzung mehr...

TINA GOEBEL: Ich finde es grundsätzlich gut, dass es auch Debatten unter Journalisten gibt und kenne den betreffenden Kollegen gut, ich habe lange mit ihm zusammengearbeitet und schätze ihn sehr. Wir haben zu dem Thema einfach eine unterschiedliche Meinung.

Aber leider gibt es eben wie gesagt gewisse Trends. Ich erinnere mich, dass im Profil auch Artikel publiziert wurden, die den Klimawandel als Verschwörungstheorie hingestellt haben. Aber es werden solche Themen dann auch in der Redaktionssitzung kontrovers diskutiert und ich glaube, dass Profil eines der wenigen Magazine ist, das manchmal sogar zwei Leitartikel veröffentlicht hat, weil gewisse Redakteure eben zu manchen Themen eine ganz konträre Meinung haben und allen Seiten Gehör geschenkt werden sollte.

Und schließlich hat ja auch der Filmemacher Klaus Scheidsteger einen Gegenkommentar zu besagtem Artikel in der nächsten Ausgabe schreiben dürfen.

Wie gesagt: Das Thema wird leider gerne unreflektiert in die Ecke der Verschwörungstheorien gestellt. Es gibt zum Beispiel auch in Österreich das "goldene Brett". Das ist eine Veranstaltung, bei der jährlich Menschen ausgezeichnet werden, die Verschwörungstheorien verbreiten oder andere esoterische Schwachsinnigkeiten wie etwa Granda-Wasser oder ähnliches.

Diese Kollegen meinen eben, dass es nach heutigem Wissenstand keine klare gesundheitsschädliche Wirkung durch Handystrahlen gibt. Erst wenn es in zehn bis zwanzig Jahren wirklich mehr Hirntumore gibt, die sich auf elektromagnetische Strahlung zurückführen lassen, dann wollen sie es glauben.

Im Gegensatz dazu bin ich der Meinung, dass nach heutigem Wissensstand sehr wohl Hinweise – und zwar deutliche – für gesundheitsschädliche Wirkungen vorhanden sind und dass wir lieber präventiv vorgehen sollten. Das ist ja auch die Einstellung der besagten, angegriffenen Forscher. Denn wenn es nur ein klitzekleines Risiko gibt, dann betrifft das bei einer Technik, die so gut wie jeder Mensch in der westlichen Welt benutzt, in Summe wieder wahnsinnig viele.

Ich selbst laufe übrigens nicht mit Alufolie am Kopf herum und schlafe auch nicht im Keller. Ich laufe auch ständig mit zwei Handys herum, benutze eines davon als Wecker und werde unrund, wenn ich mein iPhone einmal zu Hause vergesse.

Aber sollte ich wirklich eines Tages einen Tumor bekommen, dann kann ich wenigstens sagen: "Ich hätte es besser wissen müssen." Und nicht: "Warum habe ich das nicht gewusst?"

JENS WERNICKE: Ich bedanke mich für das Gespräch.

Im Interview:

Tina Goebel

geboren 1984 in Scheibbs in Niederösterreich ist eine österreichische Journalistin. Sie studierte



Theater-. Film- und Medienwissenschaft in Wien und stieg 2006 in den Journalismus ein. Von 2007 bis 2015 arbeitete sie als freie Journalistin für das österreichische Nachrichtenmagazin profil und widmete sich vor allem wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Themen. 2010 erhielt sie den Förderpreis zum Staatspreis für Bildungsjournalismus. Seit Mai 2015 arbeitet sie in der Nachrichtenredaktion des privaten TV-Senders PULS4, der zur Pro7/Sat1 Gruppe gehört.

Autor:

Iens Wernicke

Gewerkschaftssekretär und freier Journalist, war Mitglied im SprecherInnenrat der



StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie im Vorstand des freien zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) e.V. Er arbeitete unter anderem als Referent für Bildungs- und Hochschulpolitik für die Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag und ist aktuell Mitarbeiter bei den NachDenkSeiten.

https://jensewernicke. wordpress.com/

Quellen:

Telepolis.de: Missbrauchte Wissenschaft http://www.heise.de/tp/arti-kel/45/45161/1.html

Nachdenkseiten: Wie die industrialisierte Landwirtschaft die Umwelt zerstört http://www.nachdenkseiten.de/?p=29219

Nachdenkseiten: Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten < http://www.nachdenkseiten.de/?p=34875>

Profil.at: Strahlenschmutz http://www.profil.at/home/strahlenschmutz-210769

Profil.at: Rufunterdrückung: Das Sittenbild hinter den angeblich gefälschten Handystudien http://www.profil.at/home/rufunterdrueckung-das-sittenbild-handystudien-226363

AUVA: Video: ATHEM-2 - Elektromagnetische Felder im Mobilfunkbereich https://www.auva.at/portal27/auvaportal/content?contentid=10007.771 006&viewmode=content>

Telepolis.de: Mit neuen Krankheiten wird ein neuer Markt geschaffen http://www.heise.de/tp/artikel/46/46165/1.html

Rsafe.com: Motorola, Microwaves and DNA Breaks: https://www.rfsafe.com/wp-content/uploads/2014/06/cell-phone-radiation-war-gaming-memo.pdf



Dieser Text wurde zuerst am 7. Oktober 2016 auf Nachdenkseiten.de unter der URL http://www.nachdenkseiten.de/?p=35322 veröffentlicht. Lizenz: (CC-BY-SA)

<http:// www.free21. org/?p=24923>



Wie die US-Propaganda im **Syrienkrieg** funktioniert

Außenpolitiker der USA haben damit experimentiert, Propaganda in die Sozialen Medien einzupflanzen und diese dann als Beweis zur Unterstützung ihrer Ziele zu zitieren. Ein Vorgang wie er sich gerade beim syrischen "Regimewechsel" abspielt, erklärt Rick Sterling.

von Rick Sterling

Die Manipulation der öffentlichen Wahrnehmung hat mit dem Aufstieg mächtiger sozialer Medien neue Höhen erreicht. Facebook, Twitter und Google sind Multimilliarden-Dollar-Konzerngiganten, die die öffentliche Meinung gewaltig beeinflussen. Die Kampagnen in den Sozialen Medien beinhalten das "Anfeuern" von Facebook-Posts, die bezahlte Förderung von Tweets und einseitige Resultate in Suchmaschinen.Marketing- und Werbefirmen benutzen die Soziale Medien zum Werben von Kunden. Manager der US-Außenpolitik heuern diese Firmen an, um die öffentliche Wahrnehmung zugunsten einer Unterstützung der außenpolitischen Ziele der USA zu beeinflussen.

Beispielsweise hat die Außenministerin Hillary Clinton dafür gesorgt, dass Twitter bei den Straßenprotesten im Iran nach der Wahl 2009 funktionierte.

[Anm.d.Ü.: anstehende Wartungsarbeiten wurden verschoben.]

Sie stellte sicher, dass Twitter einsatzbereit war, um Nachrichten über Proteste nach der Wahl und über den seltsamen Tod einer jungen Frau zu verbreiten. (S.423,,Hard Choices"; Hillary Clinton; geb. Ausgabe)

An dem weit verbreiteten falschen Verständnis zum Konflikt in Syrien kann man das Ergebnis ähnlicher Medienmanipulationen sehen. Wie mit der Dämonisierung der syrischen Regierung und Führung und dem geschickten Gebrauch der Sozialen Medien durch Anti-Regierungs-Aktivisten. Die meisten Menschen im Westen wissen aufgrund des Einflusses der Massenmedien und vieler alternativer Medien gar nicht, dass Bashar



Ein herzzerreißendes Propagandabild (der "White Helmets") mit dem eine Flugverbotszone – eine US-Militäroperation in Syrien gegen die syrische Armee – gerechtfertigt werden soll

al Assad bei vielen Syrern beliebt ist. Und sie haben auch nicht mitbekommen, dass Assad vor zwei Jahren eine Wahl gewonnen hat.

Im Gegensatz zu einer legitimen Hilfsorganisation wie dem Roten Kreuz oder dem Roten Halbmond arbeiten die "White Helmets" nur in Gebieten die von der bewaffneten Opposition kontrolliert werden.

Bei den syrischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2014 gab es drei Bewerber. Die Wahlbeteiligung betrug 73%, davon stimmten 88% für Assad. In Beirut waren die Straßen voll mit syrischen Flüchtlingen, die auf dem Weg zur Stimmabgabe in der syrischen Botschaft waren. Hunderte syrischer Bürger aus den USA und anderen westlichen Ländern flogen zum Wählen nach Syrien, weil die syrischen Botschaften in Washing-

ton und anderen westlichen Hauptstädten abgeriegelt wurden.

John Kerry hat die syrischen Wahlen schon vor den Wahlen als eine "Farce" verurteilt und eine Marketingfirma namens "The Syria Campaign" hat einen Feldzug gestartet, um das Wissen zur syrischen Wahl zu blockieren. Zusammen mit der Dämonisierung von Präsident Assad haben sie eine Kampagne gestartet, die auf Facebook zu einer Zensur von Informationen zur syrischen Wahl geführt hat.

Das Ausbrüten von Propaganda

"The Syria Campaign" wurde von einer größeren Firma ausgebrütet, genannt "Purpose". Nach Angaben ihrer eigenen Webseite haben sie "The Syria Campaign" "ausgebrütet". Die Webseite der Firma sagt: "Purpose schafft von Grund auf neue Bewegungen, Marken und Organisation um die komple-

xen globalen Herausforderungen anzusprechen. Wir wenden diese Erfahrung als Erschaffer von Bewegungen auf unsere Zusammenarbeit mit progressiven Firmen, nicht gewinnorientiert und menschenfreundlich und helfen ihnen dabei, Zweck und Teilnahme ins Herz ihres Schaffen zu legen."

Die größte Leistung der "Syria Campaign" war die Markteinführung und Förderung der "Weißhelme" (White Helmets). Die "Weißhelme", auch bekannt als "Syria Civil Defence", begannen mit einem britischen Militärdienstleister, James LeMesurier. Er bildete einige Syrer in der Türkei im Rettungswesen aus. Finanziert wurde das durch die USA und UK. Sie haben den Namen von einer echten Syria Civil Defence gestohlen. So wurde vor kurzem in einem-Bericht aus Aleppo dokumentiert.

Die "Weißhelme" werden im Westen als zivile Freiwillige beworben die Rettungsarbeit leisten. Am 22. September 2016 wurde verkündet, dass der "Right Livelihood Award", der sogenannte "alternative Nobelpreis" an die von den USA/UK geschaffenen Weißhelme verliehen wird, "für ihren unerschrockenen Mut, ihre Leidenschaft und humanitäres Engagement bei der Rettung von Zivilisten aus den Zerstörungen des syrischen Bürgerkriegs".

Aber die Weißhelme sind zum größten Teil ein Propagandawerkzeug zur Förderung einer westlichen Intervention in Syrien. Im Gegensatz zu einer legitimen Hilfsorganisation wie dem Roten Kreuz oder dem Roten Halbmond arbeiten die "White Helmets" nur in Gebieten die von der bewaffneten Opposition kontrol-



liert werden. Wie das Video The White Helmets - al Oaeda with a faceliftzeigt, entsorgen die White Helmets die Leichen derer, die von den Terroristen exekutiert wurden. Sie behaupten, sie seien unbewaffnet, sind es aber nicht. Und sie behaupten fälschlicherweise, sie seinen neutral.



Rauch steigt auf, als Wohnhäuser und Gebäude am 9. Juni 2012 in Homs beschossen werden (Foto der UN)

Viele der Videos aus den von al Oaeda/ den Terroristen dominierten Gebieten in Syrien benutzen das "White Helmtes"-Logo, denn die Weißhelme arbeiten mit diesen extremistischen Gruppen zusammen. Sie sind vorrangig ein Werkzeug des Medien-Marketing, um öffentliche Unterstützung zu gewinnen für eine weitere Unterstützung der bewaffneten Opposition und auch zur Dämonisierung der syrischen Regierung.

In der Presseveröffentlichung von Right Livelihood heißt es, dass sich die Weißhelme "weiter deutlich für ein Ende der Feindseligkeiten im Land aussprechen". Aber das stimmt auch nicht. Die Weißhelme fordern ausdrücklich eine US/NATO-Intervention mittels einer "Flugverbotszone". Dann würden die Angriffe und die Zerstörung der Flugabwehrstellungen und der Flugzeuge folgen.

Eine große kriegerische Handlung

Die Übernahme des Luftraums über einem anderen Land ist eine Kriegshandlung, die einer größeren US-Militäroperation bedarf. So sagen hochrangige amerikanische Generäle.

Die New York Times berichtete, dass General Martin E. Dempsey, der Vorsitzende der Stabschefs 2012 dem Weißen Haus mitteilte, dass die Durchsetzung einer Flugverbotszone in Syrien bis zu 70.000 amerikanische Kräfte erfordern würde, um das syrische Luftverteidigungssystem zu zerstören und danach eine rund um die Uhr Luftraumüberwachung in Syrien durchzusetzen.

die Weißhelme arbeiten mit diesen extremistischen Gruppen zusammen. Sie sind vorrangig ein Werkzeug des Medien-Marketing, um öffentliche Unterstützung zu gewinnen für eine weitere Unterstützung der bewaffneten Opposition und auch zur Dämonisierung der syrischen Regierung.

General Carter Ham, ehemaliger Kommandeur des US Africa Command, der 2011 die Luftangriffe in Libyen beaufsichtigte, sagte zu CBS News: "Ich ärgere mich manchmal wenn die Leute sagen, ,macht doch eine Flugverbotszone', als wäre das etwas fast keimfreies, ein leicht zu erreichendes militärisches Ziel. Es ist außerordentlich schwierig..."

"Als erstes beinhaltet es – wir sollten da nicht drum herum reden. Als erstes beinhaltet es das Töten einer Menge Menschen und



Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger iournalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84430609671185902100, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org



General Martin E. Dempsey

die Zerstörung der syrischen Luftverteidigung und jener Menschen, die diese Systeme bedienen. Und dann beinhaltet es die Zerstörung der syrischen Luftwaffe, vorzugsweise am Boden, wenn nötig in der Luft. Das sind heftige Kampfhandlungen, die den Verlust vieler Menschenleben zur Folge haben und das Risiko für unser eigenes Personal erhöhen."

Mit anderen Worten: Der Aufruf zu einer "Flugverbotszone" ist kein Ruf nach friedlichen Lösungen. Er sehnt sich nach einem blutigen Kriegsakt der USA gegen Syrien, eine Nation die keine Gefahr für Amerika darstellt. Das würde ziemlich bestimmt auch gegen internationales Recht verstoßen, da eine Resolution des UN Sicherheitsrats ein Veto Russlands und wahrscheinlich Chinas zur Folge hätte.

Und die Weißhelme haben nie kritisiert oder dazu aufgerufen, die Finanzierung extremistischer Organisationen einschl. Nusra/al Qaeda einzustellen. Im Gegenteil, die Weißhelme sind in aller Regel in diese Organisationen eingebettet, sogar die USA definieren diese als "Terroristen". Das ist wahrscheinlich der Grund, warum dem Oberhaupt der White Helmets, Raed Saleh, die Einreise in die USA verweigert wurde.

Die ausländische und mit Marketingfirmen durchgeführte Gründung der Weißhelme wurde vor über eineinhalb Jahren aufgedeckt. Seither enthüllte Vanessa Beeley die Organisation in aller Tiefe in Artikeln wie "Wer sind die Weißhelme?" und "Krieg durch Täuschung".

Trotz dieser Enthüllungen ist das Verständnis über die Weißhelme begrenzt. Viele liberale und

progressive Menschen haben die Propaganda und die Falschinformationen über Syrien kritiklos akzeptiert. Viele der progressiven Medien haben kritische Untersuchungen wirksam blockiert oder zensiert, inmitten einer Flut aus Propaganda über "Fassbomben" die der "brutale Diktator" und sein "Regime" abwerfen.

Letzte Woche erschien auf Netflix eine 40-minütige Dokumentation über die "White Helmets". Im Grunde handelt es sich um einen Werbefilm. Ein großer Teil davon spielt in der Türkei, man sieht Auszubildende in ihren Hotelzimmern, wo sie leidenschaftliche Telefongespräche nach Syrien führen um das Schicksal ihrer Familien in Syrien herauszufinden.

Das Motiv "Familienwerte" zieht sich durch den ganzen Film. Es ist ein geschickter Marketingansatz.

Die politische Botschaft des Films ist ebenso deutlich: nach einem Bombenangriff "sind es die Russen ... sie sagen sie bekämpfen ISIS, aber sie beschießen die Zivilbevölkerung."

Der Film enthält auch bereits veröffentlichte Videos der Weißhelme wie die Rettung des "Miracle Baby". Man kann darüber streiten, ob der Vorfall echt oder inszeniert ist. Das Video enthält selbstlobende Äußerungen wie "Ihr seid die wahren Helden". Ohne Zweifel gibt es mitten in einem Krieg echte Rettungsaktionen, aber viele der Videos, die vorgeben, die Helden bei der Arbeit zu zeigen, machen einen irrealen und gekünstelten Eindruck, so wie hier aufgedeckt.

Wie die Progressiven getäuscht werden

Die "Alternativen Medien" im Westen haben zum Svrienkonflikt die Massenmedien wiedergekaut. Die Folge ist, dass viele progressive Personen und Gruppen verwirrt sind oder schlimmer. Zum Beispiel hat die Aktivistengruppe CodePink eine Pressemitteilung herausgegeben, die für dasWhite Helmets Propagandavideo auf Net-



Dieses Video der Weißhelme wurde voln Grain Media und Violet Films/Ultra-Violet Consulting produziert. Letztere bezeichnet sich selbst als eine Marketing-Firma, die auf soziales Medienmanagement, die Bewerbung von Zuschüssen, Netzwerkknüpfung und die Initiierung von Kampagnen spezialisiert ist. Bleibt nur noch die Frage: Wer hat sie bezahlt um dieses Video zu produzieren?

About 2 results (0.36 seconds)

What is CODEPINK | CODEPINK



owing A Local Peace Economy Daily #186 | CODEPINK www.codepink.org/growing_a_local_peace_economy_daily_186

Daily Practice: The White Helmets are 1,200 rescue workers in Syria. Instead

Die Aktivistengruppe CodePink hat eine Pressemitteilung herausgegeben, die für das White Helmets Propagandavideo auf Netflix wirbt. Mittlerweile ist die Mitteilung (unten im Schirmbild) aus der Seite gelöscht worden.

Es gibt wachsenden Widerstand gegen diese Manipulation und Täuschung. Als Antwort auf eine Petition, den White Helmets den Friedensnobelpreis zu verleihen, gibt es eine Gegenpetition bei Change.org. Die Right Livellihood Awards wurden ja gerade vergeben und es wird in Kürze eine Petition gestartet die die Rücknahme des Preises an die White Helmets fordern wird.



"Dramatische Rettung!" Mann mit Kind rennt in Richtung Kamera!

Die Geschichte der White Helmets ist in Grunde ein "Wohlfühl"-Schwindel. Damit soll die öffentliche Wahrnehmung zum Syrienkonfllikt und der Drang nach einem "Regimewechsel" manipuliert werden. Dafür wurden riesige Summen an "Purpose" gezahlt, um die Marke The Syria Campaign "auszubrüten" und um auf Facebook, Twitter usw. für die Weißhelme zu werben. Und des-



Illustration: 21st Century Wire

halb hat man noch mehr Geld ausgegeben, um einen selbstherrlichen Dokumentarfilm zu drehen.

Die Juroren von Right Livelihood wurden womöglich durch diese Dokumentation beeinflusst, denn eine kritische Untersuchung der Fakten zu Syrien ist sehr rar. Das wirft ein düsteres Licht auf die Medien. Wie der alte Kriegskorrespondent Stephen Kinzer kürzlich schrieb:

"Die Berichterstattung zum Syrienkrieg wird als eine der schändlichsten Perioden in der amerikanischen Pressegeschichte in Erinnerung bleiben."

Autor:

Rick Sterling

ist investigativer Journalist, Autor bei The Duran und Mitglied des Syria Solidarity Movement.



<http:// www.free21. org/?p=25297>



Quellen:

YouTube: The White Helmets - al Qaeda with a facelift https://www.youtube.com/watch?v=8aAaReVn214>

Moon of Alabama: "Dramatic Rescue! Man With Kid Runs Towards Camera!" - 44 Staged Pictures http://www.moonofalabama.org/2016/06/gallery-dramatic-rescue-man-with-kid-runs-towards-camera-43-staged-pictures.html

21st Century Wire: The REAL Syria Civil Defence Exposes Fake 'White Helmets' as Terrorist-Linked Imposters http://21stcenturywire.com/2016/09/23/ exclusive-the-real-syria-civil-defence-expose-natoswhite-helmets-as-terrorist-linked-imposters/>

Dissident voice: Seven Steps of Highly Effective Manipulators http://dissidentvoice.org/2015/04/seven-steps-of-highly-effective-manipulators/

The Guardian: Facebook pressured to refuse access to Assad campaign in Syria election https://www.theguardian.com/world/2014/jun/02/facebook-bashar-al-assad-campaign-syria-election

The Big Story: Syrian White Helmets share ,Alternative Nobel' with 3 others http://bigstory.ap.org/article/fe411717413646239d95c44ca379b30b/syrian-white-helmets-share-alternative-nobel-3-others

The Right Livelihood: Syria's White Helmets Named 2016 Right Livelihood Award Laureate http://rightlivelihoodaward2016.org/wp-content/uploads/2016/09/PR1_en_final-.pdf

New York times: Obama's Uncertain Path Amid Syria Bloodshed http://www.nytimes.com/2013/10/23/ world/middleeast/obamas-uncertain-path-amid-syriabloodshed.html? r=1>

CBSNews Transcript: Face the Nation Transcripts September 28, 2014: Blinken, Kaine, Flournoy http://

www.cbsnews.com/news/face-the-nation-transcriptsseptember-28-2014-blinken-kaine-flournoy/>

New York Times: Leader of Syria Rescue Group, Arriving in U.S. for Award, Is Refused Entry http://www.nytimes.com/2016/04/21/world/middleeast/leader-of-syria-rescue-group-arriving-in-us-for-award-is-refused-entry.html?_r=1

21st Century Wire: Who are Syria's White Helmets (terrorist linked?) http://21stcenturywire.com/2016/06/21/who-are-the-syria-white-helmets/

21st Centyry Wire: Syria's White Helmets: War by Way of Deception - Part I http://21stcenturywire.com/2015/10/23/syrias-white-helmets-war-by-way-of-deception-part-1/

Boston Globe: The media are misleading the public on Syria https://www.bostonglobe.com/opinion/2016/02/18/the-media-are-misleading-public-syria/8YB75otYirPzUCnlwaVtcK/story.html

Vor 15 Jahren in den Vereinigten Staaten, am 11. September 2001, wurde "der Plan der Kontinuität der Regierung" um 10:00 morgens durch den nationalen Koordinator für Sicherheit, Infrastrukturschutz und Terrorismusbekämpfung, Richard Clarke, aktiviert. [1]. Ihm zufolge ging es darum, auf die Ausnahmesituation zu reagieren, die durch die beiden Flugzeuge, die in dem World Trade Center in New York eingeschlagen hatten und durch das dritte, das in dem Pentagon eingeschlagen hätte, entstanden war. Dieser Plan sollte aber nur im Falle der Zerstörung der demokratischen Institutionen, zum Beispiel im Fall eines nuklearen Angriffs, verwendet werden. Niemals war vorgesehen, ihn zu aktivieren, solange der Präsident, der Vizepräsident und die Präsidenten der beiden Kammern lebendig und in der Lage waren, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Aktivierung dieses Plans hat die Verantwortlichkeiten des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf eine alternative Militärbehörde am Mount Weather übertragen. [2]. Diese Behörde hat ihre Funktion erst am Ende des Tages an Präsident George W. Bush Jr. zurückerstellt. Bis zum heutigen Tag sind die Zusammensetzung dieser Behörde und die Entscheidungen, die sie treffen konnte, geheim geblieben. Da der Präsident am 11. September 2001 ungefähr zehn lange Stunden von seinem Amt unter Verstoß gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten enthoben wurde, ist es technisch korrekt, von einem "Staatsstreich" zu sprechen. Natürlich ist dieser Ausdruck schockierend, weil es sich um die Vereinigten Staaten handelt, weil er während außergewöhnlichen Umständen stattfindet, weil die Militärbehörde sich nie zu ihm bekannt hat, und weil sie die Macht problemlos dem verfassungsmäßigen Präsidenten restituiert hat. Es ist jedoch streng genommen ein "Staatsstreich".

In einem berühmten im Jahr 1968 veröffentlichten und neu aufgelegtem Buch, das das Lieblingsbuch der Neokonservativen im Wahlkampf 2000 war, erklärte

15 Jahre Verbrechen

Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten gedachten dem 15. Jahrestag des 11. September. Das ist für Thierry Meyssan eine Gelegenheit, eine Bilanz der Politik von Washington seit diesem Datum zu ziehen; eine besonders düstere Bilanz. Entweder oder: Entweder die Version der Attentate vom Weißen Haus ist authentisch, dann ist ihre Reaktion auf die Attentate besonders kontraproduktiv; oder sie ist falsch, und in diesem Fall haben sie es geschafft, den Nahen und Mittleren Osten zu plündern. von Thierry Meyssan



Was wäre aus dem Einfluss der Vereinigten Staaten in der Welt geworden, ohne ihre Hilfstruppen, die Dschihadisten?

der Historiker Edward Luttwak, dass ein Staatsstreich umso erfolgreicher ist, wenn niemand bemerkt, dass er stattfand, und somit sich auch niemand gegen ihn auflehnt [3].

Sechs Monate nach diesen Ereignissen habe ich ein Buch über die politischen Konsequenzen dieses Tages veröffentlicht [4]. Die Medien haben nur die ersten vier Kapitel davon diskutiert, in denen ich auf die Unmöglichkeit der offiziellen Version der Geschehnisse hinwies. Man warf mir vor, nicht meine eigene Version von diesem Tag vorgeschlagen zu haben, aber ich habe keine dazu und habe heute noch mehr Fragen als Antworten.

Wie auch immer, die letzten 15 Jahre machen verständlich, was an diesem Tag passiert ist.

Seit dem 11. September ist der Bundesstaat verfassungswidrig

Zu allererst, obwohl einige Bestimmungen im Jahr 2015 vorübergehend ausgesetzt wurden, leben die Vereinigten Staaten immer noch unter dem Regime des USA Patriot Act. In aller Eile, 45 Tage nach dem Putsch verabschiedet, ist dieser Text eine Antwort auf den Terrorismus. Angesichts seines Volumens wäre es sinnvoller, eher von einem Anti-Terror-Code, als von einem einfachen Gesetz zu sprechen. Dieser Text war in den vorangegangenen zwei Jahren von der Federalist Society vorbereitet worden. Nur vier Abgeordnete haben gegen ihn gestimmt.

Dieser Text hebt die durch die "Bill Of Rights" garantierten verfassungsrechtlichen Grenzen auf - das heißt, die ersten 10 Paragraphen der Verfassung,- für alle Initiativen des Staates zur Bekämpfung des Terrorismus. Es ist das Prinzip des permanenten Ausnahmezustandes. Der Bundesstaat kann daher außerhalb seines Territoriums Folter praktizieren und seine Bevölkerung massiv bespitzeln. Nach fünfzehn Jahren dieser Praktiken ist es für die Vereinigten Staaten technisch nicht mehr möglich, sich als "Rechtsstaat" darzustellen.

Um den Patriot Act anzuwenden hat der Bundesstaat zuerst

eine neue Abteilung erstellt, den Heimatschutz (Homeland Security). Der Titel dieser Verwaltung ist so schockierend, dass man ihn in der ganzen Welt als "Innere Sicherheit" übersetzt, was falsch ist. Dann hat der Bundesstaat eine Reihe von politischen Polizeikräften geschaffen, die laut einer weitreichenden Studie der Washington Post im Jahr 2010 mindestens 850 000 neue Staatsbeamte beschäftigen, um 315 Millionen Einwohner zu bespitzeln [5].

Die große institutionelle Neuerung dieser Zeit ist die neue Deutung der Gewaltenteilung. Bis dahin galt laut Montesquieu, dass sie ein Gleichgewicht zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative erlaubt, die für das Funktionieren und die Bewahrung der Demokratie unverzichtbar ist. Die Vereinigten Staaten konnten sich rühmen, der einzige Staat der Welt zu sein, der sie strikt umsetzte. Jetzt aber, im Gegenteil, bedeutet die Gewaltenteilung, dass die Legislative und die Judikative nicht mehr die Fähigkeit haben, die Exekutive zu kontrollieren. Es ist auch dank dieser neuen Interpretation, dass der Kongress nicht die Bedingungen des Staatsstreichs vom 11. September diskutieren durfte.

Im Gegensatz zu dem was ich im Jahr 2002 schrieb, haben die westeuropäischen Staaten dieser Entwicklung widerstanden. Es ist nur erst eineinhalb Jahre her, dass Frankreich nachgab und anlässlich der Ermordung der Redaktion von Charlie Hebdo das Prinzip des permanenten Ausnahmezustandes adoptierte. Diese innere Umwandlung geht Hand in Hand mit einem radikalen Wandel der Außenpolitik.



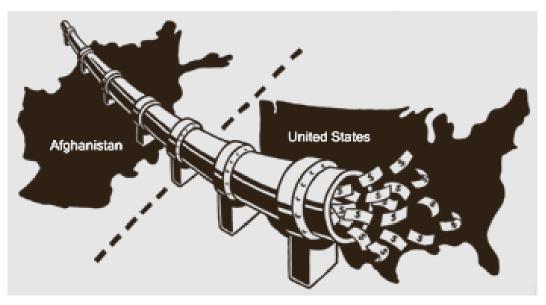
Seit dem 11. September hat der verfassungswidrige Bundesstaat den Erweiterten Mittleren Osten geplündert

In den Tagen danach erklärte George W. Bush – wieder Präsident der Vereinigten Staaten seit dem Abend des 11. September, – vor der Presse: "dieser Kreuzzug, dieser Krieg gegen den Terrorismus, wird lange dauern." [6]. Auch wenn er sich für diese Formulierung entschuldigen sollte, zeigte die Wortwahl des Präsidenten deutlich, dass der Feind sich zum Islam bekennt und dass dieser Krieg lange sein würde.

In der Tat sind die Vereinigten Staaten, zum ersten Mal in ihrer Geschichte, seit 15 Jahren in ständigem Krieg. Sie haben ihre Strategie als gegen den Terrorismus definiert [7], die die Europäische Union ohne zu zögern kopierte [8].

Wenn die aufeinanderfolgenden amerikanischen Verwaltungen auch diesen Krieg von Afghanistan zum Irak, von Irak nach Afrika, nach Pakistan und in die Philippinen, dann nach Libyen und Syrien als eine Verfolgungsjagd dargestellt haben, hat der ehemalige Oberbefehlshaber der NATO, General Wesley Clark, im Gegenteil, die Existenz eines langfristigen Plans bestätigt. Am 11. September beschlossen die Autoren des Staatsstreichs, alle befreundeten Regierungen des "Erweiterten mittleren Orients" zu ändern und den sieben Regierungen, die ihnen in dieser Region widerstanden, den Krieg zu erklären. Dieser Auftrag wurde von Präsident Bush, vier Tage später, bei einem Treffen in Camp David erlassen. Man ist gezwungen zu beachten, dass dieses Programm durchgeführt wurde aber noch nicht zu Ende ist.

Diese Regime-Änderungen von US-freundlichen Ländern durch farbige Revolutionen und die Kriege gegen Regime, die ihnen widerstanden, sollten nicht Länder im klassischen imperialen Sinne erobern, – Washington kontrol-



Laut Präsident Bush wären die Anschläge vom 11. September von al-Kaida verübt worden, was den Angriff auf Afghanistan besser rechtfertigt als den Abbruch von Öl-Verhandlungen mit den Taliban im Juli 2001 (Illustration: www.impactpress.com)

lierte seine Verbündeten bereits -, sondern sie ausplündern. In dieser Region der Welt, besonders in der Levante, stieß die Ausbeutung dieser Länder nicht nur auf den Widerstand der Bevölkerung, sondern auch überall auf die Anwesenheit von Ruinen antiker Zivilisationen. Es wäre daher nicht möglich, zu plündern ohne "Eier aufzuschlagen".

Laut Präsident Bush wären die Anschläge vom 11. September von al-Kaida verübt worden, was den Angriff auf Afghanistan besser rechtfertigt als den Abbruch von Öl-Verhandlungen mit den Taliban im Juli 2001. Die Theorie von Bush wurde von seinem Staatssekretär, General Colin Powell, entwickelt, der versprach, einen Bericht zu diesem Thema in dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einzureichen. Nicht nur die Vereinigten Staaten haben die Zeit nicht gefunden, diesen Bericht in den vergangenen 15 Jahren zu schreiben, sondern der russische Außenminister Sergej Lawrow sagte am 4. Juni 2016, dass sein amerikanischer Amtskollege ihn gebeten habe, seine Verbündeten der al-Kaida in Syrien nicht zu bombardieren; eine erstaunliche Aussage, die nie dementiert wurde.

Zunächst hat der verfassungswidrige Bundesstaat seinen Plan mit schamlosen Lügen gegenüber dem Rest der Welt weitergeführt. Nachdem er einen Bericht über die Rolle von Afghanistan am 11. September versprochen hatte, log der gleiche Powell Satz für Satz, in einer langen Rede im Sicherheitsrat, durch die die irakische Regierung mit den Attentaten in Verbindung gebracht werden sollte und beschuldigte den Irak, sie mit Massenvernichtungswaffen fortsetzen zu wollen [9].

Der Bundesstaat tötete in wenigen Tagen die Mehrheit der irakischen Armee, plünderte die sieben wichtigsten Museen und legte die Nationalbibliothek in Asche [10]. Er setzte eine provisorische Behörde der Koalition an die Spitze des Landes, die kein Organ der Staaten-Koalition gegen Präsident Hussein war, sondern ein privates Unternehmen, das mehrheitlich im Besitz von Kissinger Associates war, nach dem Vorbild der finsteren East India Company [11]. Ein Jahr lang plünderte diese Firma alles, was sie plündern konnte. Schließlich übergab sie die Macht einer irakischen Marionetten-Regierung, nicht ohne sie zur Unterzeichnung gezwungen zu haben, dass sie niemals um Reparationen bitten würde und nicht die von der provisorischen Behörde für ein Jahrhundert verfassten unfairen Handels-Gesetze in Abrede stellen würde.

In 15 Jahren haben die Vereinigten Staaten mehr als 10.000

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!



Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84 4306 0967 1185 9021 00, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



ihrer Mitbürger geopfert, während ihr Krieg mehr als 2 Millionen Tote in dem "Erweiterten Mittleren Osten " forderte. [12]. Um jene zu vernichten, die sie als ihre Feinde bezeichnen, haben sie mehr als 3500 Milliarden Dollar ausgegeben. [13]. Und sie verkünden, dass die Massaker und Misswirtschaft weitergehen werden.

Seltsamerweise haben diese Tausende von Milliarden von Dollar die Vereinigten Staaten nicht wirtschaftlich geschwächt. Es war eine Investition, die ihnen erlaubte, eine ganze Region der Welt zu plündern; und immer noch größere Summen zu stehlen.

Im Gegensatz zu der Rhetorik des 11. September ist jene des Krieges gegen den Terrorismus logisch. Aber sie basiert auf vielen Lügen, die als Tatsachen ausgegeben wurden. Zum Beispiel erklärt man die Verwandtschaft zwischen Daesh und al-Kaida durch die Persönlichkeit von Abu Musab al-Zarqawi, welchem General Powell einen Großteil seiner Rede im Sicherheitsrat im Februar 2003 gewidmet hatte. Dennoch hat der gleiche Powell zugegeben, während dieser Rede schamlos gelogen zu haben, und es ist unmöglich, nur das kleinste Detail der Biographie von Zarqawi laut der CIA zu überprüfen.

Wenn wir annehmen, dass al-Kaida die Fortsetzung der arabischen Legion von Ben Laden ist, die als Hilfstruppe während der Jugoslawien-Kriege in der NATO [14] und in Libyen integriert war, müssen wir ebenfalls zugeben, dass al-Kaida im Irak dann der islamische Staat im Irak geworden ist, und dann ist auch Daesh seine Fortsetzung.

Die Plünderungen und Zerstörung des historischen Erbes sind nach internationalem Recht illegal; der verfassungswidrige Bundesstaat hat zunächst seine schmutzige Arbeit Privatarmeen wie Blackwater übergeben [15]. Aber seine Verantwortung ist noch zu sichtbar [16]. Er hat sie auch an seinen neuen Arm weitervergeben, den Dschihadisten. Jetzt ist die Plünderung des Öls - im Westen verwendet - diesen Extremisten zuzuschreiben und die Zerstörung des Kulturerbes ihrem religiösen Fanatismus.

Um die Zusammenarbeit der NATO und der Dschihadisten zu verstehen, müssen wir uns fragen, was der Einfluss der Vereinigten Staaten heute wäre, gäbe es nicht die Dschihadisten. Die Welt würde multipolar sein und Washington hätte die meisten seiner Militärstützpunkte in der Welt geschlossen. Die Vereinigten Staaten wären wieder eine Macht unter anderen.

Diese Zusammenarbeit der NATO und der Dschihadisten

schockiert viele verantwortlichen Amerikaner wie General Carter Ham, Kommandant des AfriCom, der im Jahr 2011 abgelehnt hat mit al-Kaida zu kollaborieren und der dann auf das Kommando des Libyen-Angriffs verzichten musste; oder General Michael T. Flynn, Kommandant der Defense Security Agency, der sich weigerte, die Schaffung von Daesh zu unterstützen, und der im Jahr 2014 zum Rücktritt gezwungen wurde [17]. Sie wurde das eigentliche Thema des Präsidentschaftswahlkampfes: auf der einen Seite Hillary Clinton, ein Mitglied der The Family, der Sekte der Generalstabsoffiziere [18], auf der anderen, Donald Trump, der von Michael T. Flynn und 88 Offizieren beraten wird [19].

Genauso wie während des Kalten Krieges steuerte Washington seine europäischen Verbündeten mittels der "Geheimen Armeen der NATO", des Gladio [20], in ähnlicher Weise steuert es heute den "Erweiterten mittleren Osten", den Kaukasus, das Tal von Fergana, bis zum Xinjiang mit dem "Gladio-B". [21].

15 Jahre später, die Folgen des Staatsstreichs von 11. September kommen absolut nicht von den Muslimen, noch von dem amerikanischen Volk, sondern von denjenigen, die ihn verbrochen haben und von ihren Verbündeten. Sie sind es, die die Folter verharmlost haben, die außergerichtliche Hinrichtungen überall auf der Welt verbreitet haben, die Vereinten Nationen geschwächt, mehr als 2 Millionen Menschen getötet, die Afghanistan, den Irak, Libyen und Syrien geplündert und zerstört haben.

Autor:

Thierry Meyssan

Französischer Intellektueller, Präsident und Gründer des Réseau Voltaire und der Konferenz



Axis for Peace. Er veröffentlicht Analysen über ausländische Politik in der arabischen, lateinamerikanischen und russischen Presse.

www.voltairenet.org



Dieser Text wurde zuerst am 12. September 2016 auf Voltairenet unter der URL http://www.voltairenet.org/article193207.html veröffentlicht (Lizenz CC BY-NC-ND).

<http:// www.free21. org/?p=24847>



Quellen:

[1] Against All Enemies, Inside America's War on Terror, Richard Clarke, Free Press, 2004. Siehe Kapitel 1,« Evacuate the White House ». Deutsch Version : Against All Enemies: Der Insiderbericht über Amerikas Krieg gegen den Terror, Hoffmann und Campe, 2004.

[2] A Pretext for War, James Bamford, Anchor Books, 2004. Siehe Kapitel 4,« Site R ».

[3] Coup d'État: A Practical Handbook, Edward Luttwak, Allen Lane, 1968. Deutsch Version: Der Coup d'Etat oder Wie man einen Staatsstreich inszeniert, Rowohlt, 1969. Luttwak war mit Peter Wilson, Richard Perle und Paul Wolfowitz die "vier Musketiere" von Dean Acheson.

[4] L'Effroyable imposture, Thierry Meyssan, Carnot, 2002. Deutsch Version: Der Inszenierte Terrorismus, De Facto. 2002.

[5] Top Secret America: The Rise of the New American Security State, Dana Priest & William M. Arkin, Little, Brown and Company, 2011.

[6] «A Fight vs. Evil, Bush and Cabinet Tell U.S.»,

Kenneth R. Bazinet, Daily News, September 17th, 2001.

[7] National Strategy for Combating Terrorism, The White House, February 2003.[8] Europaïsche Sicherheitstrategie, Javier Solana, Rat

der Europaïschen Union, 2003.
[9] "Colin Powell Speech at the UN Security Council".

Colin L. Powell, Voltaire Network, 11 February 2003.

[10] « Discours du directeur général de l'Unesco»,

Koïchiro Matsuura, 6 juin 2003, Réseau Voltaire, 6 juin 2003.

[11] The Coalition Provisional Authority (CPA): Origin, Characteristics, and Institutional Authorities, Congressional Research Service, L. Elaine Halchin, April 29, 2004.

[12] Body Count, Casualty Figures after 10 Years of the "War on Terror", Physicians for Social Responsibility (PSR), March 2015.

[13] The Three Trillion Dollar War, Joseph Stiglitz & Linda Bilmes, W. W. Norton, 2008. Deutsch Version: Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts, Pantheon, München 2008

[14] Wie der Dschihad nach Europa Kam, Jürgen Elsässer, NP Verlag, 2005.

[15] Blackwater: The Rise of the World's Most Powerful Mercenary Army, Jeremy Scahill, Avalon Publishing Group/Nation Books, 2007.

[16] The Powers of War and Peace: The Constitution and Foreign Affairs after 9 11, War by Other Means: An Insider's Account of the War on Terror, John Yoo, University Of Chicago Press, Atlantic Monthly Press,

[17] DIA Declassified Report on ISIS, August 12, 2012.

[18] The Family: The Secret Fundamentalism at the Heart of American Power, Jeff Sharlet, Harper, 2008.

[19] "Open Letter From Military Leaders Supporting Donald Trump", Voltaire Network, 9 September 2016.

[20] Nato's Secret Armies: Operation Gladio and Terrorism in Western Europe, Daniele Ganser, Frank Cass, 2004. Deutsch Version: Nato-Geheimarmeen in Europa: Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung, Orell Fuessli. 2009.

[21] Classified Woman, The Sibel Edmonds Story: A Memoir, Sibel D. Edmonds, SE 2012.

Obamas Drohnenmord-Maschinerie

Am 5.August veröffentlichte die Regierung Obama ein bisher geheimes Grundsatzpapier, das Anweisungen für die Vorbereitung, Genehmigung und Durchführung von Drohnenmorden enthält. Diese Morde sind zum Markenzeichen von Obamas achtjähriger Amtszeit im Weißen Haus geworden.

von Patrick Martin

as Dokument, ein "President Policy Guidance" (PPG, Richtlinie des Präsidenten), wurde nur aufgrund einer langwieriger juristischer Auseinandersetzung mit der Amerikanischen Bürgerrechtsvereinigung veröffentlicht; es weist zahlreiche redaktionelle Änderungen auf. Der Bundesrichter Colleen McMahon hatte das Justizministerium angewiesen, das Dokument spätestens am Freitag, den 5. August zu veröffentlichen. Die Amerikanische Bürgerrechtsvereinigung stellte das PPG am nächsten Morgen auf ihre Webseite.

Das achtzehnseitige Dokument macht deutlich, dass staatliche Morde seit Obamas Amtsantritt im Weißen Haus zur alltäglichen Routine geworden sind. Demzufolge könnte buchstäblich jeder Mensch auf diesem Planeten durch eine Hellfire-Rakete, abgefeuert von einer US-Reaper-Drohne, getötet werden.

Der frühere Vizeverteidigungsminister Derek Chollet beschrieb letzten Monat in einem Interview mit der Washington Post die Atmosphäre, die in der Regierung Obama vorherrscht. Chollet, Obamas stellvertretender Verteidigungsminister von 2012 bis 2015, war für internationale Sicherheitsfragen zuständig. Er sagte der Zeitung: "Der Einsatz militärischer Gewalt - die Ermordung von Menschen im Ausland durch die Vereinigten Staaten - wird mittlerweile so oft praktiziert, dass er in der Diskussion praktisch untergeht. Es ist fast zu einfach geworden. Niemand achtet mehr darauf. Es gehört einfach dazu."

Bei der Ermordung von US-Bürgern und Ausländern mit Aufenthaltsgenehmigung ("US-Personen" in der Sprache der PPG) ist eine ausdrückliche Genehmigung des Präsidenten erforderlich.



(Fotomontage: atlasmonitor.wordpress.com)

Ganz anders sieht es bei Bürgern anderer Staaten aus: Hier ist nur eine Mitteilung an den Präsidenten vonnöten und keine vorherige Genehmigung. Ansonsten gibt es für die Morde keinerlei geographische Einschränkungen. Nichts hindert die CIA daran, die Ermordung einer Person innerhalb der Grenzen der USA durch eine Drohne vorzuschlagen, und nichts hindert den Präsidenten daran, dem zuzustimmen.

Bei der Ermordung von US-Bürgern und Ausländern mit Aufenthaltsgenehmigung ("US-Personen" in der Sprache der PPG) ist eine ausdrückliche Genehmigung des Präsidenten erforderlich. Ganz anders sieht es bei Bürgern anderer Staaten aus: Hier ist nur eine Mitteilung an den Präsidenten vonnöten und keine vorherige Genehmigung. Ansonsten gibt es für die Morde keinerlei geographische Einschränkungen.

Und selbst die Einschränkungen, die das Dokument angeblich vorschreibt, können nach Ermessen des Präsidenten außer Kraft gesetzt werden. So heißt es im Dokument in einem wichtigen

"Nichts in diesem PPG soll eine Auslegung rechtfertigen, welche den Präsidenten an der Ausübung seiner verfassungsmäßigen Macht als Oberbefehlshaber und oberster Dienstherr hindern würde. Er hat die Autorität, einen rechtmäßigen Vorschlag der Behörden in Erwägung zu ziehen und direkte Maßnahmen anzuordnen, auch wenn sie außerhalb der vorliegenden Richtlinien liegen. Dazu gehört auch der Antrag zur Genehmigung von tödlicher Gewalt gegen eine einzelne Person, wenn sie eine fortgesetzte, unmittelbar bevorstehende Bedrohung für Personen eines anderen Landes darstellt."

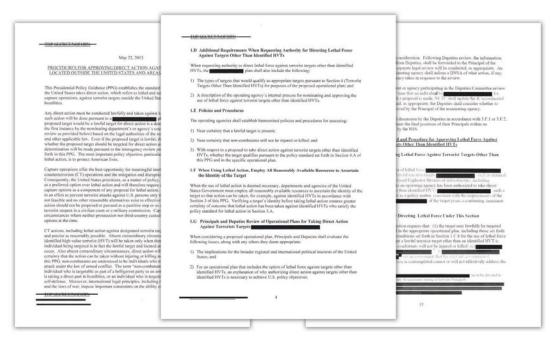
Mit anderen Worten, in diesem Dokument ist festgelegt, was der Präsident von seinen Untergebenen erwartet, die seine Zustimmung erlangen wollen, und gleichzeitig hat der "Oberbefehlshaber" das Recht, zu tun, was er will.

Das Dokument ist voller bürokratischer Phrasen, die die beteiligten Beamten einlullen sollen. Sie sollen glauben, dass ihr Handeln in Übereinstimmung mit dem Gesetz stehe. Die Rechtsanwälte der "vorschlagenden Behörden", d.h. der Dienststellen, in denen die Todeslisten erstellt werden, überprüfen angeblich jeden Todeskandidaten und stellen sicher, dass die Auswahl "rechtmäßig" sei. Darüber hinaus werden Mordanschläge angeblich nur genehmigt, wenn "fast mit Sicherheit" auszuschließen sei, dass es zivile Opfer gebe.

Die einzige "Sicherheit" besteht jedoch darin, dass die Entscheidungsträger in diesem Leitfaden einen schriftlichen Beleg haben, der sie gegen eine zukünftige Strafverfolgung vor einem Kriegsverbrechertribunal absichern soll. Die Betreffenden werden argumentieren, dass man ihnen versichert habe, es werde keine zivilen Opfer geben. Umgekehrt wissen so die Beamten der unteren Ebenen, welche Zusicherungen sie machen müssen, damit ihre "Nominierungen" für die Todeslisten genehmigt werden.

In einer Fußnote auf der zweiten Seite heißt es: "Dieses PPG befasst sich nicht damit, dass gesetzmäßige und ordnungsgemäß autorisierte Tätigkeiten auch tödliche Auswirkungen haben können, die aber nicht Hauptzweck der Operation sind." Mit anderen Worten sind unbeabsichtigte Todesopfer, wie sie im Vietnamkrieg "Kollateralschäden" genannt wurden, einfach kein Thema. Das ist nichts anderes als ein Blankoscheck für den Massenmord an Zivilisten, solange man erklärt, dass deren Tod, "in keinem Zusammenhang" mit der Hauptaktion stehe.

Das PPG beschreibt einen komplexen Genehmigungsprozess. Er beginnt mit der "Nominierungsbehörde", was üblicherweise die CIA oder das Pentagon ist, deren Empfehlungen vom CIA-Direktor oder dem Verteidigungsminister gebilligt werden. Sie werden dann von den Mitarbeitern des Nationalen Sicherheitsrats geprüft, die unter der Leitung des Präsidenten stehen, worauf ein "parlamentarischer Ausschuss" und der "Direktorenausschuss" sie absegnet. Der "parlamentarische Ausschuss" besteht aus zweitrangigen Beamte



Presidential policy guidance

des Pentagons, der CIA, des Außenministeriums und anderer Sicherheitsbehörden, während der "Direktorenausschuss" aus hochrangigen Beamten derselben Behörden besteht. Im Falle von Streitigkeiten zwischen den Behörden, oder wenn das Angriffsziel eine "US-Person" ist, liegt die letzte Entscheidung beim Präsidenten.

In diesem ganzen Ablauf spielt der Nationale Sicherheitsrat (NSC) die entscheidende Rolle. Diese Behörde hat unter den Regierungen Bush und Obama das Vierfache ihres ursprünglichen Umfangs angenommen. Parallel dazu wurde die Leitung der laufenden Sicherheitspolitik im Weißen Haus konzentriert. Das sorgt für einen direkten Draht des Präsidenten und seiner engsten Mitarbeiter zum Militär-Geheimdienstapparat. Der NSC schirmt damit das Drohnen-Mord-Programm von externer Überprüfung ab.

Da der Nationale Sicherheitsrat als dem Weißen Haus zugehörig gilt, ist er von jeglicher Überprüfung durch den Kongress, wie auch von den Bestimmungen des Informationsfreiheits-Gesetzes, befreit. Das entspricht der Auslegung der "Exekutivprivilegien" durch Bush und Obama, denen die Demokraten und Republikaner im Kongress zugestimmt ha-

ben. Beamte des Nationalen Sicherheitsrats, einschließlich der Nationalen Sicherheitsberaterin Susan Rice, können nicht vor einen Kongressausschuss geladen oder anderweitig für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden.

Laut ehemaligen Beamten der Obama-Regierung gibt es gegenwärtig sieben Länder, in denen Drohnenmorde verübt werden: Irak, Syrien, Libyen, Afghanistan, Pakistan, Jemen und Somalia. Der Irak, Syrien und Afghanistan erfordern als aktive Kriegszonen überhaupt keine vorherige Genehmigung. Sie sind für das Drohnenmord-Personal im Wesentlichen "schussfreie Zonen". Es ist nicht klar, ob Libyen jetzt denselben Status innehat, seitdem Obama letzte Woche den Befehl zur Bombardierung angeblicher IS-Stützpunkte in diesem Land unterzeichnet hat.

Letzten Monat hat das Weiße Haus zum ersten Mal Zahlen über zivile Opfer der Drohnenangriffe veröffentlicht. Journalisten und Menschenrechtsgruppen, die das Programm untersucht haben, weisen diese Zahlen jedoch als deutliche Untertreibung zurück. Die "offizielle" Zahl von 116 durch Drohnen getöteter Zivilisten in Pakistan, Jemen, Somalia und Libyen beträgt beispielsweise nur ein Zehntel der Schätzun-

gen des Büros für investigativen Journalismus in London.

Die US-Regierung hat die neusten geschätzten Zahlen ziviler Opfer am späten Freitagabend herausgegeben, genau wie den "Leitfaden" über Drohnenmorde, der noch dazu stark redaktionell überarbeitet war. Das war ein deutlicher Hinweis der Regierung an die bürgerlichen Medien, dass sie diese Informationen besser auf kleiner Flamme kochen sollten.

Die Medien haben den Wink verstanden und befolgt. Am Samstag und Sonntag sind gerade mal einige, recht oberflächliche Artikel erschienen. Was aber vollkommen ausblieb, war ein Aufschrei, ein Leitartikel, der in klaren Worten verurteilt hätte, dass der Präsident das "Recht zu töten" ohne jedes Gerichtsverfahren für sich in Anspruch nimmt. Und auch die sonntäglichen TV-Interviews verzichteten darauf, das Wort "Drohne" auch nur zu erwähnen.

Quellen:

Das Originaldokument ist unter der URL https://www.justice.gov/oip/foia-library/procedures_for_approving_direct_action_against_terrorist_targets/download zu finden.

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!



Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84 4306 0967 1185 9021 00, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Autor:

Patrick Martin

schreibt für World Socialist Website (wsws.org), ein Forum für socialistische Ideen und Analysen, publiziert bei das International Committee of the Fourth International (ICFI)



http://www.free21.
org/?p=24818>





Reise in ein bestraftes Land

Wem schaden die Russland-Sanktionen am meisten? Und wie begründet sind sie eigentlich? Autorin Katrin McClean flog nach St. Petersburg und auf die Krim, um diesen Fragen nachzugehen. von Katrin McClean

Schon im Frühjahr diesen Jahres – 2016 – haben mein Mann und ich beschlossen, nach Russland und von dort auf die Krim zu reisen. Angesichts der einseitigen Berichterstattung über Russland hielten wir es für einen Akt zur Rettung des gesunden Menschenverstandes, selbst in dieses Land zu fahren und uns ein eigenes Bild zu machen. Dabei wollten wir auch die Vorwürfe überprüfen, mit denen die weitreichenden Sanktionen gegen Russland begründet werden.

Auf unserer Reise bekamen wir ein ungefähres Bild davon, wen die Sanktionen wirklich treffen. Die westlichen Global Player wie Starbucks, McDonalds oder VW machen ihre Geschäfte weiter. Die russische Industrie wendet sich nach Indien und China, die Tourismusindustrie tut das auf jeden Fall, was in den touristischen Hochburgen von Petersburg - "Eremitage" und "Zarskoje Selo" – unschwer zu erkennen ist. Leidtragende der Sanktionen sind vor allem die ärmeren Schichten der Bevölkerung, denn sie bekommen den Werteverlust des Rubels, der sich zu einem großen Teil durch die Sanktionen begründet, empfindlich zu spüren. Rentner, deren monatliches Einkommen von umgerechnet 300 Euro auf umgerechnet 200 Euro gesunken ist, zum Beispiel. Nicht der Multimillionär Putin leidet unter den Sanktionen der "internationalen Wertegemeinschaft". Geringverdiener und kinderreiche Familien werden bestraft. Aber wofür eigentlich?

Gesegnete Reise – die russische Kirche und Gedanken über Pussy Riot

St. Petersburg empfängt uns mit strömendem Regen und so zieht es uns schon am ersten Abend in eine



Westliche Sanktionen? McDonalds ist das Erste, was man am Petersburger Flughafen sieht.

der beeindruckenden Kirchen der Stadt. In der Wladimir-Kathedrale erleben wir einen russisch-orthodoxen Gottesdienst. Das heißt, die Gläubigen betreten jeder für sich den Gebetsraum, gehen von Ikone zu Ikone, um sich vor ihr zu bekreuzigen oder sie zu küssen, ein Priester tritt aus einem Lettner heraus, um Gebete zu singen, die von einem Chor auf einem Balkon gegenüber mit beeindruckendem Gesang erwidert werden. Nicht die Gläubigen kommen zum Priester, um sich weihen zu lassen, der Priester kommt zu den Gläubigen, schwenkt seine Weihrauchkanne und bedenkt sie mit einem offenen, ernsten Blick. Auch wir werden auf diese Weise gesegnet, obwohl wir weder beten noch Kreuze schlagen.

Die Atmosphäre ist feierlich, das Wort "sakral" gewinnt hier seine Bedeutung. Tief beeindruckt von der Hingabe der Gläubigen und den wunderschönen Gesängen verlassen wir nach einer halben Stunde die Wladimir-Kathedrale.

Auf der Straße fällt uns beiden dieselbe Frage ein: Was wäre, wenn in diesen Gottesdienst halbnackte Frauen hereingesprungen wären und Parolen gegen Putin

gebrüllt hätten? Ich kann die Empörung russischer Gläubiger über einen solchen Akt der Entweihung fast körperlich nachvollziehen.

Dabei ist mir das Schlimmste noch nicht bewusst. In den nächsten Tagen in St. Petersburg lernen wir, was stalinistische und kommunistische Herrschaft für das religiöse Leben in Russland bedeuteten. Mir war nicht klar, dass unter Stalin so gut wie alle Kirchen in Russland geschlossen und zweckentfremdet wurden in Schuhfabriken, Pferdeställe, Schwimmbäder. In der westlichen Presse habe ich auch keine ausführlichen Hinweise darüber bekommen, dass eigentlich erst Wladimir Putin veranlasst hat, ausnahmslos alle Kirchen wieder in die Hände ihrer Gemeinden zu übergeben. Faktisch wurde erst damit das Kapitel der Christenverfolgung unter Stalin endgültig geschlossen.

Was man in der westlichen Presse dagegen mehrfach lesen konnte, waren die Vorwürfe der Aktivistinnen mit den Initialen PR, Putin sei ein Herrscher stalinistischer Prägung. Aber ist das nicht Unsinn? Ich kann mir vorstellen, dass es vor allem der Akt dieser halbnackten Skandaldamen war, der die Gläubigen an die stalinistische Christenverfolgung und jahrzehntelange Entweihung von



Die Auferstehungskirche in Petersburg (erbaut 1912). Stalin wandelte sie zum Pferdestall um und in der Sowjetunion sollte das verfallene Gebäude mehrmals abgerissen werden

Kirchen erinnert hat.

Dass dieser Akt bestraft wurde, ist aus der Geschichte des Landes zu verstehen. Das Urteil demonstriert, dass die Kirche im heutigen Russland unter staatlichem Schutz steht, und das werden Gläubige,



die siebzig Jahre Unterdrückung hinter sich haben, vermutlich als beruhigend erleben.

Mag sein, dass das Strafmaß in unserer Wahrnehmung zu drastisch und zu hoch ausgefallen ist, dennoch, das Ganze ist eine interne russische Angelegenheit, in die wir uns mit unseren Maßstäben nicht reinzuhängen haben. Schon gar nicht, um Sanktionen zu begründen, unter denen Millionen von Russen zu leiden haben.

Besetztes Land ohne Besatzer

Die Krim wurde annektiert, das sagen einhellig alle westlichen Medien. Annexion bedeutet: Eine fremde Macht hält ein Gebiet, das ihr nicht zusteht, mit militärischer Gewalt besetzt. Aufgrund dieser Behauptung wird die russische Bevölkerung nun schon das dritte Jahr bestraft und eine seit 1941 beispiellose Aufrüstung direkt vor den Grenzen Russlands gerechtfertigt. Die "Krim-Annexion" ist sozusagen das 9/11 der Russland-Krise. Deshalb kann man diesen Vorwurf gar nicht kritisch genug nachprüfen. Als wir dort ankommen, ist nichts von Besatzung zu spüren. Weder am Flughafen, noch in der Krim-Hauptstadt Simferopol, noch im touristischen Zentrum Jalta sehen wir Soldaten. Nicht einmal Polizisten. Lediglich die touristischen Sehenswürdigkeiten werden von uniformiertem Wachpersonal geschützt. Allen voran der Khans-Palast in Bachtschissaraj, das Heiligtum der angeblich schwer unterdrückten Krim-Tataren.

In Jalta sind wir beeindruckt von einer vollkommen friedlichen und kulturvollen Sommeridylle. Am Abend versammelt sich alles, was sich herausputzen kann, auf der Uferpromenade, lustwandelt vorbei an Straßengalerien, Zauberund Jonglierkünstlern, Streichquartetten und natürlich den Barden (in Deutschland bekannt unter dem urdeutschen Begriff "Singer-Songwriter"). Die Barden und Bardinnen singen vor dem Sternenhimmel überm Schwarzen Meer und das Publikum singt mit. Oder

man tanzt auf dem Boulevard nach traditionellen russischen Weisen. Von bedrückter Stimmung ist hier nichts zu spüren.



Urlaubsidylle auf der Uferpromenade von Jalta. Von bedrückter Stimmung ist nichts zu spüren.

Wir bemühen uns, Leute kennenzulernen, begegnen Julia, einer Russin, die mit einem Ukrainer verheiratet ist, und einer ostdeutschen Frau, Maria, die ihre russische Schwiegermutter pflegt und die Krim seit über dreißig Jahren kennt. Auch nutzen wir jede Gelegenheit für kurze Gespräche. Alle bestätigen uns unabhängig voneinander, dass die überwältigende Mehrheit ihrer Bekannten und Nachbarn für den Anschluss an Russland gestimmt hat.

Bei der Eröffnung des Theaterfestivals im Tschechow-Theater wird eine feierliche Rede gehalten, in der neben vielen anderen Dingen auch der Anschluss an Russland erwähnt wird. Das Festivalpublikum applaudiert laut und wohlwollend. Es wirkt weder gezwungen noch übertrieben frenetisch. Russische Kultur in Jalta gehört wieder zu Russland, darüber freut man sich eben.

An der Strandpromenade finden wir weder Putin-Porträts noch andere Symbole des russischen Nationalismus, die auf einen "Sommer der Patrioten" hinweisen, wie eine gefeierte Reisereportage des Deutschlandradio noch 2014 titelte. (1) Mag sein, dass ein solcher Patriotismus kurz nach dem Referendum zu spüren war. Wir haben eher das Gefühl, dass alle froh sind, dass die Dinge ih-

ren Gang gehen und es mit dem Tourismus wieder richtig gut läuft.

Dass man russische Staatsleute von Lenin bis Putin auf diversen Souvenirs veräppelt, ist russische Kultur und hat weniger mit Personenkult zu tun als mit einer Art russischem Humor, den wir einfach nicht verstehen. Wer Witze ernst nimmt, sollte vielleicht damit rechnen, sich lächerlich zu machen.

Dass man fast nur noch Touristen aus Russland auf der Krim findet, hat eigentlich nur einen Grund. Seit 2014 machen sich europäische Reisebüros strafbar, wenn sie Reisen auf die Krim anbieten. Sehr häufig haben wir die Frage zu hören bekommen: "Warum kommen die Deutschen nicht mehr? Früher waren hier so viele von euch."

Unsere Erklärung, dass Europa das Krim-Referendum nicht anerkennt und deshalb das Tourismusgeschäft mit der Krim verbietet, hören sie mit fassungslosem Staunen. Nicht einer konnte diese Logik nachvollziehen.

"Klar hat es Leute gegeben, die gegen den Anschluss waren", erzählt uns Maria aus Ostdeutschland, "das waren vor allem Ukrainer. Und viele von denen sind dann auch in die Ukraine gezogen. Was ist daran falsch?"

Sie selbst findet den Anschluss richtig.

"Was hatten die Leute hier denn von der Ukraine?", fragt sie. "Nach dem Zerfall der Sowjetunion gab es buchstäblich nichts auf der Krim. Meine Schwiegereltern hatten nichts zu essen, wir sind jahrelang mit einer Tiefkühltruhe zu Besuch gekommen und haben sie mit Fleisch und Gemüse versorgt. Die Ukraine hat sich nicht gekümmert. Die haben sich eher geholt, was von der Krim noch zu holen war."

Krankenhäuser und Straßen seien in dieser Zeit völlig verkommen. Die Krim hat sich selbst geholfen und ist in dieser Zeit zu einer Insel der privaten Kleinwirtschaft geworden. Heute kauft man Fleisch, Brot und Gemüse, aber auch alles, was man sonst noch zum Leben braucht, auf dem Rynok, dem Markt ein.

Das einstige sowjetische Kaufhaus ist nur noch eine leer stehende Ruine.



Auf dem Markt von Jalta. Regionalwirtschaft als Hauptversorger

Doch überall auf der Insel sind auch die ersten Ergebnisse des Strukturförderprogrammes zu sehen, dass Russland 2014 auf der Krim angeschoben hat. Viele Straßen sind ganz neu gemacht, Wohnkomplexe wachsen in die Höhe oder sind gerade fertiggestellt, zwei Elektrizitätswerke wurden gebaut. Auch die medizinische Versorgung sei deutlich besser geworden, bestätigt Maria.

Der eigentliche Grund für das Referendum sei aber nicht die Aussicht auf bessere Lebensverhältnisse gewesen. Für die meisten, mit denen wir sprechen, ist vor allem klar: Das Krim-Referendum war die Antwort auf den Sturz der Janukowitsch-Regierung, auf die Bedrohung durch den rechten, anti-russischen Sektor und auf das Vordringen der NATO. Sevastopol als künftiger NATO-Stützpunkt? Das ist für die meisten Bewohner der Krim undenkbar.

Was in unseren Medien nicht erzählt wird

Am Ende unserer Reise lernen wir Olga kennen, die hervorragend deutsch spricht und auf der Krim und in St. Petersburg lebt. Sie erzählt, dass sie bis 2014 völlig unpolitisch war, sich aber nun politisch engagiert. Grund dafür ist die westliche Berichterstattung über das, was angeblich auf der Krim



passiert sei. Sie habe nie für möglich gehalten, dass Zeitungen, die sie bisher sehr geschätzt hätte, so falsche Bilder vermitteln könnten. Deshalb setzt sie sich im Internet für die Verbreitung alternativer Ouellen ein.

Woran westliche Medien zum Beispiel so gut wie nie erinnern, ist, dass es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion mehrere Referenden gab, bei denen die Krim-Bevölkerung ihren Willen zum Verbleib in der russischen Föderation deutlich gemacht hat. Durch politisches Taktieren der Ukraine endete dieser Prozess damit, der Krim einen Sonderstatus anzuerkennen, den einer "autonomen Republik" der Ukraine. Diese Geschichte wird in unserem Reiseführer von 2007 (neuere gibt es nicht mehr) noch erzählt. Darin wird auch von einem NATO-Manöver berichtet, dass die Kiewer Regierung 2006 vor der Krim-Küste abhalten lassen wollte und das die autonome Krim-Bevölkerung durch tagelange Massenproteste verhinderte. (2)

Es ist bezeichnend, dass unsere "Qualitätspresse" notorische Vergesslichkeit beweist, wenn sie stets versäumt, auf den Autonomiestatus der Krim zur Zeit des Referendums hinzuweisen.

Der Putsch-Regierung in Kiew muss aber sehr wohl klar gewesen sein, dass es diesen Autonomiestatus gab und dass die Krim-Bevölkerung erneut eine Volksabstimmung einberufen würde, um sich vor dem NATO-freundlichen Kurs der Putschisten zu schützen, also um eine Sezession, eine Abspaltung durchzusetzen.

Die Quellen, auf die Olga mich hingewiesen hat, belegen, dass es von Seiten der Ukraine einige Anstrengungen gab, die Krim-Bevölkerung einzuschüchtern. Der Spannungen eskalierten, als im Februar 2014 mehrere Busse mit Krim-Russen nahe des ukrainischen Städtchens Korsun von ukrainischen Paramilitärs gestoppt wurden. Die Krim-Bewohner hatten sich in Kiew an einer Anti-Maidan-Demonstration beteiligt und waren nun auf der Heimfahrt. Bilder und Interviews belegen,

wie sie aus Bussen gezerrt, verprügelt, schwer verletzt und erschossen wurden. (3)

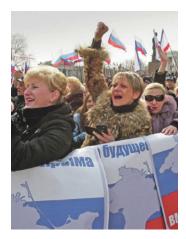
Nach diesem Ereignis bildeten sich Volkswehren auf der Krim, um das Eindringen solcher paramilitärischer Einheiten auf die Krim zu verhindern.

Ein weiterer Dokumentarfilm belegt, dass es massive Versuche des ukrainischen Militärs und Paramilitärs (rechter Sektor) gab, die Krim zu besetzen. (4) Das Ziel dabei war klar, das drohende Referendum sollte verhindert werden. Der Film zeigt, wie auf beiden Seiten verschiedene Kräfte kooperierten. Auf Seiten der Ukraine standen, wie gesagt, die ukrainische Armee und der rechte Sektor. Es wird aber auch eine Fregatte der US-Marine gezeigt, die angeblich nur zu Manövern im Schwarzen Meer war, jedoch bedrohlich nah vor den Ufern Sevastopols ankerte.

Auf Seiten der Volkswehren wird kein Hehl daraus gemacht, dass russische Soldaten vom Marinestützpunkt Sevastopol ihre Kasernen verließen, um die Verteidigungsmanöver der Volkswehren zu unterstützen, die vor allem darin bestanden, die Eindringlinge mit zahlenmäßiger Überlegenheit zu empfangen und zum kampflosen Rückzug zu zwingen.

Selbst die angeblich so russenfeindlichen Kosaken werden als Unterstützer dokumentiert. Entscheidende Hilfe kam aber auch von ukrainischer Seite, denn mehrere Einheiten der ukrainischen Armee ließen sich ohne großen Widerstand entwaffnen bzw. wechselten die Seiten. Die Bereitschaft, für die neue Putschregierung zu sterben, war offensichtlich nicht groß. Der Film zeigt ganz offen, dass Wladimir Putin ab einem bestimmten Punkt persönlich die Koordination dieses militärischen Kräftemessens auf der Krim übernommen hat und dabei die brandgefährliche Situation zu einem, wie bekannt, unblutigen Ende geführt hat.

Meiner Meinung nach passt diese Darstellung wesentlich besser ins Gesamtbild als die Version vom urplötzlichen Einmarsch der russischen Armee auf die Krim. Warum sollte die Kiewer Regierung, die bis heute alles tut, um die abtrünnige Ostukraine mit militärischen Mitteln unter ihre Macht zu zwingen, nicht versucht haben, die Krim-Bevölkerung an jenem Referendum zu hindern, zu dem sie aufgrund ihres Autonomie-Status jedes Recht hatten?



Zurück in der Heimat. Krim-Bewohner feiern die Anerkennung ihres Referendums durch Russland.

Die Bevölkerung auf der Krim weiß ziemlich genau, dass sie nur knapp dem Schicksal der Ost-Ukraine entgangen ist. Und wir haben nicht einen getroffen, der nicht froh darüber war, auf einer friedlichen Halbinsel zu leben, auf die schon wieder fast so viele Touristen kommen wie vor 2014.

Warum ganz Russland für diesen Frieden bestraft wird, versteht hier keiner. Warum auch, es ist absurd. Die autonome Republik Krim hatte jedes Recht auf ihre Selbstbestimmung.

Die unendliche Geschichte auf der Krim

Im Mai diesen Jahres gewann die ukrainische Sängerin Jamala den ESC mit ihrer Ballade über die Verschleppung der Krim-Tataren. Obwohl die Regeln des ESC politische Agitation untersagen, wurde die Geschichte der Vertreibung der Krim-Tataren durch Stalin in unseren Medien wieder und wieder erzählt, nicht ohne Verweise darauf, dass die Tataren auch heute auf der Krim nichts zu lachen hätten. Grund genug für uns,

nach Bachtschyssaraj zu fahren, der historischen Hauptstadt der Krim-Tataren.

In unserem Reiseführer heißt es. Stalin habe die Krim-Tataren unter dem Vorwand, sie hätten mit der deutschen Wehrmacht kooperiert, deportieren lassen, wobei Tausende auf dem unmenschlichen Transport starben. Das Wort "Vorwand" lässt vermuten, dass die Affäre der Tataren mit Hitler heruntergespielt werden soll. Ein Spiegel-Artikel von 1967 stellt allerdings noch sehr ausführlich dar, wie tiefgreifend diese Kooperation war. Ganze sechs Bataillone mit geschätzt 20.000 Krim-Tataren kämpften gegen Partisanen der Roten Armee. (5) Nichtsdestotrotz haben auch Tausende von Krim-Tataren in der Roten Armee gekämpft, was bei der stalinistischen Deportation wiederum nicht berücksichtigt wurde. Alles in allem also eine äußerst tragische Geschichte.

Im historischen Teil von Bachtschyssaraj treffen wir viele Nachkommen der einst deportierten Krim-Tataren. Sie verkaufen an den Straßenrändern Souvenirs oder Granatapfelsaft, führen Kioske oder traditionelle muslimische Restaurants, in denen man auf Podesten mit Kissen sitzt und keinen Alkohol bekommt. Von Unterdrückung ist erst einmal nichts zu spüren.

Zwei junge Kioskverkäuferinnen erzählen uns ihre Geschichte: Sie sind als Kinder oder Enkel verschleppter Krim-Tataren in Usbe-



Krim-Tataren Marktführer im Verkauf von Souveniren und Granatapfelsaft



kistan großgeworden und Anfang der Neunziger Jahre auf die Krim zurückgekehrt. Eine Geschichte, die wir noch häufig hören. Das bedeutet, dass die Rückkehr der meisten Kinder und Enkel deportierter Krim-Tataren mitten in die postsowjetische Krise fiel, als es auf der Krim an allem fehlte. Man kann sich zumindest vorstellen, dass das für alle Beteiligten nicht immer einfach war.

Wir finden Unterkunft im Privathotel von Fedja, ebenfalls ein Krim-Tatare, der in Usbekistan geboren ist und seit Anfang der Neunziger Jahre auf der Krim lebt. Er hat 15 Jahre als Polizist für die Ukraine gearbeitet und bezieht seit seinem 38. Lebensjahr Rente. Das sei die normale Polizistenkarriere in der Ukraine, in Russland aber auch, und Russland zahlt Fedjas Rente nach dem Anschluss anstandslos weiter.

Fedja, der eigentlich ein netter Mann ist, schimpft oft auf die Russen. Die Russen seien faul und würden nur saufen. Und sie würden die Krim-Tataren diskriminieren.

"Wie denn?", fragen wir neugierig.

Fedja überlegt und erklärt uns, wenn ein Russe einen Arbeitsplatz zu vergeben hätte, würde er unter den Bewerbern die Russen bevorzugen. Wir fragen lieber nicht, ob es im umgekehrten Fall nicht genauso wäre.

Denn an Arbeit scheint es den Krim-Tataren trotzdem nicht zu mangeln.

Fedja erklärt uns, dass Krim-Tataren generell fleißig seien und viel arbeiten würden. Er selbst führt als junger Rentner sein Privathotel und baut außerdem noch Wein an. Auf einer Autofahrt zeigt er uns eine Siedlung neuer Einfamilienhäuser und erklärt stolz, da wohnten nur Krim-Tataren, die würden eben Häuser bauen, anstatt ihr Geld zu versaufen. Putin nennt er das russische Schwein. Als Fedja merkt, dass er uns eigentlich keinen wirklich beeindruckenden Beweis für die Unterdrückung der Krim-Tataren nennen kann, sagt er: "Wir können den Russen die Deportation einfach

nicht verzeihen." Wir nicken verständnisvoll.

Allerdings ist dieses Nicht-verzeihen-Wollen und die Angst vor der Wiederholung der Geschichte nicht nur das Problem der Krim-Tataren. In Russland gibt es immer zwei Kapitel, die je nach persönlicher Familiengeschichte Wiederholungsängste auslösen. Die Stalinistischen Säuberungen zum einen und die Verbrechen der deutschen Wehrmacht zum anderen. So wie die Krim-Tataren und Ukrainer den Russen pauschal vorwerfen, Stalin unterstützt zu haben, so können die Russen den Krim-Tataren und Ukrainern vorwerfen, dass sie jene Barbaren unterstützt zu haben, die in russischen Dörfern und Städten Massenmorde an Zivilisten verübten.

Auch das Massaker von Babij Jar bei Kiew und zahllose weitere Morde an jüdischen und russischen Zivilisten sind Teil der ukrainisch-russischen Geschichte.

Zum Konflikt zwischen Krim-Russen und Krim-Tataren gehört auch die heutige Bewertung des Ukraine-Konfliktes. Fedia steht voll auf der Seite von Kiew. Die Russen dagegen sehen in der Einkreisung von Donezk und Luhansk eine Wiederholung der Belagerung von Stalingrad, Leningrad und anderer russischer Städte. Und das ist aus ihrer Sicht sogar nachvollziehbar. Nicht die Volkswehren marschieren auf Kiew zu, die ukrainische Armee versucht diese Städte immer wieder einzukesseln und zu beschießen.

Das Georgs-Band, das Symbol des russischen Sieges über den



Symbol des Georgsbandes "Ich erinnere! Ich trauere!"

deutschen Faschismus, ist heute überall auf der Krim zu sehen und macht deutlich, wie Krim-Russen diesen Konflikt einordnen.

Nachdem wir sowohl Russen als auch Krim-Tataren kennengelernt haben, entsteht der Eindruck, dass es noch einige Zeit und heimischen Rotwein braucht, bis beide Seiten einander die Verbrechen ihrer Großeltern verzeihen können. Umso mehr empfinden wir den europäischen Propagandarummel um Jamila als unsäglich dumm und verantwortungslos. Wenn es einem wirklich um Menschenrechte geht, kann man nicht den einen Teil der Geschichte aufbauschen, ohne den anderen mit zu erzählen.

Und vor allem braucht Russland nicht erst die Deutschen dazu, um sich mit seiner stalinistischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. In einem besonderen Museum in Bachtschyssaraj wird ausführlich auf die Geschichte der Deportation der Krim-Tataren eingegangen. Und nirgendwo kann man sich so detailliert über sämtliche Verbrechen des Stalinismus informiere, wie im politisch-historischen Museum von St. Petersburg. Die Frage: Wie gehen wir mit unserer stalinistischen bzw. kommunistischen Vergangenheit um? ist außerdem ein Topthema in den Talkshows im russischen Fernsehen, wovon wir uns in unseren Hotelfernsehern mehrfach überzeugen konnten.

Im Vergleich dazu scheinen die Enkel der deutschen Wehrmacht an historischer Amnesie zu leiden. Anstatt sich mit den Verbrechen ihrer Großväter in Russland zu beschäftigen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, rücken sie nun schon zum dritten Mal auf Russland vor. Die Sanktionen sind ein Teil davon.

Und ihre Begründung ist äußerst fragwürdig, wenn nicht sogar völlig haltlos. Das ist zumindest der Eindruck, den ich nach unserer Reise auf die Krim gewonnen habe. Für mich und meinen Mann sind die Sanktionen eine unglaubliche Anmaßung der russischen Bevölkerung gegenüber. Deutsche sollten ihrer historischen Verant-

wortung gerecht werden und sofort mit diesem Unsinn aufzuhören.

Autor:

Katrin McClean

schreibt Krimis für Erwachsene und Detektivhörspiele für Kinder. Als Friedensaktivistin ist sie



der Verbreitung von Feindbildern als Mittel der medialen Kriegsführung auf der Spur.

www.katrinmcclean.de

Quellen:

Reportage "Sommer der Patrioten" http://www.deutschlandradio-kultur.de/urlaub-auf-der-krimsommer-der-patrioten.1076. de. html?dram:article_id=296122>

"Die Krim entdecken", Trescher Verlag 2007, S. 42-43

Dokumentarfilm: "Das Pogrom von Korsun", http://de.ukraine-human-rights.org/das-pogrom-von-korsun/

Dokumentarfilm: Krim, der Weg in die Heimat, https://de.sputniknews.com/videos/20150327301671848/

"Ohr ab" Spiegel-Artikel über die Kollaboration der Krim-Tataren mit Hitler, Spiegel-Archiv 25.09.1967 http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46353381.html

Umfassender Bericht über die ganze Reise von Katrin McClean http://texterin-hamburg.de/resources/ Reise+in+ein+bestraftes+Land. pdf>

<http:// www.free21. org/?p=25560>



er Atlantic Council zeichnet sich durch die Zusammenarbeit von Wirtschaftsführern global agierender Großunternehmen, ehemaligen Regierungschefs und Spitzenbeamten (auch aus dem militärischen Bereich) aus. Jede Menge hochrangiger Regierungsmitglieder und Regierungsberater in Washington rekrutierten sich aus seinen Reihen. Es gibt enge Verbindungen zu anderen transatlantischen Vereinigungen, wie dem von George Soros ins Leben gerufenen European Council on Foreign Relations (nicht "German" Council, wie in einer früheren Version irrtümlich geschrieben). Ein Mitglied von letzterem, Stefan Meister, hat an dem gerade veröffentlichten bemerkenswerten Report mitgeschrieben: "The Kremlin's Trojan Horse: Russian Influence in France, Germany, and the United Kingdom".

"Trotz der Bedrohung, die die revanchistischen Politiken Russlands für Europas Stabilität und etabliertes internationales Recht darstellen, haben einige europäische Politiker, Experten und bürgerliche Gruppen (Civic Groups) Unterstützung oder Sympathie für die Aktionen des Kremls geäußert. (...) Der Kreml nutzt diese Trojanischen Pferde um Europas Politik so effektiv zu destabilisieren, dass sogar Russlands begrenzte Macht ein entscheidender Faktor in Sachen europäischer und internationaler Sicherheit werden könnte. Präsident Putin sieht zunehmend das, was der Westen sucht - Europa, vereint, frei und in Frieden nicht mehr als Gelegenheit für gedeihliche Koexistenz, sondern als Bedrohung seiner geopolitischen Agenda und des Überlebens seines Regimes." (Alle Zitate meine Übersetzungen des Englischen Originals, ohne Gewähr.)

Das Cover ziert ein Gerhard Schröder mit schwarzem Balken über den Augen. Der Geist Mc-Carthys weht wieder mächtig. Nur dass es diesmal nicht US-amerikanische Politiker, Intellektuelle und Kulturschaffende sind, die wegen russlandfreundlicher Umtriebe neutralisiert werden müs-



Das Trojanische Pferd (Ausschnitt) von Ludwig Corinth (Public Domain)

Trojanische Pferde des Kreml

Atlantic Council bläst zur Hatz auf Gabriel, Wagenknecht und Gauland

Wer des Englischen hinreichend mächtig ist, unbedingt lesen: Der Atlantik Council, ein eminent wichtiger Lobbyund Politikberatungsverein in Washington hat eine Studie herausgebracht, in der er Politiker verschiedener Parteien, einschließlich Sigmar Gabriel, zu Putins Fünfter Kolonne erklärt und Medien, Geheimdienste und "Zivilgesellschaft" zur Hatz auf diese auffordert. Martin Schulz hat offenbar mächtige Unterstützer bei seinem erstaunlichen Wunsch nicht nur Außenminister, sondern - statt Gabriel - auch SPD-Kanzlerkandidat zu werden.

von Norbert Haering

sen, sondern solche in Europa. Diese werden mit Namen genannt.

Linke, AfD und SPD in unklarer Reihenfolge

In einer großen Karte "kremlfreundlicher Parteien" in Europa
sind für Deutschland DIE LINKE
und die AfD genannt, in Großbritannien Ukip und Labour, wobei
Labour, anders als etwa Die LINKE oder die AfD mit einem Sternchen versehen wird. Das signalisiert, dass nur einzlelne Politiker
– in diesem Fall Jeremy Corbin
– russlandfreundliche Positionen
vertreten, nicht die ganze Partei.
Die SPD wird sonderbarerweise
nicht eingezeichnet, obwohl der
Atlantic Council* durchaus meint,

dass auch in ihr auf höchster Ebene Trojanische Pferde Putins wirken. Im Text zu Deutschland heißt es etwa erst nach langen Passagen zu führenden Sozialdemokraten:

Neben der SPD kultivieren zwei Oppositionsparteien - die postkommunistische Die Linke und die rechtsaußen-Partei Alternative für Deutschland Kontakte mit Russland und umgekehrt."

Schwarze Liste pro-russischer Akteure

Bedeutsamer ist die Nennung der Personen, die der Atlantik Council zur Fünften Kolonne Putins erklärt, Tabelle 2 listet die "Key Pro-Russian Actors in Germany" auf, die Prorussischen Schlüsselakteure in Deutschland. In den Parteien sind dies:

SPD

Sigmar Gabriel, Parteivorsitzender, Vizekanzler und Wirtschaftsminister Gerhard Schröder, Ex-Bundeskanzler Matthias Platzeck, ehem. SPD-Chef, Vorsitzender des Deutsch Russischen Forums

CDL

Ronald Pofalla, ehem. Kanzleramtschef, Bahnvorstand, Vorsitzender des Petersburger Dialogs

DIE LINKE

Wolfgang Gehrcke, Mitgl. des Fraktionsvorstands und außenpol. Sprecher Andrej Hunko, MdB Sahra Wagenknecht, Fraktionsvorsitzende

AfD

Alexander Gauland, Stellv. Sprecher Markus Frohmaier, Vorsitzender der AfD-Jugendorganisation

Daneben sind noch einige bekannte und weniger bekannte Wirtschaftsführer genannt, die für ihre Unternehmen oder Verbände Kontakte mit Russland pflegen (u.a. Wolfgang Büchele, Klaus Mangold, Eckard Cordes), sowie Pegida-Gründer Lutz Bachmann und Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer.

Man könnte meinen, der deutsche Autor dieses Kapitels, Stefan Meister, habe bös geschludert. Wolfgang Gehrcke wird fälschlicherweise zum stellv. Fraktionschef der LINKEN befördert, Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht dafür zum einfachen Mitglied des Bundestags (MdB) degradiert, MdB Andrej Hunko wird in der Tabelle zum einfachen Parteimitglied heruntergestuft. Plausibler scheint, dass Wagenknecht, und wohl die ganze Tabelle, in einer Spätphase in Wa-



shington eingefügt wurden. Im Text Meisters wird Wagenknecht nämlich gar nicht genannt. Aber irgendjemand meinte wohl, sie gehört da mit rein. Nur mit Gehrcke und Hunko, die keiner kennt, wäre auch in der Tat schwer zu rechtfertigen gewesen, dass man die Linkspartei in der Europakarte der Putin Freunde so prominent berücksichtigt. Alexander Gauland wird in Meisters Text richtig als stelly. Parteisprecher tituliert, in der Tabelle und der Bildunterzeile eines Fotos dagegen falsch als AfD-Chef.

Sonderbehandlung für Wagenknecht und Gauland

Während Wagenknecht wie erwähnt im Text gar nicht genannt wird, sodass unklar bleibt, was ihre Aufnahme in den Club der nützlichen Idioten und Einflussagenten Putins rechtfertigt, mutet das, was Gauland zur Last gelegt wird, eher possierlich an. Hier die ganze Passage:

Alexander Gauland, Vorsitzender der AfD Brandenburg und stellv. Sprecher seiner Partei im Bundestag besuchte die russische Botschaft Ende November 2014; er tritt für einen regelmäßigen Austausch mit russischen Offiziellen und Verbesserung der Beziehungen zu Russland ein."

Trotzdem ist er der einzige aus Deutschland, der mit (ziemlich großem) Foto geprangert wird, so wie Farage und Le Pen aus UK und Frankreich. Das nährt den Verdacht, dass es vielleicht eher sein Engagement gegen den Euro und Brüsseler Machtansprüche ist, die ihm den Ehrenplatz auf der transatlantischen schwarzen Liste beschert hat.

Aber für Wagenknecht und Gauland ist Sperrfeuer von US-, Nato und brüsselfreundlicher Seite von innerhalb und außerhalb der eigenen Partei ohnehin nichts Neues. Vor allem die AfD kann sich



The Atlantic Council: "The Kremlin's Trojan Horse: Russian Influence in France, Germany, and the United Kingdom" http://www.atlantic-council.org/images/publications/The_Kremlins_Trojan_Horses_web_1116.pdf

kaum wegen Mangels an kostenloser Wahlwerbung in Form von giftigen bis hysterischen Angriffen aus den bei AfD-Sympathisanten nicht gerade hoch im Kurs stehenden Medien beklagen.

Gabriel traut man nicht

Bemerkenswert ist jedoch Sigmar Gabriels sehr prominente Platzierung auf dieser schwarzen Liste der Putin-Trojaner. Von ihm heißt es:

"Heute jedoch unterstützt eine neue Generation innerhalb dieser Mainstream Partei eine Pro-Kreml-Politik, die oft in Gegensatz zur deutschen und EU-Politik steht. Der gegenwärtige SPD-Vorsitzende und Vizekanzler Sigmar Gabriel hinterfragt Merkels Position zur russischen Führung. Im Oktober 2015 hat Gabriel in einem Treffen mit Putin im Kreml engere deutsch-russische Kooperation durch die Kapazitätserhöhung für die Nord-Stream-Gasleitung, genannt Nord Stream 2, unterstützt. Gemäß eines Protokolls des Treffens, das der Kreml veröffentlichte, bot Gabriel an, für Genehmigung des Projekts in Deutschland zu sorgen, und dabei EU-Regeln zu umgehen und das Sanktionsregime zu schwächen. (Ich habe im genannten Protokoll nachgelesen und habe nicht den Eindruck, dass er das getan hat, aber ich kann mich irren.) ... Außerdem hat Gabriel verschiedentlich in offiziellen Reden für die Beendigung von Wirtschaftssanktionen gegen Russland argumentiert."

Auch Frank-Walter Steinmeier wird genannt, aber gnädiger, und im Wesentlichen als ungünstig von Gabriel beeinflusst. Was Gabriel und den anderen genannten vorgeworfen wird, hat es in sich:

"Seien sie Putinversteher, nützliche Idioten, Einflussagenten oder Trojanische Pferde, das Ziel (Russlands) ist das Gleiche: ein Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen zu kultivieren, das Russlands wirtschaftliche und geopolitische Interessen unterstützt, die EU und die europäische Integration herabsetzt, einen Narrativ des europäischen Niedergangs verbreitet und gegen EU-Politiken zu Russland stimmt - vor allem die Sanktionen – und dadurch den militärischen Interventionismus des Kremls in der Ukraine und Syrien legitimiert und die transatlantischen Institutionen schwächt, sowie die liberalen demokratischen Werte unterminiert."

Dagegen muss natürlich etwas getan warden, und Gabriel und Co. müssen sich in der Tat warm anziehen.

Empfehlungen: McCarthy wäre stolz

Der Atlantic Council hat unter anderem folgende Empfehlungen, die McCarthy sicherlich stolz machen würden, was man gegen die Fünfte Kolonne Putins tun kann und sollte:

Die Medien und investigative Gruppen sollten russische Versuche bloßstellen, dank Verbindungen mit Unternehmensführern oder Nichtregierungsorganisationen Energie- und Unternehmensprojekte durchzudrücken."

"Dazu sollten die deutschen Geheimdienste russische Unterstützungszahlungen für politische Gruppen, Medien und Organisationen der Zivilgesellschaft untersuchen." (Müssen wir fürchten, dass Gabriel und die SPD von Moskau finanziert werden?)

"In Deutschland sollten Führer (leaders), die die russische Absicht durchschauen, ökonomische Hebel und Korruption zu nutzen, Druck auf die EU ausüben, Geschäftsprojekte wie Nord Stream 2 zu blockieren, die Deutschland noch stärker unter russische Dominanz im Energiebereich bringen würden."

Die EU und nationale Regierungen sollten zivilgesellschaftliche Gruppen und Medien ermutigen und finanzieren, die daran arbeiten, Licht auf Russlands dunkle Netzwerke zu werfen."

"EU-Mitgliedsstaaten sollte überlegen Taskforces zur Bekämpfung der Beeinfussung einzurichten, die finanzielle und politische Beziehungen zwischen dem Kreml und heimischen Wirtschaftsvertretern und politischen Gruppen untersuchen."

"Die EU-Kommission sollte Geld für eine neue unabhängige Agentur nach dem Vorbild des European Endowment for Democracy geben, die wiederum zivilgesellschaftliche Wachhundgruppen finanzieren würde."

Finanzoperationen (des Kremls) sind global, deshalb ist zu ihrer Aufdeckung eine koordinierte Antwort nötig. Der Austausch finanzieller Geheimdiensterkenntnisse zwischen der EU und den USA sollte gefördert werden."

Ein Einflussagent Putins als Kanzlerkandidat? Geht nicht

Dass Gabriel, der sich noch erklären muss, ob er Kanzlerkandidat werden will, von diesem sehr einflussreichen Verein so radikal ab-



qualifiziert wird, erklärt potentiell einiges (Ab hier kommen vor allem die Freunde der gepflegten Verschwörungstheorie auf ihre Kosten). Ich hatte mich schon sehr gefragt, warum um Himmels Willen ein Martin Schulz, der die Chance bekommt, Außenminister zu werden, dafür zur Bedingung machen sollte, dass er auch Kanzlerkandidat wir. Das ist eine Aufgabe, mit der man nur scheitern kann, und die kein Genosse mit Ambitionen und Charisma haben will (Um etwaige Missverständnisse zu vermeiden: Damit will ich Schulz keinesfalls unterstellen, er persönlich habe irgendwelches Charisma). Ich habe mich auch gefragt, warum er mit solchen Spielchen riskiert, sowohl in Brüssel, als auch in Berlin alle zu verärgern, und am Ende ganz ohne Amt und Unterstützer dazustehen, wenn es schiefgeht. Wenn er allerdings mächtige Unterstützer hat, die ihn unterstützen, wenn er sicherstellen kann, dass die SPD im Wahlkampf nicht auf Schröder macht und zum Stimmenfang den transatlantischen Seniorpartner verleugnet, dann ergibt alles viel mehr Sinn. Dafür muss er Kanzlerkandidat werden.

Dass der Atlantic Council* dem weithin als prinzipienlosen Wendehals eingeschätzten Gabriel trotz seines heldenhaften Einsatzes für Ceta und TTIP gegen die Stimmung in Parteivolk und Bevölkerung nicht traut, wird sehr deutlich. Schulz dagegen ist ein ebenso überzeugter wie verlässlicher Transatlantiker. Im Lichte dieser Veröffentlichung nehme ich Wetten an, dass der SPD-Kanzlerkandidat 2017 Martin Schulz und nicht Sigmar Gabriel heißen wird.

Ergänzung der Trumpschen Entspannungspolitk

Man könnte geneigt sein, die Einlassungen des Atlantic Council* als versuchte Sabotage der erwarteten Annäherung Trumps an Russland zu interpretieren. Das wäre aber wohl ein Fehlschluss. Ich halte das eher für die notwen-

dige Ergänzung. Denn wie bereits ausführlicher begründet, gehört zu dem Plan, den Trump exekutieren soll, auch, Europa von Russland fern zu halten und für den amerikanischen Schutz vor der vermeintlichen russischen Gefahr bezahlen zu lassen. Deshalb ist die Herausforderung, das Feindbild Putin in Europa aufrecht zu erhalten besonders groß, wenn die USA eine Annäherung an Putin versuchen, um ihn nicht in Chinas Arme zu treiben. Daran, dieses Feindbild für die Trump-Zeit abzusichern, arbeitet der Atlantic Council* nun.

*Der Atlantic Council macht den für solche verunglimpfenden Publikationen üblichen Disclaimer, dass er selbst keine Verantwortung für den Inhalt der unter seinem Namen veröffentlichten Hochglanzbroschüre übernimmt, die er verbreitet. Schuld sind und wegen Beleidigung verklagt werden können seiner Ansicht nach allein die Autoren.

Nachtrag (21.11): Der CEO von Linde, Wolfgang Büchele, rechtfertigt heute seinen Platz auf der schwarzen Liste der Einflussagenten Moskaus mit einem Kommentar auf der letzten Seite des Handelsblatts, in dem er unter dem Titel "Zeit für Alternativen" fordert, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu beenden.

Nachtrag (23.11.): In der Zeit von 24.11. gibt es ein ganzseitiges Stück von Jörg Lau, Mark Schiritz und Bernd Ulrich mit dem Titel "Die Unterwerfung" über die Reaktion auf Traump "von deutschen Politikern und Publizisten". Wenn ich niemand übersehen habe, werden aus Deutschland genau vier Namen genannt. Drei davon sind von der Liste der Kreml-Einflussagenten des Atlantic Council, nämlich ausführlich Sahra Wagenknecht und Andrei Hunko von der Partei DIE LIN-KE, sowie, besonders ausführlich Alexander Gauland von der AfD. Dabei steht Gauland allein für "Die Rechte", Wagenknecht und Hunko für "Die Linke". Thema ist jeweils, dass sie gut fänden, dass Trump mit Russland auskommen will. Gemeinsam ist diesen dreien die Hälfte des Textes gewidmet. Der vierte ist Wolfang Ischinger, Chef der Münchener Sicherheitskonferenz. Er muss stellvertretend für alle "Atlantiker" stehen, die namenlos bleiben müssen oder dürfen, auch soweit sie publizistisch tätig sind. Das führt zu dem seltsamen Effekt, dass die in der Unterzeile versprochenen deutschen Publizisten im Text nicht ausdrücklich vorkommen.

Nachtrag (24.11.): Die Süddeutsche berichtete gestern Abend, dass Martin Schulz sich entschieden hat, von Brüssel nach Berlin zu wechseln und für den Bundestag zu kandidieren. Bisher hat sich noch niemand gefunden, der oder die meine Wette halten will, dass nicht Gabriel sondern Schulz SPD-Kandidat wird. Ernsthafte Alternative scheint nur die vom Postillon ins Spiel gebrachte Variante zu sein, dass die SPD Angela Merkel

zu ihrer Kanzlerkandidatin macht. Im WDR bläst unterdessen der Kabarettist Dieter Nuhr in das Horn des Atlantic Counci und stellt fest, dass der Kreml mit seinen Social Bots hinter Trumps-Wahlsieg, der AfD, Snowden, Wikileaks und allem möglichen anderen steckt

Quellen:

The Atlantic Council: "The Kremlin's Trojan Horse: Russian Influence in France, Germany, and the United Kingdom" http://www.atlanticcouncil.org/images/publications/The_Kremlins_Trojan_Horses_web_1116.pdf

Kremlin.ru: Meeting with Vice-Chancellor and Minister of Economic Affairs and Energy of Germany Sigmar Gabriel http://en.kremlin.ru/events/president/news/50582

Autor:

Norbert Häring

geboren 1963, ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands



führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt und betreibt den Blog Geld und mehr. Der Bestseller "Ökonomie 2.0", den er gemeinsam mit Olaf Storbeck schrieb, gewann den Wirtschaftsbuchpreis 2007. 2014 wurde er mit dem Preis der Keynes-Gesellschaft für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet. Die von ihm 2011 mitbegründete internationale Ökonomenvereinigung World Economics Association hat über 12.000 Mitglieder

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!



Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, IBAN: DE84 4306 0967 1185 9021 00, Verwendungszweck: FREE21 oder per Paypal: verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Dieser Text wurde zuerst am 20.11.2016 auf norberthaering.de unter der URL «http://norberthaering.de/de/27german/news/715-atlantic-councilveröffentlicht. (Lizenz: Norbert Haering)

<http:// www.free21. org/?p=25564>





EU-Kommission will letzte Reste von **Privatsphäre im Internet** ausmerzen

Wer daran zweifelt, dass Beseitigung jeglicher Privatsphäre in Gelddingen Ziel der Anti-Bargeld-Aktivisten ist, und nicht bloß Nebeneffekt, der sollte sich mit den Vorschläge der EU-Kommission für die Überarbeitung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie befassen. "Nackt im Netz" soll zur unentrinnbaren Norm werden. von Norbert Haering

Mit ihrem am 5. Juli 2016 vorgelegten Vorschlag will die Kommission die Möglichkeit beseitigen, Kleinbeträge im Internet unter Wahrung der Privatsphäre zu begleichen, indem man sogenannte Prepaid-Karten benutzt. Das sind Einweg- oder aufladbare Kreditkarten, die man an Kiosken oder Tankstellen kaufen kann.

So wichtig ist das der Kommission, dass sie dieses Verbot vorschlägt, bevor die erst vor einem Jahr verschärften Regeln der vierten Geldwäscherichtlinie zu Prepaid-Karten in nationales Recht übernommen worden sind. Das muss erst bis Mitte 2017 geschehen.

Es ist zwar in diesem Fall nicht das Bargeld, dem der Garaus gemacht werden soll. Aber die Verbindung ist eng. Mit den eine gewisse Anonymität gewährenden Prepaid-Karten meint man unauffällig und ohne Proteststürme schon einmal das machen zu können, was beim Bargeld noch nicht geht - abschaffen. Der Europäische Gesetzgeber betrachtet Prepaid-Karten ausdrücklich .. als Ersatz für Banknoten" und unterwirft sie deshalb den Verpflichtungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung. Das bringt für die ausgebenden Stellen und teilweise die Zahlungsempfänger insbesondere Identifikationspflichten bezüglich der Nutzer mit sich. Allerdings können die Mitgliedstaaten nach bisherigem Rechtsstand

Prepaid-Karten von der Pflicht zur Feststellung und Überprüfung der Identität des Kunden freistellen (Art. 12 Abs. 1 GW-RL). Bedingung ist, dass erwiesenermaßen ein geringes Risiko besteht, und strikte risikomindernde Maßnahmen ergriffen werden

Das galt bisher als gegeben, wenn die Prepaid-Karten ausschließlich für den Erwerb von Waren oder Dienstleistungen genutzt werden und der elektronisch gespeicherte Betrag so gering ist, dass eine Umgehung der Vorschriften über die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung ausgeschlossen werden kann. Mit der vierten Richtlinie hat die Kommission die ohnehin niedrige Höchstgrenze für anonyme Prepaid-Produkte weiter gesenkt. Bevor diese Senkung greift, will sie diese nun für Zahlungen im Internet ganz sperren und keine Ausnahmen mehr zulassen.

Peter Schaar, ehemaliger Bundesdatenschutzbeauftragter und Vorsitzender der Europäischen Akademie für Informationsfreiheit und Datenschutz (EAID), hat in einem Gutachten festgestellt, dass die von der Kommission geplante generelle Identifizierungspflicht dazu führen würde, dass anonymes Einkaufen und Bezahlen im Internet selbst bei Bagatellbeträgen praktisch unmöglich ist. Das nimmt den Nutzern die Möglichkeit, das Risiko eines Missbrauchs ihrer Fi-

nanzdaten beispielsweise durch IT-Spionage unter Ausnutzung unzureichend gesicherter IT-Systeme der Verkäufer zu reduzieren. Vielleicht noch wichtiger: anonymer Medienkonsum per Online-Medien würde dadurch unmöglich gemacht oder stark erschwert. Gerade erst haben NDR-Recherchen gezeigt, dass mit sensiblen Internet-Transaktionsdaten massenhaft Handel und Schindluder getrieben wird. und dass sich diese Daten leicht konkreten Personen zuordnen lassen. Daraus zieht die Brüsseler Behörde nicht etwa die Konsequenz endlich ihrer Pflicht nachzukommen und etwas zum Schutz der Bürger vor diesem Missbrauch zu tun, sondern im Gegenteil will sie versuchen, es den Bürgern unmöglich zu machen, sich dem Missbrauch zumindest bei Alltagsgeschäften zu entziehen.

Es scheint mir als Rechtslaien ziemlich offensichtlich, dass diese weitgehende Abschaffung von Privatsphäre im Netz durch die übergriffige Brüsseler Behörde "erheblichen datenschutzrechtlichen Bedenken" begegnet, wie Peter Schaar das höflich ausdrückt. Die anlasslose, verdachtsunabhängige massenhafte Überwachung und Datenspeicherung widerspricht dem in Art. 8 EU-Grundrechtecharta verbürgten Grundrecht auf Datenschutz. Sie verletzt die Vorgaben des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeiche-



Vorschläge der EU-Kommission für die Überarbeitung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie

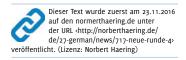
rung (EuGH, 08.04.2014 - C-293/12 und C-594/12) und dürfte kaum mit der eben erst beschlossenen Datenschutzgrundverordnung (2016/697 - DS-GVO) vereinbar sein. Ebenso offensichtlich widerspricht sie den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, da es keine Möglichkeit für den deutschen Gesetzgeber mehr gebe, die europarechtlichen Vorgaben verfassungskonform umzusetzen.

Wenn ihnen schon gleichgültig ist, was die Bürger wollen, so sollten sich die Brüsseler Technokraten doch langsam wieder ein klein bisschen an das geltende Recht erinnern.

Quellen:

Vorschläge der EU-Kommission für die Überarbeitung der 4. EU-Geldwäscherichtlinie: http://ec.europa.eu/justice/criminal/document/files/aml-factsheet_en.pdf>

NDR.de, Nackt im Netz: Millionen Nutzer ausgespäht: http://www.ndr.de/nachtimnetz-Millionen-Nutzer-ausgespaeht,nacktimnetz100.html



<http:// www.free21. org/?p=25566>



Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.



Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.



Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10 EUR, (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:	Abweichende Lieferanschrift:
Str., Nr.:	Name
PLZ, Ort:	Str., Nr.:
E-Mail:	PLZ, Ort:
Kontoführendes Institut:	Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:
IBAN:	
BIC:	Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE39 ZZZ 000 015 390 45 Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2017: 15.2.17/15.4.17/15.6.17/15.8.17/15.10.17/15.12.17

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2017 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. Kündigung: Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.













Die Geschenkidee: Ein Free21-Abo



www.Free21Abo.de



Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org